



## 23. Sitzung

Mittwoch, 20. Januar 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b>		Dr. Andreas Dressel SPD	1505
<b>Ansprache</b> zum Thema Debattenkultur	1503	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1507
		Christiane Schneider DIE LINKE	1508, 1517
		Carl-Edgar Jarchow FDP	1508, 1511
		Dirk Nockemann AfD	1509, 1511
		Dennis Gladiator CDU	1510, 1519
		Richard Seelmaecker CDU	1512
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der <b>Tagesordnung</b>	1504	Joachim Lenders CDU	1512
		Jörg Hamann CDU	1513
		Dr. Alexander Wolf AfD	1514
		Arno Münster SPD	1515
		Antje Möller GRÜNE	1516, 1520
<b>Ausscheiden aus dem Senat</b>		Karin Prien CDU	1518
Senator Michael Neumann	1504		
		GRÜNE Fraktion:	
<b>Dank an das ehemalige Senatsmitglied</b>	1504	<b>Nein heißt Nein! Konsequenzen aus den Silvester-Übergriffen ziehen: Frauen schützen, Probleme benennen, Straftäter verfolgen</b>	
<b>Aktuelle Stunde</b>	1504	(Fortführung am 21.01.2016)	
CDU-Fraktion:		Fraktion DIE LINKE:	
<b>Sexuelle Übergriffe auf Frauen, Abschiebestau und mehr als eine Million Überstunden bei der Polizei – Hamburgs Sicherheit kann sich keinen amts-müden Senator und rot-grüne Zwistigkeiten mehr leisten</b>		<b>Zehntausende fordern: Schützt Obdachlose vor der klirrenden Kälte – öffnet das Winternotprogramm auch tagsüber!</b>	
André Trepoll CDU	1504	(Fortführung am 21.01.2016)	
		FDP-Fraktion:	

<b>Pleiten und Pannen: Rot-Grün streitet über die Fahrrinnenanpassung und lässt den Hafen verschlickten</b>		<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung</b>	
		– Drs 21/2316 –	1522
(Fortführung am 21.01.2016)		Ergebnis	1540
AfD-Fraktion:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
<b>So schaffen wir es nicht! Gewalt in den Flüchtlingsunterkünften – Gewalt bei Straßenfesten – Gewalt gegen Helfer!</b>		<b>Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts</b>	
		– Drs 21/2528 –	1522
(Fortführung am 21.01.2016)		Ergebnis	1523
SPD-Fraktion:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
<b>Sexuelle Übergriffe in der Silvester-Nacht völlig inakzeptabel – Hamburg geht entschlossen dagegen vor</b>		<b>Rundfunkbeitrag endlich sozial gestalten – Zwangsvollstreckungen aussetzen</b>	
		– Drs 21/2758 –	1523
(Fortführung am 21.01.2016)		Stephan Jersch DIE LINKE	1523, 1530
Antrag des Ersten Bürgermeisters:		Hansjörg Schmidt SPD	1525
<b>Bestätigung der Berufung eines Senatsmitglieds</b>		Franziska Grunwaldt CDU	1526
– Drs 21/2900 –	1520	Farid Müller GRÜNE	1526
Ergebnis	1521	Michael Kruse FDP	1528
		Dr. Jörn Kruse AfD	1529
		Beschluss	1531
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP:	
<b>Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission</b>		<b>Hamburgs Jugendvollzug auf Hamburger Gebiet belassen</b>	
– Drs 21/631 –	1521	– Drs 21/2746 –	1531
Dr. Jörn Kruse AfD	1521	Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP	1531, 1539
hat nicht stattgefunden	1522	Urs Tabbert SPD	1532
		Richard Seelmaecker CDU	1533, 1539
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Carola Timm GRÜNE	1535, 1540
<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde</b>		Martin Dolzer DIE LINKE	1536
– Drs 21/1466 –	1522	Dirk Nockemann AfD	1537
und		Dr. Till Steffen, Senator	1538
		Beschlüsse	1540
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der AfD-Fraktion:	
<b>Schweden folgen und endlich wirksame Grenzkontrollen einführen!</b>		<b>Schweden folgen und endlich wirksame Grenzkontrollen einführen!</b>	
		– Drs 21/2778 Neufassung –	1540

Dr. Bernd Baumann AfD	1540, 1546	Beschlüsse	1559
Sören Schumacher SPD	1542		
Michael Westenberger CDU	1543		
Murat Gözay GRÜNE	1544		
Martin Dolzer DIE LINKE	1545		
Carl-Edgar Jarchow FDP	1546		
Beschlüsse	1547		
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2174:			
<b>Planung der S-Bahn-Linie S4 – Fortsetzung der Planung – unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Re- gionalisierungsgesetz (Senats- antrag)</b>			
– Drs 21/2665 –	1547		
Beschlüsse	1548		
Antrag der CDU-Fraktion:			
<b>Hamburgs maritime Wirtschaft in schwerer Krise – Aktions- plan zur Sicherung der Wettbe- werbsfähigkeit und zur Unter- stützung der Hafenvirtschaft</b>			
– Drs 21/2754 –	1548		
dazu			
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
<b>Der Hamburger Hafen braucht einen neuen Hafenentwick- lungsplan</b>			
– Drs 21/2922 –	1548		
Ralf Niedmers CDU	1548, 1559		
Dr. Joachim Seeler SPD	1550		
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1553		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1554		
Michael Kruse FDP	1555		
Dr. Jörn Kruse AfD	1557		
Frank Horch, Senator	1557		
Beschlüsse	1559		
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:			
<b>Junge innovative Unternehmen nachhaltig fördern – Gründung eines "Hamburger Innovations- Wachstumsfonds"</b>			
– Drs 21/2770 –	1559		



**Beginn: 15.03 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns beginnen, bitte nehmen Sie Platz. – Die Sitzung ist eröffnet.

Lassen Sie mich zu Beginn ein paar Worte sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die meisten von uns sind oft und leider immer häufiger verbalen Attacken ausgesetzt, die bei Weitem über das hinausgehen, was normaler bürgerlicher Anstand noch tolerieren ließe – das ist nicht neu. Wir sind diesbezüglich auch nicht zimperlich; es gehört zu unserer Arbeit als Politikerinnen und Politiker, im Fokus der Öffentlichkeit zu stehen und harte Kritik einzustecken. Aber das, was einige von uns in den vergangenen Wochen und Monate ertragen mussten, überschreitet jede Grenze.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist unsere Aufgabe, diesen Drohungen und unverhohlenen Hasstiraden im Rahmen der Regeln, der Gesetze und des Rechts, das wir selbst uns gegeben haben, etwas entgegenzusetzen. Seit 1946, seit fast 70 Jahren, gibt es in Hamburg wieder eine echte parlamentarische Demokratie. Wir Abgeordnete werden in dieses Hohe Haus gewählt, um alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.

Neu ist, dass dieses Prinzip der repräsentativen Demokratie immer wieder infrage gestellt wird. Die Menschen erwarten von uns Antworten auf die drängendsten aktuellen Fragen, aber gleichzeitig spüren diejenigen Rückenwind, die uns mit plumphen Parolen vorgaukeln, die Realität sei entweder schwarz oder weiß und es gebe für jedes komplexe Thema eine einfache, radikale Lösung. All das suggeriert, wir als Politikerinnen und Politiker seien nicht in der Lage, die Probleme anzupacken und zu handeln.

Dabei wird gern unterstellt, wir gewählte Abgeordnete verträten nicht die Meinung der Wähler, sondern seien vor allem auf unseren eigenen Vorteil bedacht und Teil eines Systems, das darauf angelegt ist, die Meinung des sogenannten normalen Volks zu unterdrücken. Das System an sich und wir als Teil davon werden verantwortlich gemacht für alles Schlechte in der Welt. Das hat vielleicht Tradition, aber keine, auf die irgendjemand stolz sein sollte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir müssen uns an dieser Stelle natürlich fragen, woher das kommt. Ja, vielleicht wird den Menschen auch allzu oft ein solches Bild von uns Abgeordneten vermittelt, das dazu führt, dass manche uns durch die Bank für unfähig, dumm, verlogen, faul und bestechlich halten. Dazu tragen im Übrigen die sogenannten Social Media das ihre bei. Irgendwer veröffentlicht ein Gerücht, Freunde

kommentieren und teilen dieses Gerücht, und in Minuten oder Stunden haben wir einen allgemeinen Shitstorm, bei dem so menschenverachtend gekeilt wird, dass man sich ernsthaft fragen muss, was eigentlich passiert ist, dass Menschen nicht nur solche Gedanken haben, sondern sie auch noch derart herausschreien.

Die allermeisten von uns stützen sich auf viele Tausende Stimmen von Wählerinnen und Wählern. In den modernen Netzwerken diskutieren meist wenige Hundert Menschen, wenn es denn überhaupt so viele sind. Lassen Sie uns nicht den dummen Fehler machen, von ein paar hasserfüllten Facebook-Kommentaren auf die Meinung der Hamburgerinnen und Hamburger zu schließen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das gilt erst recht für Beschimpfungen und Bedrohungen. Das hat dieses Haus alles hinter sich.

Ich habe vor drei Jahren im Beisein von Bundestagspräsident Lammert hier deutlich gemacht, wie es mit Knobelbecherschlägern im Plenarsaal und pöbelndem Volk auf der Tribüne zugegangen sein mag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufrechte Demokraten lassen sich nicht einschüchtern, und wir tun das auch nicht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hunderttausende Hamburgerinnen und Hamburger haben uns gemeinsam beauftragt. Wir erfüllen unsere Aufgabe. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten zu Recht von uns, dass wir Verantwortung für die Stadt zeigen, dass wir uns nicht mit uns selbst beschäftigen und nicht die Eigeninteressen oder die unserer Parteien in den Vordergrund stellen. Wir müssen gemeinsam und entschlossen darum ringen, die besten Lösungen für Hamburg zu finden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

LINKE, GRÜNE, SPD, FDP, CDU und AfD, wir alle stellen Mitglieder dieser Bürgerschaft, und es ist ein Spiel mit dem Feuer, sich als Abgeordnete zur außerparlamentarischen Opposition zu stellen und mit den Wölfen zu heulen, wenn es um die Diskreditierung von Andersdenkenden, Andersgläubigen oder auch Parlamentskolleginnen und Parlamentskollegen geht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hier im Plenum wollen und sollen wir mit offenem Visier streiten. Wir wollen und sollen Klartext reden und in der Sache gern auch den harten Austausch suchen. Nachtreten im Internet ist nicht nur schlechter Stil, sondern beschädigt unser aller Ansehen in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**(Präsidentin Carola Veit)**

Wir sollten alles tun, um ernst genommen zu werden, und dazu gehören auch Würde und Ernst im Umgang mit der eigenen Rolle. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu unserer heutigen Sitzung und Tagesordnung.

Der Präsident des Senats hat mir mit Schreiben vom 19. Januar 2016 mitgeteilt, dass er Herrn Senator Michael Neumann auf dessen Wunsch hin gemäß Artikel 34 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung aus seinem Amt als Senator der Freien und Hansestadt Hamburg entlassen hat. Herr Senator Neumann war von Oktober 1997 bis März 2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und wirkte in dieser Zeit unter anderem im Innen-, im Haushalts- und im Verfassungsausschuss mit. Mit Beginn der 17. Wahlperiode gehörte er dem Vorstand der SPD-Fraktion an, zunächst als stellvertretender Vorsitzender und wurde dann in der 18. und 19. Legislaturperiode jeweils zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion gewählt. Mit Beginn der 20. Wahlperiode im März 2011 wechselte er als Präses an die Spitze der Behörde für Inneres und Sport. Ich danke Herrn Senator Neumann im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft für die geleistete Arbeit und wünsche ihm in unser aller Namen alles Gute.

(Lang anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Der Präsident des Senats hat mir am 19. Januar 2016 zudem mitgeteilt, dass er gemäß Artikel 34 Absatz 2 Satz 1 unserer Verfassung Herrn Andy Grote zum Senator berufen und seine Bestätigung durch die Bürgerschaft für den heutigen Tag beantragt hat. Die entsprechende Drucksache ist Ihnen zugegangen. Die Fraktionen sind übereingekommen, das Verfahren zur Bestätigung im Anschluss an die Aktuelle Stunde durchzuführen.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen mitteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Das ist meine Unterrichtung aus Drucksache 21/2899; sie liegt Ihnen vor und wurde als Punkt 31a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann teile ich Ihnen noch mit, dass zu TOP 61 unserer Tagesordnung die antragstellende AfD-Fraktion ihren Antrag aus Drucksache 21/2745 zurückgenommen hat.

Wir kommen zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar

von der CDU-Fraktion

Sexuelle Übergriffe auf Frauen, Abschiebestau und mehr als eine Million Überstunden bei der Polizei – Hamburgs Sicherheit kann sich keinen amtsmüden Senator und rot-grüne Zwistigkeiten mehr leisten

von der GRÜNEN Fraktion

Nein heißt Nein! Konsequenzen aus den Silvester-Übergriffen ziehen: Frauen schützen, Probleme benennen, Straftäter verfolgen

von der Fraktion DIE LINKE

Zehntausende fordern: Schützt Obdachlose vor der klirrenden Kälte – öffnet das Winternotprogramm auch tagsüber!

von der FDP-Fraktion

Pleiten und Pannen: Rot-Grün streitet über die Fahrrinnenanpassung und lässt den Hafen verschlickten

von der AfD-Fraktion

So schaffen wir es nicht! Gewalt in den Flüchtlingsunterkünften – Gewalt bei Straßenfesten – Gewalt gegen Helfer!

und von der SPD-Fraktion

Sexuelle Übergriffe in der Silvester-Nacht völlig inakzeptabel – Hamburg geht entschlossen dagegen vor

Das zweite und sechste Thema wird gemeinsam aufgerufen.

Zunächst rufe ich das erste Thema auf. – Herr Trepoll von der CDU-Fraktion bekommt dazu das Wort.

**André Trepoll** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für Ihre Worte in unser aller Namen; ich möchte diese auch gleich beherzigen. Hierhin, an diese Stelle, haben Sie gesagt, gehört der harte Austausch in der Sache. Und deshalb kann ich feststellen, dass eine Aktuelle Stunde selten aktueller war als heute. Kaum haben wir das Thema amtsmüder Senator angemeldet, kam zwei Stunden später bereits der Rücktritt. Sie sehen auch hier, Opposition wirkt.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Herr Bürgermeister, ich frage mich, was das für ein unwürdiges Schauspiel war, das Sie uns Hamburgern in diesem Jahr vorgeführt haben. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dieses Theater muss politisch aufgearbeitet werden. Das muss man sich einmal vorstellen: Seit Monaten weiß die ganze Stadt, dass Michael Neumann nicht mehr will. Seit Monaten erzählen Sie uns, der Öffentlichkeit, den Journalisten, den Wählern, das seien alles bloß haltlose Gerüchte, nichts davon sei wahr und Neu-

**(André Trepoll)**

mann bleibe. Seit Ihrer Pressekonferenz am Montag wissen wir, Herr Scholz, dass Sie gelogen haben, dass sich die Balken bogen, und das ist unanständig für einen Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Seit Montag versuchen Sie außerdem, uns genau das Gegenteil aufzutischen. Alles sei von langer Hand geplant gewesen, die Hängepartie an der Spitze der Innenbehörde sei Ihr Wunsch gewesen. In Wahrheit haben Sie auf der kurzerhand anberaumten Pressekonferenz zerknirscht einen Nachfolger präsentiert, der mit dieser Situation sichtlich überfordert war. Seit Monaten haben Sie zugelassen, dass Hamburg faktisch keinen handlungsfähigen Innensenator mehr hatte, und trotzdem haben Sie Herrn Neumann, der längst gehen wollte, nicht gehen lassen. Wie sagt man so schön? Reisende soll man nicht aufhalten. Das hätte ich auch gegenüber Herrn Neumann anständiger gefunden.

(Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: Das stimmt doch nicht!)

Am Montag ist dann Hals über Kopf der längst überfällige Rücktritt erfolgt, aus welchen aktuellen Gründen auch immer. Fakt ist, Herr Scholz, dass Sie offenbar die Kontrolle verloren haben. Der Versuch, nun so zu tun, als sei alles so geplant gewesen und Sie wüssten das seit einem Jahr, ist einfach lächerlich. Herr Scholz, Ihre Glaubwürdigkeit ist dahin.

(Beifall bei der CDU)

Neumanns Rücktritt ist Ihr Glaubwürdigkeits-GAU, so viel steht fest.

Ich will aber auch ausdrücklich Michael Neumann für seine Arbeit danken. Er war immer ein Mann klarer Worte, was man nicht so oft in Ihren Reihen findet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Aber leider hat er ihnen nicht immer starke Taten folgen lassen. Denn die Probleme der Innenpolitik sind enorm: eine Million Überstunden bei der Polizei, rechtsfreie Räume wie an Silvester, Rockerkrieg auf offener Straße, erneut offene Drogenszene in einigen Hamburger Stadtteilen, die höchste Anzahl von Straftaten seit neun Jahren, fast tagtäglich Ausschreitungen in Flüchtlingsunterkünften und viel zu wenige Abschiebungen. Umso notwendiger wäre es doch jetzt gewesen, einen anerkannten, durchsetzungsstarken Fachmann als Nachfolger zu präsentieren. Aber, Herr Scholz, was hat uns denn Ihre angeblich einjährige Suche nach diesem Fachmann eingebracht? Einen Nachfolger, dessen Qualitäten offensichtlich ein SPD-Partei-buch und ausgewiesene Kiez-Erfahrungen sind. Ich sage, das reicht nicht.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit – wem erzähle ich das – wissen Sie auch, dass nicht mehr Sie als Bürgermeister, Herr Scholz, die Hoheit darüber haben, wer im Senat sitzt, sondern die Personalie Grote ist Ihnen von Johannes Kahrs, dem SPD-Strippenzieher aus Hamburg-Mitte, einfach diktiert worden. So weit ist es schon wieder in unserer Stadt, die SPD-Partei-buchwirtschaft ist wieder im Programm, und Sie, Herr Scholz, machen genau das, was Sie Ihren Vorgängern angekreidet haben. Ich zitiere Sie:

"Unter meinen Vorgängern sind Leute aus parteipolitischen Gründen auf solche Posten gekommen und nicht aufgrund ihrer Kompetenz."

Das war Ihre eigene Aussage, die jetzt völlig obsolet ist.

(Beifall bei der CDU)

Als kompetenter Innenpolitiker ist Herr Grote bisher niemandem aufgefallen, auch uns nicht. Aber wir sind gespannt auf seine Tätigkeit. Tatsache ist, dass nach weniger als fünf Jahren die Personaldecke der SPD offensichtlich so dünn ist, dass der Weggang von politischen Schwergewichten gar nicht mehr aufgefangen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Das ordentliche Regieren ist endgültig Geschichte, Ihr eigener Laden macht nicht mehr mit. Herr Scholz, Ihre politische Reputation hat spätestens mit der verkorksten Unterbringungspolitik in der Flüchtlingskrise und der gescheiterten Olympiabewerbung erheblich gelitten, und jetzt ist auch noch Ihre Glaubwürdigkeit dahin.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss. Das Stabilste an der Regierung Scholz ist mittlerweile die Gewissheit, dass der nächste Rücktritt folgt. Who is next, wer ist der Nächste, Herr Scholz? – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

**Dr. Andreas Dressel SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal auch im Namen meiner Fraktion sehr herzlichen Dank für die klaren Worte. Wir alle sollten uns das am Beginn dieses Jahres innerhalb und außerhalb des Plenarsaals zu Herzen nehmen, und ich hoffe, dass von diesem einigenden Signal auch ein Signal nach draußen ausgeht und auch auf die Willensbildung in der Stadt Einfluss hat. Wir sind stark, wir wollen demokratisch diskutieren, aber es gibt Grenzen, die eingehalten werden müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

**(Dr. Andreas Dressel)**

Dann fangen wir gleich einmal an mit der Debatte. Lieber Kollege Trepoll, das war großes Getöse, aber wenn man genau hinschaut, war das ganz schön kleines Karo.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vor allem ist es so absurd. Sie machen eine innenpolitische Abrechnung, wollen dann aber den neuen Innensenator, der jetzt schon seine Ernennungsurkunde hat, nicht vorher wählen lassen, damit er hier zu diesen ganzen absurden Vorhaltungen Stellung nehmen soll. Wie soll man Ihnen denn so etwas glauben?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist wirklich Kindergartenniveau. Wahrscheinlich hätten die Leute draußen heute gern etwas vom neuen Senator von diesem Platz aus gehört.

*(André Trepoll CDU: Wir führen doch gleich die Debatte!)*

Sie aber machen einen Ausschuss zum Thema attraktivere Bürgerschaft und drehen es jetzt so hin, dass der neue Senator zu einem Thema, auf das die Leute Antworten haben wollen, hier nicht reden kann. Das ist doch ein absurdes Verhalten von der größten Oppositionsfraktion.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nach all diesen von Ihnen hier getroffenen verqueren personellen, verschwörungstheoretischen Annahmen möchte ich auf das Inhaltliche zu sprechen kommen. Um es klar zu sagen, die Innere Sicherheit dieser Stadt war, ist und bleibt bei uns in guten Händen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit und Zurufe bei der CDU)

Das einzig Richtige an Ihrer Rede war, dass Sie Michael Neumann gedankt haben. Diesem Dank schließt sich die SPD-Fraktion aus vollem Herzen an.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich, dass wir uns auf die Zusammenarbeit mit Andy Grote freuen. Er übernimmt ein gut bestelltes Haus, er ist verwaltungserfahren und durchsetzungsstark und wird diesen herausfordernden Job in dieser schwierigen Zeit gut machen. Unsere Unterstützung hat er.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gern hätten wir hier auch noch einmal zum Thema der Übergriffe an Silvester geredet.

*(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ja, dann mal los!)*

Das war für die CDU irgendwie kein Thema. Macht nichts, wir haben ja noch eine zweite Debatte, die wir dazu angemeldet haben. Wir hätten einiges

vorzuschlagen, was dort zu tun ist, nämlich dass die Polizei ihre Hausaufgaben macht

*(Dennis Thering CDU: Das haben wir gesehen!)*

und die Verfahren konsequent durchführt. Hier gilt: null Toleranz. Das ist unsere Marschroute.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun zwei, drei Fakten zum Thema Innere Sicherheit. Sie war, ist und bleibt der Prioritätsbereich dieses Senats. Wir haben seit 2011 keine Stellenstreichung vorgenommen, wir haben die Ausbildungsoffensive gestartet, die wir jetzt noch entsprechend aufbauen, Wir investieren auch in die Kolleginnen und Kollegen.

*(Joachim Lenders CDU: Das wurde auch Zeit!)*

– Herr Lenders, Sie wissen, dass wir auch bei den Überstunden dafür sorgen, dass sie mit der Schichtdienstzulage ausgeglichen werden, und vieles andere mehr.

Die Polizei ist und bleibt ein Schwerpunktbereich dieses Senats.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Schade, dass Sie jetzt gar nichts zu dem von Ihnen angemeldeten Thema Abschiebestau gesagt haben. Denn das wäre ein interessanter Punkt, bei dem wir dabei sind, unsere Hausaufgaben zu machen. Dass Rückführungsabteilungen verdreifacht werden, dass der Ausreisegewahrsam durchgeführt wird, haben wir politisch nach vorn gebracht. Aber das Problem bei dem Thema ist, dass wir nur rückführen können, wenn kein Bleiberecht besteht. Erst wenn Ihr CDU-geführtes Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Bescheide ausstellt, kann rückgeführt werden. Machen Sie erst einmal selbst Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen kann ich nur sagen, dass Sie selbst in Berlin die Verantwortung für den Bereich Sicherheit und Flüchtlinge tragen.

*(Birgit Stöver CDU: Und Sie in Hamburg!)*

Sie sollten sehr vorsichtig sein, wenn Sie in dem Bereich meinen, im Trüben zu fischen. Sie haben ein Wahlergebnis von 15,9 Prozent, und wenn Sie so weitermachen, werden Sie Ihre Sitznachbarn in diesem Hause stärken, und der Weg zur Augenhöhe mit der AfD ist für die CDU nicht weit. Das wäre gefährlich für dieses Haus. Lassen Sie das nicht zu. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:**\* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich dem Dank für die einleitenden Worte anschließen und im Namen meiner Fraktion explizit bekräftigen, dass das, was Frau Prien, Frau Özdemir und Frau von Berg an dumpfen rassistischen und zum Teil übelsten sexuellen Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen passiert ist, inakzeptabel ist und unsere volle Solidarität verdient.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Da wir hier eine Art Generaldebatte zur Innenpolitik führen, möchte ich hinzufügen, dass solche Schmähungen und Attacken ein Angriff auf das freie Mandat und somit auf die Demokratie insgesamt sind. Wer so etwas forciert oder verharmlost, beschädigt mitunter die Geschäftsgrundlage in unserem Haus. Herr Kruse, wenn Sie das freie Mandat für nicht ganz falsch halten, frage ich, ob Sie es nicht ganz schön beschädigen, wenn Sie am 14. Januar 2016 die Aussage in Bezug auf Frau Dr. von Berg explizit hervorheben und begrüßen, dass, wer Wind sät, Sturm ernten wird. Herr Kruse, Sie haben Wind gesät und sie hat Sturm geerntet.

(*Dirk Nockemann AfD:* Wir sind bei den Übergriffen!)

Darüber sollten Sie im sonnigen Kalifornien einmal nachdenken, wenn Sie dort Ihr freies Mandat genießen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Dr. Tjarks, kommen Sie bitte zum Thema der Aktuellen Stunde.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE** (fortfahrend):\* Wir führen eine von der CDU angemeldete innenpolitische Generaldebatte, und es gibt einen vorgeschlagenen und bekannten, aber noch nicht von der Bürgerschaft bestätigten Senator, der hier gern Rede und Antwort gestanden hätte und gern das getan hätte, was Sie von ihm verlangen, nämlich mit ihm zu debattieren. Sie, Herr Trepoll, haben das verhindert, und ich will nicht sagen, dass das kleingeistig ist, was naheläge, sondern ich will Sie darauf hinweisen, dass selten eine Fraktion die eigene Debatte so sehr entwertet hat, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es nicht in Ordnung, Herr Trepoll, dass man, ohne den Herrn gewählt oder die Wahl überhaupt zugelassen zu haben, über ihn redet und den Stab über ihn bricht, ohne ihn selbst reden zu lassen, Herr Trepoll.

(*André Trepoll CDU:* Meine Güte! Seit zwei Tagen wird über ihn geschrieben! Was ist denn das für eine Art und Weise!)

Außerdem muss ich Ihnen sagen, dass es in der jetzigen Lage sicherlich hilfreich ist, wenn der zukünftige Senator sich auf St. Pauli auskennt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich mir Ihre zwei Fraktionsinitiativen zum Thema Innere Sicherheit in dieser Legislaturperiode ansehe,

(*Joachim Lenders CDU:* 20! Zählen können Sie auch nicht richtig!)

– Zweieinhalb vielleicht. Ich habe sie mir alle angesehen; ich kann sie Ihnen gleich zeigen.

komme ich zu dem Ergebnis, dass wir, wenn wir Geld für den Abbau der Überstunden in die Hand nehmen, wenn wir 50 bürgernahen Polizeibeamten die Verlängerung anbieten, wenn wir mehr Polizisten ausbilden, Herr Lenders, wenn wir die Schichtzulagen verbessern, wenn wir die Rocker bekämpfen und eine erfolgreiche Sonderkommission gegen Einbruchskriminalität auf den Weg gebracht haben, deutlich mehr als Sie zu bieten haben. Selbst bei den GRÜNEN ist die Sicherheit in besseren Händen als bei Ihnen.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD – *Michael Kruse FDP:* Da lachen ja sogar Ihre Senatoren!)

Ich möchte nun auf das eigentliche Thema der Aktuellen Stunde, die Ereignisse an Silvester, zu sprechen kommen. Sexuelle Gewalt ist weder ein Problem aller Männer noch aller Zuwanderer und Flüchtlinge, sexuelle Gewalt ist aber ein großes und ein hauptsächlich männliches Problem. Wenn man das nicht vergisst, muss man auch benennen, dass die frauenverachtenden Übergriffe an Silvester hauptsächlich von Zuwanderern ausgeübt wurden, und dann darf es in der Debatte auch um die Konsequenzen gehen. Das führt dazu, dass wir die Täter fassen und verurteilen müssen.

(*Dennis Thering CDU:* Dann fangen Sie endlich einmal an!)

Damit das funktioniert, müssen wir dringend das Sexualstrafrecht verschärfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es mutet doch reichlich befremdlich an, dass Vergewaltigung im juristischen Sinne nur dann eine Vergewaltigung ist, wenn sie mit Gewalt oder Drohung für Leib und Leben einhergeht. Die Parole heißt "Nein heißt Nein". Herr Trepoll, ich habe mich sehr über die Mainzer Erklärung der CDU gefreut, aber Sie müssen jetzt auch im Bundestag Taten folgen lassen. Dann kann man auch über die anderen Konsequenzen diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort.

**Christiane Schneider** DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich muss ehrlich sagen, Ihre Anmeldung hat uns etwas ratlos gemacht. Ich persönlich finde sie unter aller Kanone.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN – *Joachim Lenders* CDU: Ja, klar!)

Wir werden deshalb heute mit Ihnen keine Generaldebatte über diesen Punkt führen, und ich sage Ihnen auch, warum. Für uns ist es schwer zu ertragen, dass Sie im Titel Ihrer Anmeldung unter anderem die sexualisierte Gewalt und die sexuellen Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht für eine in diesem Fall wirklich billige Kritik am Senat instrumentalisieren. Natürlich kann man – und vielleicht muss man – den Senat oder die Polizeiführung kritisieren, weil die große Zahl der Übergriffe so ungehindert stattfinden können. Aber diese Art der Instrumentalisierung von Opfern und verstörende Angriffe für solche Art Scharmützel halten wir für inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über die Übergriffe an Silvester in Hamburg sprechen, dann stehen für uns der Opferschutz, die Prävention, die Auseinandersetzung mit der Situation, in der die Übergriffe stattfinden konnten, und natürlich die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen, an erster Stelle.

(Beifall bei der LINKEN)

Opferschutz kommt in Ihrem Titel gar nicht vor.

(*Dennis Thering* CDU: Und Sie setzen auf Täterschutz!)

Ich finde es schade, dass die Themen nicht zusammengezogen worden sind. Dann nämlich hätte man den Mantel der Barmherzigkeit über Ihre Anmeldung legen und sie fallen lassen können. Wir werden das, was wir in der Debatte zu sagen haben, zur zweiten Anmeldung sagen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Jarchow von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

**Carl-Edgar Jarchow** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zu Anfang, mich für die Worte der Frau Präsidentin zu bedanken, wie es auch meine Vorredner zum Teil bereits getan haben. Ich kann mich dem nur an-

schließen und hoffe, dass wir Abgeordneten selbst dies tagtäglich berücksichtigen und in die Tat umsetzen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den grünen)

Auch ich bedanke mich bei dem zurückgetretenen Senator Neumann, dem Innen- und Sportsenator, für die über fünfjährige Zusammenarbeit. Diese war sicherlich nicht davon geprägt, dass wir immer einer Meinung waren, aber ich habe seine konstruktive Art und Weise, in der er die Innenbehörde geführt hat, immer respektiert. Herr Trepoll, bei aller Kritik, die Sie geübt haben: Ich hatte das Gefühl, dass er die Innenbehörde nach vielen CDU-Innensenatoren in einem, lassen Sie es mich einmal so ausdrücken, etwas schwierigen Stadium vorgefunden hat. Er hat dort aus meiner Sicht sehr gute Arbeit geleistet. Insbesondere sein Eintreten für Hamburgs Olympia-Kandidatur hat mich sehr beeindruckt.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN und bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Auch wir haben kein Verständnis dafür, dass die CDU darauf bestanden hat, dass der neue Innensenator erst nach dieser Aktuellen Stunde gewählt wird. Auch wir hätten es begrüßt, wenn er die Chance bekommen hätte, sich zu den Themen, um die es heute geht, auch schon heute in diesem Hause äußern zu können.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Die Anmeldung des CDU-Themas umfasst diverse Punkte, die nicht unmittelbar miteinander zusammenhängen. Ich finde, dass die Abschiebep Praxis nicht unbedingt etwas mit den Polizeiüberstunden und Ähnlichem zu tun hat. Wir würden das gern etwas aufteilen. Da wir auch noch den zweiten Punkt der Aktuellen Stunde zum Thema Veränderung im Sexualstrafrecht haben, würde ich gern auf die Ereignisse in der Silvesternacht eingehen. Ich glaube, dass viele befürchten haben, dass etwas in ähnlicher Weise passieren könnte, wie es in dieser Silvesternacht in Hamburg und anderen großen Städten Deutschlands geschehen ist, und mein Eindruck ist, dass einige gehofft haben, dass es passiert. Das ist mein Eindruck, wenn ich mir ansehe, welche Reaktionen diese Ereignisse in Köln, Hamburg und anderen Städten im Internet, bei Pegida-Demonstrationen und ähnlichen Anlässen hervorgerufen haben. Das finde ich widerlich.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Dr. Alexander Wolf* AfD)

Im Innenausschuss haben wir in der vergangenen Woche ausführlich über diese Ereignisse in Hamburg gesprochen. Wir sind sehr ausführlich über den Stand der Dinge bei der Polizei informiert wor-

**(Carl-Edgar Jarchow)**

den, und dabei wurde eines deutlich: Die Polizei war an diesem Abend von dieser Eskalation völlig überrascht worden; sie hatte keinerlei Vorerkenntnisse. Dem stehen Äußerungen von Gastronomen und Anwohnern, nicht nur von Türstehern entgegen – das wurde im Ausschuss etwas ins Lächerliche gezogen, was ich nicht so glücklich fand. Wir haben Informationen von diesen genannten Personenkreisen, die ganz klar sagen, dass es ähnliche Vorkommnisse bereits mindestens seit Herbst 2015 gegeben habe. Dies zeigt für uns in erschreckendem Maße, dass die Kommunikation, gerade in einem so sensiblen Stadtteil wie St. Pauli, nicht stimmt und die Polizei

*(Dennis Thering CDU: Und Herr Grote ist Bezirksamtsleiter!)*

– sicherlich vielleicht auch das Bezirksamt – sich sehr viel mehr mit den Anwohnern, den Gastronomen, den Quartiersvertretern, mit allen dort tätigen Organisationen auseinandersetzen muss, um überhaupt über solche Erkenntnisse zu verfügen.

Was ist sonst zu tun? Das, was immer wieder, auch in diesem Fall, reflexartig aus der Politik geäußert wird, hilft nicht weiter: die volle Härte des Rechtsstaats – ich wusste gar nicht, dass es auch eine halbe Härte des Rechtsstaats gibt –, Ermittlungen ohne Ansehen der Person – das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, solange wir diesen Rechtsstaat haben –, mehr Polizei – sicherlich eine berechtigte Forderung; wir brauchen in den nächsten Jahren mehr Polizisten. Nur sollten wir den Leuten nicht vorgaukeln, dass wir das sofort ändern können, denn jeder Polizist, den wir heute mehr einstellen, ist nach drei Jahren mit der Ausbildung fertig. Insofern ist auch hier Ehrlichkeit angebracht.

Wir müssen analysieren, was falsch gelaufen ist, zum Beispiel die Kommunikation, und wir müssen sicherlich auch zu neuen Untersuchungsmethoden kommen. Es gibt zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen das Düsseldorfer Projekt "Casablanca", auch wenn man nach Köln den Eindruck hat, dass es nicht voll gefruchtet hat. Ziel des Projekts ist es, durch die Analyse der Daten von Eigentums-, Gewalt- und Betäubungsmittelkriminalität nordafrikanischer Tatverdächtiger Erkenntnisse zu deren Täterstrukturen zu erlangen. Ich sehe, meine Redezeit endet, insofern mache ich es kurz. Uns ist nicht bekannt, dass es so etwas auch bei der Hamburger Polizei gibt. Das wäre zum Beispiel ein Ansatz, um künftig ähnliche Dinge zu verhindern und zu Vorerkenntnissen zu kommen, die man unbedingt braucht. – Herzlichen Dank.

*(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)*

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Nockemann von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

**Dirk Nockemann AfD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ereignisse in der Silvesternacht in Hamburg und in anderen deutschen Städten, als Hunderte Frauen von 1 000 bis 2 000 jungen Männern mit Migrationshintergrund gejagt und auf widerwärtige Art und Weise sexuell belästigt worden sind, machen eines ganz deutlich: Ideologisch gefärbte Debatten im Bereich von Zuwanderung und von Innerer Sicherheit sind für diesen Staat hochgefährlich und werden ins Verderben führen.

Das Gleiche gilt auch für das Kaputtsparen der Landespolizei. Indem es immer seltener gelingt, das zu gewährleisten, was oberster Sinn und Zweck staatlichen Handelns ist, nämlich die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, wird deutlich, dass wir hier nacharbeiten und nachjustieren müssen. Die Altparteien, auch die CDU, haben in den vergangenen 15 Jahren alle Empfehlungen, die Polizeistärke nicht abzubauen, in den Wind geschlagen. Zehntausende Polizeistellen sind gestrichen worden. Heute sind die Länderpolizeien und auch die Bundespolizei nicht mehr in der Lage, ihren eigentlichen Auftrag zu erfüllen, und das angesichts immer größer und komplexer werdender Bedrohungslagen.

Indem Kanzlerin Merkel unter Verstoß gegen das Grundgesetz, wie Professoren und ehemalige Verfassungsrichter festgestellt haben, die äußeren Grenzen unseres Landes seit Monaten offen wie ein Scheunentor hält, indem Frau Merkel es also zulässt, dass Hunderttausende Migranten ohne jede Personalienfeststellung und Kontrolle in unser Land einreisen, schafft sie ein weiteres erhebliches Gefährdungspotenzial für unser Land.

*(Beifall bei der AfD)*

Wir haben die Silvesterereignisse im Innenausschuss thematisiert, und für mich war überraschend, dass dort an die 60 Mal – das Wortprotokoll kann man nachlesen – der Begriff Phänomen gefallen ist. Für die Polizeiführung war das, was passiert ist, ein Phänomen. Phänomen ist in der Regel ein Synonym für Ratlosigkeit und Hilflosigkeit.

*(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)*

Wie aber gerade schon der Kollege von der FDP deutlich gemacht hat, hat es vorher Hinweise gegeben. Das haben die Polizeiführung und die politischen Verantwortlichen geflissentlich übersehen. Wer die sozialen Netzwerke ausgewertet hat, in denen es sicherlich zuweilen auch zu Hetze kommt, hätte wissen müssen, dass solche Dinge passieren können.

Wehe dem, der es vor den Silvesterereignissen gewagt hätte, auch nur im Ansatz Situationen zu beschreiben, wie sie dann passiert sind. Das ist der Ausfluss von Denkverboten, die uns im Bereich der Inneren Sicherheit ins Verderben führen wer-

**(Dirk Nockemann)**

den. Vor Silvester wurde jeder Zweifel daran, dass Zuwanderung immer und stets nur Bereicherung bedeuten kann, in den Bereich des Amoralischen und Verwerflichen verwiesen. Seit den Vorfällen der Silvesternacht ist Schluss mit diesen Lebenslügen.

(Beifall bei der AfD)

Hätten sich die Nachrichten von den Übergriffen nicht mit Lichtgeschwindigkeit in den sozialen Netzwerken verbreitet, wären sie wohl unberücksichtigt und unbeachtet geblieben. Viel zu lange duldet man in bestimmten Vierteln, auch in Hamburg, eine kriminelle Subkultur, die sich vorwiegend aus einem bestimmten Milieu von Zuwanderern speist. Seit der Silvesternacht sind in Deutschland die Waffen ausverkauft, weil die Bürger sich nicht mehr sicher fühlen und sich munitionieren. Seit der Silvesternacht ist Gott sei Dank Schluss mit dem Verschwiegenheitskartell, das nicht sein darf. Seit den Silvestertagen gibt es plötzlich auch wieder Forderungen nach der ganzen Härte des Staats. Als ich das in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert habe, hieß es, der Mann sei ein Hardliner, ein Law-and-Order-Mann. Und nun, da Sie das fordern, heißt es, das seien überlegt handelnde Politiker. Für mich ist das nichts als Heuchelei. Für mich ist das nichts als Ihr Versuch, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Die Innere Sicherheit liegt auch in Hamburg am Boden: Millionen Überstunden bei der Polizei, eine überbordende Kriminalitätsrate, zunehmende Einbruchskriminalität und Rockerkriminalität. Senator Neumann war einer der ganz wenigen in der SPD, der das Herz in Sachen Innere Sicherheit auf dem richtigen Fleck trug, aber leider bekam er nicht die Finanzmittel, um diese Aufgabe vernünftig zu erfüllen. Nein, Rot-Grün versenkt das Geld lieber in Radwegen.

(Beifall bei der AfD)

Besonders ärgert mich die Tatsache, dass ausgerechnet diejenigen die ganze Härte des Gesetzes und des Rechtsstaats fordern, die gerade dabei sind, diesen Rechtsstaat auf Bundesebene zu demontieren, indem sie im Bereich der Verfassung das Asylrecht außer Kraft setzen, indem das Aufenthaltsgesetz für sie keine Rolle spielt. Das sind Wendehälse, und das beklagen wir ganz besonders.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt plötzlich beklagen auch alle den Abschiebestau – auch etwas, das wir in der Vergangenheit ständig beklagt haben und deswegen als sogenannte Rechtspopulisten durch die Stadt gejagt worden sind. Endlich haben Sie gelernt. Endlich merken auch die Altgrünen und Altlinken, dass es in diesem Staat etwas zu verteidigen gibt, nämlich die persönliche Freiheit des Einzelnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Gladiator von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

**Dennis Gladiator** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst, Herr Dressel: Was heute hier abläuft, ist so in der Geschäftsordnung vorgesehen. Wir halten uns daran, dass die Aktuelle Stunde am Beginn der Tagesordnung steht. Das hat Ihnen bisher ja auch gepasst. Bei der Bestätigung der Sozialsenatorin war es das gleiche Verfahren. Also führen Sie nicht so einen Showtanz auf. Wir halten uns an die Geschäftsordnung.

(Beifall bei der CDU)

Nach allem, was wir bisher und auch heute wieder gehört haben, steht nach wie vor fest, dass der Rücktritt des Innensensors überfällig war. Denn es ist schon ein echt starkes Stück, dass der Bürgermeister einen amtsmüden Innensensor, der schon seit über einem Jahr um seine Entlassung gebeten hat, im Amt festgehalten hat, obwohl allen erkennbar war, dass ihm der Elan im innenpolitischen Bereich immer mehr abhanden ging.

(Beifall bei der CDU)

Besonders schlimm daran ist, dass dies zu einer Zeit stattfand, in der die Sicherheitslage in Hamburg in keinem guten Zustand war und ist. Wie wir bereits gehört haben, verängstigen Einbrecherbanden die Hamburger, die Rockerbanden tragen ihre Machtkämpfe auf offener Straße aus, die ehrlosen Täter der Silvesternacht vergiften das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, und über allem schwebt dann auch noch die immanente Terrorgefahr.

Herr Dressel, es ist immer lustig, wenn Sie sich hinstellen und die Innenpolitik der SPD loben. Sie sollten aber dann auch bei der Wahrheit bleiben. Sie haben den Ausreisegewahrsam gelobt, Olaf Scholz sei der starke Mann. Im September des vergangenen Jahres haben Sie genau diesen Ausreisegewahrsam als unnötig abgelehnt. Jetzt machen Sie nicht so dicke Backen und plustern sich nicht so auf.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dressel, Sie sind mit Ihrer Politik für über eine Million Überstunden bei der Polizei verantwortlich.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Die bezahlen wir ja aus!)*

Das ist ein Rekordwert, der deutlich macht, dass die Personalsituation in der Polizei desolat ist und es dringend mehr Personal braucht. Das ist die Wahrheit und nicht Ihr Gesang von guter SPD-Politik.

(Beifall bei der CDU)

**(Dennis Gladiator)**

Anstatt die Verantwortung zu übernehmen und die Polizei besser auszustatten, verweigert sich der Senat konsequent. Das haben wir zuletzt am vergangenen Donnerstag im Innenausschuss vom damaligen Innensenator Michael Neumann bestätigt bekommen. Das liegt aber auch nicht nur an den schwachen Innensensoren, die Sie stellen, sondern auch am Ersten Bürgermeister und seiner Haltung zur Inneren Sicherheit. Erst kürzlich hatte Olaf Scholz erklärt, die Polizei sei gut und ausreichend ausgestattet. Hier irrt sich der Bürgermeister gewaltig. Das ist ein echter Schlag ins Gesicht aller Polizisten, die kaum noch aus ihren Uniformen kommen und ihre Belastungsgrenze längst erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Deshalb muss man dem Bürgermeister auch einmal ganz deutlich sagen: Die Stärke der Hamburger Polizei fußt nicht auf den guten Rahmenbedingungen, über die Sie fantasieren, sondern auf dem außerordentlichen Engagement der Polizistinnen und Polizisten. So muss man nach einem Jahr Rot-Grün tatsächlich schon in aller Deutlichkeit feststellen, dass die Innere Sicherheit bei Ihnen keine Priorität genießt und nicht in guten Händen ist.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Sozialdemokraten und GRÜNE sind in wesentlichen Fragen der Inneren Sicherheit uneinig oder gar zerstritten. Dafür könnte man eine Vielzahl von Beispielen nennen. Ganz besonders deutlich zeigt sich das auf dem Gebiet des Ausländerrechts, das vor dem Hintergrund der widerlichen Taten der Silvesternacht zu Recht verschärft werden soll. Um eines vorweg ganz klar zu sagen: In dieser Frage darf es nur eine Haltung geben. Wer Frauen als Freiwild betrachtet und sexuell belästigt, wer unsere Rechtsordnung derart mit Füßen tritt, der muss unser Land verlassen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Zum Erstaunen vieler hatte sich auch Olaf Scholz einige Tage später dieser Auffassung angeschlossen und sich für die erleichterte Ausweisung ausländischer Straftäter ausgesprochen. Prompt kam die öffentliche Klatsche des grünen Juniorpartners, der ihn in die Schranken weisen sollte. Dieser Streit lähmt den Senat in einer wichtigen Frage, und das ist Gift für das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Bernd Baumann* und *Dr. Joachim Körner*, beide AfD)

Deshalb brauchen wir nicht nur einen Wechsel im Senatorenamt, sondern einen echten Neuanfang in der Innenpolitik. Die Innenpolitik und die Innere Sicherheit müssen endlich wieder oberste Priorität haben. Frau Schneider, es ist auch die beste Form

des Opferschutzes, wenn man Straftaten gar nicht erst entstehen lässt.

(Beifall bei der CDU)

Darum muss der Senat jetzt seinen internen Streit beenden und endlich anfangen zu handeln, anstatt zu reden. Denn Sicherheit lässt sich nicht mit Worten herstellen, sondern nur mit einer gut ausgestatteten Polizei und Feuerwehr und einem starken Verfassungsschutz. Hier sind von Innensenator Neumann riesige Baustellen hinterlassen worden, derer sich jetzt der neue Innensenator annehmen muss. Er muss beweisen, ob er den Willen und die Durchsetzungskraft hat, denn daran werden wir ihn messen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner* AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

**Carl-Edgar Jarchow** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Nockemann, die Innere Sicherheit liegt nicht am Boden. Wir sollten bei aller Kritik in der Diskussion über das, was wir besser machen können, und bei der Analyse der Lage mit einer solchen Aussage, die Innere Sicherheit liege am Boden, immer ein bisschen vorsichtig sein. Die Innere Sicherheit ist ein ganz wichtiges Gut in dieser Gesellschaft. Das Gewaltmonopol des Staats sollte für uns alle gelten, und wir alle sollten es unterstützen. Gerade wir, die wir hier als demokratische Parteien sitzen,

(*Jan Quast* SPD: Die ja!)

sollten uns darüber einig sein, dass Bürgerwehren und andere Dinge keine Lösung sind, sondern wir sind dazu da, dafür zu sorgen, dass die Innere Sicherheit gewährleistet ist und Missstände aufgeklärt werden, wir Konsequenzen daraus ziehen und konstruktive Kritik üben. Wir neigen sehr dazu, alles immer nachbetrachtend zu beurteilen, und reden immer darüber, was der eine vor anderthalb und der andere vor zwölf Jahren gesagt hat. Das hilft uns im Moment nicht weiter. Es hilft uns nur weiter, Konsequenzen zu ziehen, über Lösungen zu streiten und sie dann zu finden, aber nicht, die Innere Sicherheit in diesem Land infrage zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Nockemann von der AfD-Fraktion, Sie haben das Wort.

**Dirk Nockemann** AfD: Herr Kollege Jarchow, wenn ich davon spreche, dass die Innere Sicherheit am Boden liegt, dann ist das beispielhaft und ein Synonym. Wann ist es jemals vorgekommen,

**(Dirk Nockemann)**

dass in einer Silvesternacht auf offenen, besonders bewachten Plätzen sich große Menschenmassen nicht mehr sicher fühlen konnten, dass sie gegenüber Angriffen hilflos und wehrlos gewesen sind, dass die Bundespolizei und die Landespolizei – das war jedenfalls in Köln der Fall – es angesichts der Übermacht und angesichts der mangelnden Personalstärke im Einsatz nicht mehr gewagt haben, überhaupt noch einzugreifen? Das sind rechtsfreie Räume auf zentralen Plätzen der Republik, und ich glaube, angesichts solcher Zustände ist meine Beschreibung mehr als angebracht.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion.

**Richard Seelmaecker** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Schutz vor sexuellen Übergriffen aufgrund der Vorfälle, die wir unter anderem in der Silvesternacht hatten, traue ich diesem Senat bei dem Wirrwarr, den wir bei Rot-Grün haben, ehrlich gesagt nicht mehr zu. Wir haben ja nicht nur die Innenpolitik, sondern auch die Justizpolitik. Schauen wir uns doch einfach einmal an, was alles im letzten Jahr passiert ist: im Mai 2015 der Alleingang des Justizsenators. Die Vorratsdatenspeicherung bezeichnete er als rechtlich zweifelhaft, überflüssig und unseriös.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Thema!)

Bürgermeister Scholz sah das komplett anders, piff ihn sogleich zurück und sagte, das sei keine Senatsposition. Stichwort Gefahrengelände: Justizsenator Steffen sagte im Juli 2015, die gesetzlichen Regelungen würden bis zum Jahresende stark eingeschränkt werden.

(Farid Müller GRÜNE: Wollen Sie nicht über sexualisierte Gewalt reden?)

– Das werde ich gleich noch ausführen, keine Sorge. Wir kommen auch beim zweiten Thema noch darauf zu sprechen, dann werde ich gern ein paar Takte mehr dazu sagen.

Bürgermeister Scholz piff ihn erneut zurück, das Instrument habe sich bewährt und werde sich weiter bewähren. Also auch dort wieder Diskrepanz. Und last, but not least die Legalisierung von Cannabis und Schwarzfahren. Der Justizsenator will Kiffen und Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit herunterdeklarieren und Bürgermeister Scholz muss ihn ein drittes Mal zurückpfeifen. Bei einem solchen Rechtsverständnis traue ich diesem Justizsenator nicht zu, bezüglich der aktuellen Vorfälle irgendetwas zu veranlassen, was eine Besserung herbeiführen würde.

(Beifall bei der CDU und Dr. Joachim Körner AfD)

Wenn es dauernd solche Diskrepanzen zwischen Innen- und Justizpolitik gibt und der Bürgermeister ständig einschreiten muss, glaube ich auch nicht, dass es vonseiten des Senats besser wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Jetzt bekommt Herr Lenders von der CDU-Fraktion das Wort.

**Joachim Lenders** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Tjarks, Sie haben es geradezu herausgefordert, dass ich Ihnen heute noch einmal die gesamten Initiativen der CDU-Fraktion aufzähle.

(Farid Müller GRÜNE: Die sind ja auch übersichtlich!)

Das habe ich gar nicht nötig – will ich auch gar nicht –; das ist auch in der Bevölkerung verankert.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber was die beiden Fraktionschefs von Rot-Grün aufgezehrt und zu suggerieren versucht haben, ist so ein bisschen das Pfeifen im Walde. Sie haben Angst vor der Realität. Sie haben Angst, dass Ihnen die rot-grüne Politik von 2001 mit ihren gescheiterten Senatoren erneut auf die Füße fällt.

(Beifall bei der CDU)

Werter Herr Dr. Dressel, werter Herr Tjarks, das hat doch auch Gründe. Sie schicken nicht einmal in der zweiten Runde Ihren innenpolitischen Sprecher ans Pult, weil Sie Angst haben, er könne etwas Falsches sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Die CDU-Fraktion kann ganz locker zurückblicken. Wir haben genug innenpolitisch und justizpolitisch erfahrene Redner. Bei Ihnen in der SPD-Fraktion scheint es auf den ehemaligen innenpolitischen Sprecher, jetzt SPD-Fraktionschef, hinausgelaufen. Willkommen, dass wenigstens Sie versuchen, diese Katastrophe zu heilen.

(Beifall bei der CDU – Farid Müller GRÜNE: Wir wollen diese langweilige Debatte nicht noch verlängern!)

Nicht nur Ihre vielen Zwischenrufe, Herr Tjarks, sind lächerlich und absurd.

(Beifall bei der CDU)

Selbst die Zweite Bürgermeisterin, die Ihrer Partei angehört, hat gelacht, als Sie vorgetragen haben, dass Innenpolitik bei Grün in sicheren Händen sei.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Herr Tjarks, mit sicheren Händen meinen Sie offensichtlich die Hände, denen Sie vorher Samthandschuhe angezogen haben, um mit diesen be-

**(Joachim Lenders)**

kleidet dann möglicherweise mit Straftätern umzugehen, statt Kriminelle und Straftäter wirklich zu bekämpfen. Dazu haben wir andere Ansichten und andere Auffassungen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Müller, die SPD-Fraktion auch. Sie hat vorhin von deutlichem, klarem Einschreiten gegen Straftäter gesprochen. Das scheint bei Ihnen in der Fraktion noch nicht angekommen zu sein.

Was wir in der Silvesternacht erlebt haben, was wir erlebt haben mit einem amtsmüden Senator, muss doch letztendlich auch den Letzten aufrütteln. So kann es mit Innerer Sicherheit und der Innenpolitik in dieser Stadt nicht weitergehen.

(Beifall bei *Ralf Niedmers CDU*)

Mit Verlaub, es muss doch jetzt auch einmal ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Was wir am vergangenen Donnerstag im Innenausschuss erlebt haben, war nun wahrlich kein deutliches Zeichen. Da zeichnete sich offensichtlich schon ab, dass Senator Neumann seinen Job nun nicht mehr lange machen wird. Er hat uns viele Dinge versprochen – das ist auch das, was heute noch einmal rübergekommen ist –, aber es waren Versprechungen, die dann nicht gehalten worden sind.

Zur Frage der Motivation: Wenn Sie schon die anderen Anträge nicht gelesen haben, Herr Tjarks, dann schauen Sie sich wenigstens den letzten Antrag der CDU zum Thema Dienst zu ungünstigen Zeiten und Stärkung der Motivation der Polizei an; er war am Donnerstag Thema im Innenausschuss. Was kommt von Rot-Grün? Nur heiße Luft, keine konkreten Absichten.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit.

(Heiterkeit bei der SPD – *Juliane Timmermann SPD*: 15,9 Prozent sind ein klares Signal, Herr Lenders!)

Die CDU ist die Partei, die sich klar dazu bekennt, Straftäter abzuschieben, wenn migrations- oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen sie erwirkt werden können, und die Partei, die Klartext redet, wie es die Präsidentin in ihrem Eingangsstatement gefordert hat.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Ja, das sehen wir auch in Berlin, Herr Dr. Dressel.

An dieser Stelle müssen wir uns sicherlich weder Belehrungen noch Vorwürfe von Ihnen gefallen lassen. Sie sollten sich daran erinnern, dass Sie 2001 die Karre schon gegen die Wand gefahren haben. Und Sie sind dabei, dies wieder zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Hamann von der CDU-Fraktion.

**Jörg Hamann CDU:**\* Da SPD und GRÜNE offensichtlich der Ansicht sind, zu dieser Debatte nichts beitragen zu können, sondern nur zuhören wollen – von uns aus gern.

(Beifall bei der CDU)

Wir können Ihnen gern noch einmal im Einzelnen deutlich machen, worin Ihr Problem und Ihr Versagen der letzten Jahre liegt.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Hamann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

**Jörg Hamann CDU** (fortfahrend):\* Jetzt kein Aber, sonst folgt Gelaber. Nein, tut mir leid, Frau Kollegin, ein anderes Mal.

(Beifall bei *Ralf Niedmers CDU*)

Wir wollen versuchen, es einmal einigermaßen prägnant auf den Punkt zu bringen. Der Herr Senator ist nun also von seinem Amt zurückgetreten. Wir haben ihn lange gekannt, wir haben ihn auch geschätzt, wir danken ihm für seine Taten; gar keine Frage. Es war aber doch in den vergangenen Monaten schon etwas über die Grenze der Peinlichkeit hinaus, immer wieder von ihm zu hören, wie schlimm und unangenehm es sei, Senator in dieser Stadt sein zu müssen. Man müsse gehen, solange noch irgendjemand sage, das sei schade, bevor man – wie er es auch jetzt wieder erzählt hat, das erzählte er in den letzten Monaten ständig, wenn man ihn hier oder beim Essen im Rathausaal traf – vom Hof gejagt werde. Ob er vom Hof gejagt wurde oder gegangen ist, wissen wir nicht, er sagt, er sei gegangen. Das spielt letztlich auch keine Rolle, vorbei ist vorbei. Wir werden also heute eine neue Senatorenwahl haben.

(*Farid Müller GRÜNE*: Hätten wir schon längst haben können!)

In der Sache selbst macht es das nur bedingt besser, denn das Hauptproblem der SPD ist die Innere Sicherheit. Das ist ein Thema, bei dem Sie immer wieder stolpern und bei dem Sie hier wirklich nur Halbwahrheiten verkünden.

Ich erinnere an die kürzlich erfolgte Regierungserklärung Ihres Ersten Bürgermeisters. Er stellt sich hier hin und liest vor, was nun alles im Bereich der Inneren Sicherheit getan werde, unter anderem Abschiebungen und mehr Mitarbeiter; ich bin dann anschließend noch einmal nach vorn gegangen

**(Jörg Hamann)**

und habe es zitiert. In derselben Debatte stimmen Sie unseren Antrag nieder, sich endlich einmal vernünftig mit der Lampedusa-Gruppe auseinanderzusetzen und zu klären, was eigentlich mit diesen Menschen ist. Da machen Sie überhaupt nichts. Das ist Ihre Janusköpfigkeit. Sie reden von Innerer Sicherheit und behaupten, Sie sorgen für Abschiebungen und dafür, dass die Innere Sicherheit gewährleistet sei. Gleichzeitig sind Sie aber nicht bereit und auch nicht in der Lage, irgendetwas in diesem Bereich zu machen. Diese Lampedusa-Gruppe haben wir seit Jahren, und Sie kümmern sich nicht darum. Sie ist in keinem Ausschuss Thema, es gibt keinerlei Initiative, keinerlei Engagement. Die Menschen sind hier, ohne dass irgendetwas passiert. Das ist Innere Sicherheit aus Sicht der SPD:

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Behauptungen aufstellen, Halbwahrheiten verbreiten und Janusköpfigkeit. Innere Sicherheit als SPD-Thema? Nach wie vor Fehlanzeige, wie vieles andere in diesem Senat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

**Dr. Alexander Wolf AfD:**\* Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Migrationswelle beschäftigt uns in ihren Folgen heute einmal wieder, eine Masseneinwanderung, die – so deutlich muss man das sagen – von Ihnen und Ihren politischen Freunden in Berlin verantwortet wird.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ein bisschen mehr Ruhe bitte.

**Dr. Alexander Wolf AfD** (fortfahrend):\* Sie tut das mittlerweile in einem Ausmaß, in Feinheiten, Details und besonderen Exzessen, die die meisten von Ihnen sich kaum vorstellen konnten, aktuell in Form der sexuellen Gewalt gegen Frauen durch Migranten, vorwiegend in Köln und Hamburg, in Bielefeld und in anderen deutschen Städten. Ich bin es ehrlich gesagt leid, dass wir uns damit tagtäglich auf ein Spielfeld begeben, welches wir bei Anwendung von Recht, Gesetz und gesundem Menschenverstand nie hätten betreten dürfen, und wenn es nach uns und vielen anderen europäischen Politikern und Regierungschefs gegangen wäre, auch gar nicht betreten hätten.

(Beifall bei der AfD)

Ich bin es leid und es tut mir leid, dass wir heute den Frauen Dinge sagen wie mehr Polizei, mehr Armlänge, etwas mehr Offenheit und die volle Här-

te des Rechtsstaats. In einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen wäre das richtig und ausreichend. Was ist aber die sogenannte volle Härte des Rechtsstaats noch wert, wenn die Staatseliten den Rechtsstaat selbst außer Kraft gesetzt haben? Daher möchte ich jetzt auch nicht über eine Verschärfung des Strafrechts reden, wenn es dann ohnehin nicht durchgesetzt wird. Lesen Sie doch, was Deutschlands renommierteste Staatsrechtslehrer wie Di Fabio, Papier und Isensee dazu schreiben. Es ist doch irrsinnig, um es einmal plastisch auszudrücken, sich bei einem Wasserrohrbruch ein halbes Jahr lang darüber zu unterhalten, wie wir unser Haus und mittlerweile auch die Nachbarhäuser in Europa möglichst gleichmäßig fluten. Denn um einen Wasserrohrbruch geht es hier.

(*Wolfgang Rose SPD: Was ist jetzt hier der Wasserrohrbruch? – Dr. Monika Schaal SPD: Worüber reden wir hier eigentlich?*)

Mutti Merkel und ihre Helfershelfer haben den Rechtsstaat eingerissen, setzen sich über Verfassung, Recht und Gesetz hinweg, bringen womöglich das europäische Projekt zum Explodieren, und ihre Helfershelfer unterhalten sich über Sandsäcke und streiten sich über die Farbe der Badehose.

(*Dorothee Martin SPD: Wo sind wir denn hier? – Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist ja unerträglich!*)

Der erste Schritt bei einem Wasserrohrbruch ist aber, den Haupthahn abzustellen, die unkontrollierte Masseneinwanderung, die dieses Problem hervorruft, in den Griff zu bekommen. Wir reden nahezu in jeder Bürgerschaftssitzung über Baumaßnahmen, Straftaten, Integrationsprobleme, Arbeitsmarktinstrumente und vieles mehr, bei denen es um Menschen geht, die weit überwiegend gemäß Recht und Gesetz gar nicht in unserem Land hätten Aufnahme finden dürfen. Wir befassen uns mit Problemen, die nur existieren, weil wir, Merkel und ihre Helfershelfer, sie unter Ausschalten des Rechts erst selbst schaffen.

Jetzt kommt es noch schlimmer: Sie schaffen diese Probleme dem Bürger an den Hals und sehen nicht, was Sie mit der Masseneinwanderung vorwiegend muslimischer junger Männer anrichten. Dieses Faktum wurde uns Silvester in einer erschreckenden Weise vor Augen geführt,

(*Martin Dolzer DIE LINKE: Sie stigmatisieren! Das ist unerträglich!*)

und überrascht werden konnten nur diejenigen, die die Realität nicht sehen wollten. Sagen wir es doch, wie es ist: Menschen werden unter Missachtung von Dublin III, Schengen, Asyl-, Ausländer- und Grundgesetz ins Land gelassen, sie werden zudem nicht, auch das ist gegen die Rechtslage, hinreichend ausgewiesen und abgeschoben – das ist Teil 2 des Problems –, und am Ende haben

**(Dr. Alexander Wolf)**

dann Frauen darunter zu leiden. Kann man das überhaupt noch ein Problem nennen? Es ist eine grundlegende Krise des Staats, in die wir hier manövriert werden. Die Bürger haben trotz einer Dauerberieselung an Willkommenskulturpflicht ein feines Gespür für den Verlust von Rechtsstaat und verlässlicher Sicherheit, und sie bereiten sich vor. Es ist ein trauriges Zeichen, dass Selbstverteidigungskurse für Frauen ausgebucht, Pfeffersprays und Schreckschusswaffen ausverkauft sind. Wie viele Warnsignale benötigen Sie noch, um zu spüren, dass Sie für Ihre Multikulti-Träume etwas aufs Spiel setzen, das unser Land erst zu dem gemacht hat, was es ist, das unser Land erfolgreich gemacht hat, das Frieden, Sicherheit und Wohlstand ermöglicht hat? Hören Sie endlich auf, das abzuschaffen.

Edmund Stoiber – Herr Trepoll, verehrte Kollegen der CDU, die ich auch einstmals gewählt habe – beschwor Frau Merkel damit, sie mache Europa kaputt. Und damit hat er recht. Ihr Ex-Finanzsenator aus Berlin, Sarrazin, liebe Kollegen der SPD, überschreibt das erfolgreichste deutsche Sachbuch mit "Deutschland schafft sich ab".

Ich komme zum Ende. Ich sage für eine immer größere Mehrheit der Deutschen und der gut integrierten Menschen mit ausländischen Wurzeln: Wir wollen das, was Merkel will, nicht schaffen. Wir wollen uns nicht abschaffen. Wir wollen, wie Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, es schon Mitte November 2015 formulierte, dass unser Land so bleibt, wie es ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren, das Wort bekommt Herr Münster von der SPD-Fraktion.

**Arno Münster SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte läuft etwas anders ab, als man das normalerweise erlebt.

(André Trepoll CDU: Weil ihr euch nicht beteiligt!)

Wir haben im Vorwege natürlich gefragt: Ist das Thema, das Sie angemeldet haben, eigentlich aktuell? Was gibt es dazu zu sagen? Eine Befassung im Innenausschuss hat stattgefunden, wir alle waren mit der geballten Innenpolitik dieses Hauses daran beteiligt.

Wir haben Herrn Trepolls Rede gehört. Dabei ist mir aufgefallen, dass es Gründe gibt, warum er den neuen Innensenator nicht vor der Aktuellen Stunde vereidigen lassen will. Er möchte ihn nicht reden lassen, denn wahrscheinlich würde er genau das Gleiche sagen, was Innensenator Neumann bei der letzten Sitzung des Innenausschusses gesagt hat, und das war insbesondere für Herrn Gla-

diator eine kleine Lehrstunde, das muss man einmal so sagen. Das wollen Sie natürlich nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das wollten Sie jetzt in dem großen Hause nicht wieder über sich ergehen lassen,

(Jörg Hamann CDU: Ach was, Herr Grote kann das besser!)

denn da haben Sie relativ alt ausgesehen, insbesondere auch in den Punkten Finanzen, Herr Lenders. Herr Senator Neumann hat auch noch einmal etwas dazu gesagt, wie es um die Finanzen im Hause steht, welches Geld wir haben. Und Sie sagen einfach nur, bei der Schichtzulage komme eigentlich nur heiße Luft heraus. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, wie Sie mit diesem Thema umgehen. Wir können auch anders, keine Frage. Wir versuchen mit dieser Haushaltslage zu erreichen, dass die Polizisten auch zu ungünstigen Zeiten vernünftig entlohnt werden. Wenn Sie als Gewerkschaftsführer das so darstellen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

es komme nur heiße Luft von Rot-Grün, dann finde ich das schon bemerkenswert. Das sind alles keine Selbstgänger. Aber wenn Sie eine andere Meinung dazu haben, dann ist das auch in Ordnung.

Deshalb hat Senator Neumann das auch in Ihre Richtung gesagt. Der Polizeipräsident hat Sie nach der Ausschusssitzung, wenn ich das richtig verstanden habe, auch noch einmal darauf angesprochen, dass hier nicht einmal eben ein bisschen Trinkgeld über die Theke gehen soll, sondern dass es richtiges Geld ist, das die Polizei bekommt.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Zur Einsatzführung, Herr Gladiator, auch Sie haben das dementsprechend mitbekommen: Frau Schröder, die Leiterin der Davidwache, hat klar und deutlich erklärt, wie der ganze Einsatz gelaufen ist, was es an Erkenntnissen gab und welche Lage dort war. Dazu gab es keinen Widerspruch von Ihnen.

(Zuruf)

– Na, das haben Sie nicht gemacht, seien Sie doch ehrlich.

Das, was Sie heute wieder erzählt haben, ist natürlich das, was Sie immer sagen, nämlich die Innenpolitik von Rot-Grün sei am Boden zerstört, dementsprechend könnten wir keine Innenpolitik machen,

(Zurufe)

Sie könnten das alles besser, und wir ließen keine vernünftigen Argumente mehr zu. Ich glaube, da sind Sie richtig auf dem Holzweg.

**(Arno Münster)**

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie sagen, es fließe kein Geld in die Polizei. Ich sehe Sie immer an, Herr Lenders, Sie sind, glaube ich, relativ dicht dran. Herr Gladiator ist doch Ihr Mann, dem Sie immer sagen, wie er arbeiten soll.

(Zuruf von *Joachim Lenders CDU*)

Aber wir waren es, die letztes Jahr 10 Millionen Euro in die Ausstattung der Polizei und die Alarmhundertschaften und 2 Millionen Euro in den Überstundenabbau investiert haben. Das haben wir alles im vergangenen Jahr gemacht, oder nicht? Oder haben Sie das schon wieder vergessen?

(*Joachim Lenders CDU*: Was haben wir gemacht?)

Auch dieses Jahr wird wieder Geld hineinfließen für den Abbau der Überstunden. Dann muss man auch einmal fairerweise sagen, das sind Stunden, die werden zwar von den Hamburger Polizisten geleistet, aber nicht im Gebiet der Hansestadt, sondern das waren Einsätze in Frankfurt oder München, wo die meisten Überstunden gemacht werden. Und ich glaube, in Ihrer Zeitschrift, Herr Lenders, haben Sie sogar noch geschrieben, Sie dankten dem Herrn Senator, dass er die Überstunden durchgeschrieben hat und nicht nur die Einsatzzeiten, sondern auch den Bereitschaftsdienst für das ganze Wochenende.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich** (unterbrechend): Herr Münster, darf ich kurz unterbrechen? Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lenders?

**Arno Münster SPD**: Nein, er kann sich noch einmal melden.

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich**: Dann fahren Sie fort.

**Arno Münster SPD** (fortfahrend): Und dann noch einen Satz dazu, dass die Bevölkerung und die Türsteher auf St. Pauli alles gewusst hätten. Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Die Zusammenarbeit zwischen Türstehern und Polizei habe ich in der Vergangenheit eher etwas abgekühlter erlebt. Dass die jetzt so eng zusammenarbeiten, glaube ich den ganzen Tag nicht. Und in Richtung Bevölkerung sage ich: Wenn es Erkenntnisse gibt, dann erwarte ich auch von einem Bürger, dass er das Telefon in die Hand nimmt und sagt, er habe diese oder jene Lage bei sich in der Straße. Das machen andere Bürgerinnen und Bürger auch. Aber nicht im Nachhinein immer erzählen – ich schiele ein bisschen in Richtung Herrn Jarchow –, das hätten

wir alles immer gewusst. Das ist nicht das, was man im Bereich Innenpolitik machen sollte.

Zum Thema Rocker: Wir haben eine Soko Rocker und eine Soko Castle eingerichtet. Wir haben jetzt auch eine Soko beispielsweise für die Übergriffe an Silvester; es ist alles eingerichtet.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich** (unterbrechend): Das Lichtlein sehen Sie aber, Herr Münster, nicht wahr? Das Lichtlein sehen Sie?

**Arno Münster SPD** (fortfahrend): Deswegen sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Innere Sicherheit ist bei Rot-Grün in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich**: Als Nächste wünscht das Wort die Abgeordnete Möller von der GRÜNEN Fraktion, und sie bekommt es.

**Antje Möller GRÜNE**:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Welche Sternstunde einmal wieder in dieser Bürgerschaftssitzung.

(*Dirk Nockemann AfD*: Die fängt jetzt an mit Ihnen!)

Die CDU meldet ein innenpolitisches Thema an, einen großen Rundumschlag, um über das Konkrete nicht zu reden. Ein ungehemmtes Ausschlachten einer Serie von Straftaten zulasten von Frauen, bei dem alle Ihre Redner es fertigbringen, die Frauen letztlich immer nur als Objekte zu sehen

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

und nicht ein einziges Mal empathisch. Uns wird vorgeworfen, das Sicherheitsgefühl der Stadt werde durch das Handeln von Rot-Grün vergiftet. Sie, meine Herren – ich sage wohlweislich meine Herren – auf dieser Seite, Sie vergiften einen ganzen gesellschaftlichen Konsens, der schwer genug immer wieder zu erhalten ist – schwer genug.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Und Sie benutzen ihn. Dabei geht es nämlich um die Gleichstellung der Frau, um die Würde der Frau, um etwas, das zumindest auf Bundesebene bei der AfD doch eher als eine Art Gendergedöns angesehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem großen Rundumschlag meinen Sie, erstens mit großer Geste verhindern zu können, dass eine Bestätigung eines Innensensors stattfindet, der Ihnen dann tatsächlich auch Rede und

(Antje Möller)

Antwort hätte stehen können, und zweitens stellen Sie mit großer Geste dann auch noch die gesamte rot-grüne Koalition als eine dar, die sich ständig streitet und nichts zuwege bringt.

(Joachim Lenders CDU: Das ist doch auch so!)

Sie wollen das Konkrete nicht sehen. Sie wollen beim Thema Ausreisen, beim Thema Umsetzung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes einfach nicht sehen, was in dieser Stadt passiert. Sie nehmen nicht wahr, dass etwas, was wir als Koalition gut und richtig finden, nämlich dass die Menschen, die hier für einen Aufenthalt keine Perspektive haben, monatlich zu mehreren Hunderten ausreisen

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Seit wann denn, Frau Möller?)

und nicht abgeschoben werden müssen. Und das ist wesentlich humaner als alles,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

was Sie mit sehr viel Pathos immer wieder einfordern. Diese fast schon alberne Fixierung auf das Thema, schnell, klar und deutlich eine Ausweisung zu erteilen, ist schlicht und einfach in der praktischen Umsetzung – das wissen Sie ganz genau – eine Nulllösung. Denn Ausweisung heißt weiterhin, dass die Menschen hier bleiben. Sie beziehen sich ganz konkret auf etwas, von dem Sie wissen, dass es weder durch das Sexualstrafrecht noch durch das Ausländerrecht noch durch die De-facto-Lage gedeckt ist. Sie machen nichts weiter als einen riesigen Rundumschlag, weil Sie über das Konkrete gar nicht reden wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Als Nächste erhält das Wort Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

(Jörg Hamann CDU: Sie wollten sich doch nicht beteiligen!)

**Christiane Schneider** DIE LINKE: – Ja, aber es hat sich ergeben, dass es mir auf der Zunge liegt, einen katholischen Würdenträger zu zitieren, was ich sehr selten tue, und zwar möchte ich den Kardinal Woelki zitieren, der sagte:

"Viele nutzen das in der Silvesternacht geschehene Leid, um ihr politisches Süppchen zu kochen."

– Zitatende.

Rund 70 Jahre nach der Überwindung des Nationalsozialismus sei das – ich zitiere wieder –:

"[...] ein Süppchen, von dem wir nicht mehr essen und schmecken und das wir nicht einmal mehr riechen wollen."

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich finde, Kardinal Woelki hat recht, wenn man sich ansieht, was alles geschrieben stand nach den Ereignissen in der Silvesternacht, von wem das alles instrumentalisiert worden ist, und einen kleinen Anklang haben wir von der ganz rechten Seite auch heute.

Die Vorfälle in der Silvesternacht, diese verstörenden sexuellen Übergriffe, bedürfen einer sorgfältigen und ruhigen Aufarbeitung. Wir alle sind weit davon entfernt zu verstehen, was eigentlich passiert ist und warum es passieren konnte, dass eine so große Zahl von Frauen den Übergriffen ausgesetzt wurde. Es gibt eine Menge Fragen, die ich nicht alle aufwerfen werde, weil das in dieser Debatte gar nicht in Ruhe diskutiert werden kann. Aber eine Frage zum Beispiel ist – das hatte Herr Jarchow schon angesprochen –: Gab es tatsächlich seit Monaten, wie im Nachhinein aus verschiedenen Kreisen behauptet wird, konkrete Hinweise auf die Zunahme von Straftaten, von Taschendiebstählen, aber eben auch von sexuellen Übergriffen rund um die Reeperbahn? Gab es eine adäquate Gefahreinschätzung der Polizei? Das sind alles Fragen, denen wir uns in Ruhe widmen sollten.

Wir sind auch weit davon entfernt, die konkreten Täter zu kennen. Als der Innenausschuss tagte, waren acht mutmaßliche Täter mit Migrationshintergrund ermittelt – das soll gar nicht verschwiegen werden –, aber es waren acht Täter, und acht Täter sind noch nicht alle Täter. Wir sind dafür, dass die Polizei daran weiter arbeitet und die Möglichkeit findet, die Täter tatsächlich aufzufindig zu machen, damit sie bestraft werden, falls sie dieser Straftaten überführt werden können.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Selbstverständlich!)

Und wenn und soweit die Täter ermittelt werden können, ist der rechtliche Instrumentenkasten zur Verurteilung und Bestrafung schon jetzt vielfältig. Ein Sonderstrafrecht für Migranten gibt es nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich glaube, darin sind wir uns überwiegend einig. Dann kommt eine entscheidende und sehr wichtige Frage hinzu. Sie wird, soweit ich das beurteilen kann, in allen Parteien kontrovers diskutiert. Wir von der LINKEN in Hamburg sind auf jeden Fall der Auffassung, dass wir uns gegen jeden Versuch wenden sollten, das Asylrecht zusätzlich als Strafrecht einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wenden uns auch gegen jeden Versuch, die Verantwortung für die Übergriffe Menschengruppen, in diesem Fall vor allem Muslimen, zuzuschreiben. Ja, der Wunsch nach Sippenhaft ist

**(Christiane Schneider)**

groß und treibt Sumpfb Blüten. Das erfahren wir auch in der Bürgerschaft von der ganz rechten Seite des Hauses. Aber damit entlastet man die individuellen Täter, die man somit ihrer Individualverantwortung enthebt. Auch das ist nicht rechtsstaatlich, und in diesem Sinne werden wir uns weiter an der Debatte über die Schlussfolgerungen aus diesen wirklich schrecklichen Ereignissen in der Silvesternacht beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Als Nächste erhält jetzt das Wort Karin Prien von der CDU-Fraktion.

**Karin Prien** CDU:\* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Möller, was Sie heute gemacht haben, war wirklich eine Entgleisung.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wenn Sie glauben, es stünde Ihnen wirklich zu, Noten für das Maß an Empathie gegenüber den Frauen, die in der Silvesternacht Opfer von Straftaten geworden sind, zu vergeben, dann tun Sie genau das, was Sie Extremisten in unserem Land zu Recht vorwerfen, nämlich die Brunnen und die Stimmung in unserem Land zu vergiften. Lassen Sie das sein, Frau Möller, das ist keine angemessene Debatte, und so sollten wir sie nicht miteinander führen, sofern wir hier keine Weimarer Verhältnisse haben wollen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Auch die Unterstellung, Frau Möller, uns komme es auf Abschiebung an, ist doch völlig an den Haaren herbeigezogen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir, und nicht nur wir, sondern die Menschen in dieser Stadt erwarten, dass eine handlungsfähige Regierung dafür Sorge trägt, dass ausreisepflichtige Menschen unser Land verlassen. Und wenn das freiwillig im Rahmen von Rückführung geht, ist es gut, und wenn es nicht im Rahmen von Rückführung geht, müssen sie eben abgeschoben werden.

(Beifall bei der CDU und der AfD – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Und da sind wir uns völlig einig!)

Und darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger. Und, Herr Dressel, je nachdem, wo Sie gerade auftreten, vertreten Sie das doch auch. Deshalb finde ich es wirklich verlogen, uns jetzt vorzuwerfen, wir seien besonders scharf auf Abschiebung. Das ist selbstverständlich keiner von uns, und darum geht es auch in dieser Debatte gar nicht.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich** (unterbrechend): Frau Prien, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Karin Prien** CDU (fortfahrend):\* Nein, Frau Möller, im Augenblick würde ich gern einmal ausreden.

Meine Damen und Herren, Frau Schneider! Ich bin, wie so manches Mal, bei Ihnen. Differenzierung ist natürlich in der Bewertung der Ereignisse der Silvesternacht notwendig. Und Sie werden uns nicht vorwerfen können, dass wir nicht an einer differenzierten Debatte zu diesem Thema teilnehmen würden.

(*Farid Müller GRÜNE:* Wir wären froh gewesen, wenn wir heute hätten darüber reden können!)

Ich fände es übrigens auch sinnvoll, in der Frage der Verschärfung des Sexualstrafrechts zumindest mit etwas Ruhe an die Debatte heranzugehen. Wenn von anderer Seite, weil ein Kind missbraucht worden ist, wieder einmal die Verschärfung des Strafrechts oder sogar die Todesstrafe gefordert wird, führen wir immer wieder aufgeregte Debatten über Strafverschärfung, und da mahnen Sie zu Recht eine sachliche Debatte und einen liberalen Rechtsstaat an. Tun Sie es bitte auch in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Und als letzte Bemerkung zu dieser wirklich schrägen Debatte heute,

(Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

die Sie am Anfang auch noch verweigert haben.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich** (unterbrechend): Werte Kollegen! Entschuldigung, dass ich Sie unterbrechen muss, Frau Prien, aber ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit für die Rednerin.

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Karin Prien** CDU (fortfahrend):\* Natürlich darf es kein Sonderstrafrecht für Flüchtlinge oder Asylsuchende geben; das ist doch eine Selbstverständlichkeit im Rechtsstaat. Aber was auch nicht geht, ist, sich einer Debatte über die Gründe zu verweigern, warum es zu diesen Vorfällen gekommen ist. Das erwarten die Menschen in unserer Stadt, und es wäre schön gewesen, wenn Sie in der Debatte auch zu dieser Frage etwas gesagt hätten. Dazu haben wir leider nichts gehört. Schade, wir sollten es vielleicht an anderer Stelle noch einmal auf sachliche Art und Weise versuchen.

**(Karin Prien)**

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Bernd Baumann AfD – Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir machen es morgen!)

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Herr Gladiator von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

**Dennis Gladiator CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Dinge sind noch aufzuarbeiten. Zum einen wundere ich mich sehr, dass die Regierungsfaktionen sich beschwerten, dass bestimmte Themen in der Aktuellen Stunde nicht angesprochen werden, sie aber nicht einmal mit eigenen Rednern an der Debatte teilnehmen, abgesehen von dem, was in der ersten Runde schon gesagt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Soweit ich weiß, stehen allen Fraktionen in der Aktuellen Stunde mehrfach fünf Minuten zu. Sie hätten also die Chance nutzen können.

Ich komme zu dem, was Arno Münster gesagt hat. Ich habe mich übrigens tierisch gefreut, dass Sie noch einmal nach vorn gekommen sind, Herr Münster, auch wenn man Sie zum Jagen treiben musste. So richtig von allein wollten Sie ja nicht.

(Heiterkeit bei der CDU – *Jörg Hamann CDU*: Das war doch kein Jagen!)

– Nein, Jagen war das nicht, aber man kann auch danebenschießen.

Zwei, drei Anmerkungen zu dem, was Sie zum Innenausschuss gesagt haben: Ja, wir haben in der Tat Frau Schröder nicht kritisiert, weil Frau Schröder mit dem arbeiten muss, was ihr zur Verfügung steht.

(*Arno Münster SPD*: Genau so ist es!)

Und wir haben aufgearbeitet – das ist auch deutlich geworden –, dass die Ermittlungsansätze, die es jetzt bei den acht Tatverdächtigen gibt, nur dank eines Fotografen möglich waren, der auf der gegenüberliegenden Seite auf einem Balkon stand und Fotos gemacht hat. Denn die Videoüberwachung wurde vom ehemaligen Innensenator Michael Neumann vor vier Jahren abgeschaltet, so dass Sie auf diesem Auge blind waren.

(Beifall bei der CDU und der AfD – Zurufe von der SPD: Und warum? – *Sören Schumacher SPD*: Sagen Sie, warum!)

– Es ist eine gute alte Regel, dass, wenn man jemanden trifft, er am lautesten schreit. Das merkt man bei Ihnen.

Die Videoüberwachung war gerichtlich weiter zulässig. Man wollte sie aufgrund des Personalaufwands nicht. Das war damals das Programm: hundert Köpfe aus den Stäben auf die Straße. Neumann wollte die Stäbe ausräumen und auf die

Straße bringen, und da hat man an dieser Stelle die Videoüberwachung abgeschaltet. Man war deshalb auch Silvester auf diesem Auge blind. Uns wurde dargestellt, dass es so voll war, dass die Polizei nicht mit Kräften in die Menge hineingehen konnte. Gerade in solchen Situationen ist die Videoüberwachung äußerst sinnvoll. Übrigens ist das auch der Grund, warum die Polizei jetzt die mobile Videoüberwachung nutzt. Wenn es also sinnlos gewesen wäre, fragt man sich, warum die Polizei jetzt die Videoüberwachung mit mobilen Fahrzeugen anwendet.

(Beifall bei der CDU)

Insofern: Für die politischen Rahmenbedingungen trägt der Senat die Verantwortung und nicht die Mitarbeiter der Polizei; deshalb ist hier die Kritik beim Senat angebracht. Und ich finde es relativ billig, wenn Sie nun fragen, warum wir nicht die Polizisten für das von Ihnen produzierte Fehlversagen kritisieren.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Dann zu einem anderen Punkt: Sie haben gerade die vielen von Ihnen gegründeten Sonderkommissionen gelobt. Ja, es ist richtig, mit Sonderkommissionen zu reagieren. Das Problem dabei ist, dass alles mit dem bestehenden Personal gemacht wird. Ihre BAO Castle, die Einbrüche aufklären soll, das Personal, das dafür zuständig ist, fehlt in den bezirklichen PKs. Die Zivilfahnder sind nicht mehr auf den Straßen unterwegs, um Einbrüche zu verhindern und aufzuklären. Das Problem ist, dass Sie für immer mehr Aufgaben kein zusätzliches Personal zur Verfügung stellen. Dafür müssen Sie die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Wenn Sie sich denn schon loben, stelle ich mir die Frage, welche Erfolge Sie bisher zu verzeichnen haben. Ist die Einbruchskriminalität im letzten Jahr zurückgegangen? Nach allem, was wir wissen, sind die Einbruchszahlen weiter angestiegen. Sie haben nicht einmal mit Ihrer Sonderkommission, Ihrer neu geschaffenen BAO, hier mehr Sicherheit herstellen können, Sie haben dieses Phänomen nicht im Griff. Das ist die Wahrheit Ihrer Innenpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Und zu der über 1 Million Überstunden, die bei der Polizei angefallen sind: Das ist doch kein Problem, das man einfach nur mit 2 Millionen Euro lösen kann und glaubt, es sei dann weg. Das ist ein strukturelles Problem, weil das Personal fehlt, um die Aufgaben zu bewältigen. Deswegen fällt diese hohe Anzahl von Überstunden an. Wir haben

**(Dennis Gladiator)**

mehrfach Anträge ins Parlament eingebracht, das Personal über die nächsten Jahre zu erhöhen.

*(Arno Münster SPD: Das machen wir doch!)*

Sie haben es abgelehnt, insofern müssen Sie dafür auch geradestehen.

*(Beifall bei der CDU)*

Abschließend noch eines, denn da haben Sie mir wirklich Angst gemacht, Herr Münster: Sie haben gesagt, wenn die Geschäftsordnung vorgesehen hätte, dass Herr Grote heute hier hätte reden dürfen, dann hätte er das Gleiche gesagt wie der Innensenator Neumann am letzten Donnerstag im Innenausschuss.

*(Zurufe von der LINKEN)*

Da habe ich wirklich Gänsehaut bekommen, denn das ist eine Bankrotterklärung. Ein einfaches "Weiter so!", ein Nichteingehen auf die Probleme, kein Verstärken der Polizei mit mehr Personal, kein Umsteuern bei der Feuerwehr, keine weiteren Stellen für den Verfassungsschutz – wenn das die Agenda des neuen Innensensors ist, dann wird er gemeinsam mit seinen Kollegen daran scheitern,

*(Beifall bei Jörg Hamann CDU)*

und dann bleibt dieser Senat ein Sicherheitsrisiko für diese Stadt.

*(Beifall bei der CDU und der AfD)*

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Das Wort erhält jetzt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion für noch eine Minute.

*(Dennis Thering CDU: Länger ist sie auch nicht zu ertragen! – Glocke)*

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Lieber Kollege Thering! Eingedenk der Worte der Präsidentin zu Beginn möchte ich auch Sie bei den Zwischenrufen bitten, die parlamentarische Ordnung zu beachten. – Frau Möller, Sie haben das Wort.

**Antje Möller GRÜNE:\*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, ich greife das auf, was Herr Trepoll gesagt hat, und wende mich ganz deutlich an Frau Prien. Frau Prien, Sie haben das, was ich gesagt habe, als verlogen bezeichnet. Das weise ich aufs Schärfste zurück und finde es zumindest unangemessen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

Wir können das im Protokoll nachlesen. So wollten wir nicht miteinander reden. Herr Gladiator, manchmal sind die Dinge dann doch komplizierter oder, ich sage einmal, nicht einfacher, als Sie es dargestellt haben, Herr Lenders.

*(Joachim Lenders CDU: Als Sie denken!)*

– Danke schön, auch das ist ein schöner Zwischenruf.

Eine Minute ist kurz, aber die Frage, warum und wie Videoüberwachung stattfinden kann, wird uns weiter im Ausschuss beschäftigen. Dahin gehört sie, und dort kann sie hoffentlich sachlich, fachlich und korrekt diskutiert werden und nicht, wie hier, wieder in einem großen Rundumschlag.

Innensenator Neumann hat in der letzten Innenausschusssitzung gesagt, wir sollten nicht immer schwarz und weiß diskutieren, in Wirklichkeit sei es meistens alles ziemlich grau. Ich möchte von dieser Stelle aus sagen, dass ich hoffe, dass die Zukunft für ihn einfach bunt und fröhlich ist.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

**Erster Vizepräsident Dietrich Wersich:** Vielen Dank, Frau Möller, für diesen versöhnlichen Schluss. Die Aktuelle Stunde ist damit für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem zweiten und sechsten Thema fortsetzen.

Ich rufe jetzt auf Punkt 0, Bestätigung der Berufung eines Senatsmitglieds.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:  
Bestätigung der Berufung eines Senatsmitglieds  
– Drs 21/2900 –]**

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung eines Senators ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Kreuzmann, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

**(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)**

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? Ist noch ein Mitglied des Hauses aufgerufen worden, hat aber die Stimme noch nicht abgegeben? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist.

(Glocke)

Noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Sitzung nicht unterbrochen.

Ich erkläre die Wahlhandlung für beendet. Ich bitte nun, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.44 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.51 Uhr**

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es sind 118 Stimmzettel abgegeben worden, die alle gültig waren. Auf Herrn Grote entfielen 72 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich; diese ist erreicht. Ich darf nun Herrn Grote bitten, hier nach vorn in unsere Mitte zu kommen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, so viel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel, ich schwöre es oder ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe, nachzusprechen.

**Senator Andy Grote:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Senator, Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun für Ihre neue Aufgabe als Senator eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Herzlichen Glückwunsch. Sie dürfen jetzt auf der Senatsbank Platz nehmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich habe gerade ein Schreiben des Präsidenten des Senats erhalten. Darin wird mir mitgeteilt, dass der Senat Herrn Senator Grote mit dem Amt des Präses der Behörde für Inneres und Sport betraut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen zu den Punkten 2 bis 4 unserer Tagesordnung, die Wahlen zu verschiedenen Gremien. – Herr Professor Kruse begehrt das Wort zu einer Erklärung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines ordentlichen Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission**

**– Drs 21/631 –]**

**Dr. Jörn Kruse** AfD:\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken für die Worte, die Sie am Anfang gefunden haben. Ich teile den Tenor Ihrer Ausführungen in vollem Umfang, wenn ich auch glaube, dass es in der Praxis ein bisschen komplizierter ist.

Vor allem aber möchte ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit das Wort an Frau Dr. von Berg richten. Frau Dr. von Berg, ich bedaure außerordentlich, was Sie erleiden mussten. Ich persönlich kann es sehr gut nachempfinden, auch aus persönlichem Erleben einer Anmache über das Internet, was ziemlich übel war, aber Sie haben viel Schlimmeres erlitten. Das tut mir außerordentlich leid, und ich möchte Sie bitten, meine Entschuldigung hier und heute anzunehmen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Schalten Sie die Kommentarfunktion ab!)

Ich habe mich eigentlich zu Wort gemeldet, um mit der gebotenen Kürze zu skizzieren, warum wir heute unser Vorschlagsrecht für die Benennung

**(Dr. Jörn Kruse)**

der Härtefallkommission nicht ausüben werden. 13-mal haben wir Ihnen die Möglichkeit gegeben, Ihrer Verpflichtung nachzukommen, ein Mitglied der AfD-Fraktion in die Härtefallkommission zu entsenden. 13-mal haben Sie uns das demokratische Mitwirkungsrecht verwehrt – ein auch in der deutschen Parlamentsgeschichte höchst ungewöhnlicher Vorgang, um es vorsichtig zu formulieren. Ihrer 13-maligen Verweigerungshaltung demokratischer Grundsätze ging noch dazu eine zweifache Lex AfD voraus. Zuerst haben Sie das für die Kommission gute und richtige Prinzip der Einstimmigkeit niedergedrückt, und dann haben Sie auch noch, nachdem Sie begonnen hatten, sich auf die komplette Nichtwahl eines AfD-Mitglieds zu versteifen, die Arbeitsfähigkeit der Härtefallkommission fingiert, ohne dass diese vollständig besetzt war.

Wieder und wieder haben wir die Kandidaten gewechselt, haben Ihnen angeboten, dass sie sich in Ihren Fraktionen vorstellen, haben nachgefragt, ob irgendwo irgendwas Verwerfliches gegen unsere Kandidaten vorliege – von Ihnen kam nichts.

Sie liefern hier wirklich ein unwürdiges Schauspiel ab, das das Vertrauen der Bürger in Rechtsstaat, Demokratie und Parlamentarismus beschädigt. Es ist mehr als ärgerlich, dass Ihnen parteipolitisches Geplänkel und Strafaktionen gegen uns als neue Kraft wichtiger sind als die Grundsätze unserer Verfassung. Wir werden bei dieser Farce nicht noch ein 14. Mal mitmachen, sondern nun das Urteil des Verfassungsgerichts abwarten, und danach sehen wir uns wieder in der Härtefallkommission. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission findet damit dann heute nicht statt.

Wir kommen zu den beiden Deputationswahlen, zu denen die Fraktionen vereinbart haben, dass sie in einem Wahlgang stattfinden können.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde**

**– Drs 21/1466 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung**

**– Drs 21/2316 –]**

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung.

Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem Namen machen die Wahl dieses Kandidaten oder dieser Kandidatin ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden wie immer zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor. Die Schriffführer sammeln die Stimmzettel ein.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen. – Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Das scheint mir der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlungen. Die Schriffführerin und der Schriffführer werden mit der Auszählung beginnen. Die Wahlergebnisse werden im Anschluss an die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichts ermittelt. Das heißt also, es wird noch nicht mit der Auszählung begonnen. Ich werde sie Ihnen dann im Laufe der Sitzung bekanntgeben.\*\*

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 5, der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts**

**– Drs 21/2528 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet diese Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren wiederum so, dass Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Auch wenn Sie denken, Sie kennen das Wahlverfahren schon, bitte ich doch jetzt um Aufmerksamkeit, und Glückwünsche nimmt der Senator sicherlich auch später noch einmal entgegen. – Danke sehr.

\*\*Die Wahlergebnisse sind auf Seite 1540 zu finden.

**(Vizepräsidentin Antje Möller)**

Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Yilmaz oder Herrn Kreuzmann, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Zettel in die Wahlurne. Ich darf nun Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich bitte schlicht und einfach noch einmal um Aufmerksamkeit für den Namensaufruf und für diese Wahlhandlung. – Danke.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Parlaments nicht aufgerufen worden? Ich wiederhole meine Frage noch einmal: Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Dann erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 17.15 Uhr**

**Wiederbeginn: 17.23 Uhr**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich würde Ihnen gern das Ergebnis der Wahl bekanntgeben.

Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmen waren gültig. Herr Carsten Gericke erhielt 80 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Herr Gericke zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte nun Herrn Gericke, hier nach vorn in unsere Mitte zu kommen. Am besten hier in die Mitte.

Herr Gericke, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie nun, ob Sie die Wahl annehmen?

**Carsten Gericke:** Sehr gern, ja.

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel, ich schwöre

es oder ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe, nachzusprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

**Carsten Gericke:** Ich schwöre es.

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Damit ist die Vereidigung beendet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen noch einmal alles Gute, eine glückliche Hand in der Amtsführung und auch Befriedigung für Ihre neue Arbeit.

**Carsten Gericke:** Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Ein bisschen Raum noch für die Glückwünsche, und dann kommen wir zu unserer gewohnten Tagesordnung. Wir beginnen mit den zur Debatte angemeldeten Punkten.

Ich rufe den Punkt 74 der Tagesordnung auf, Drucksache 21/2758, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rundfunkbeitrag endlich sozial gestalten – Zwangsvollstreckungen aussetzen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rundfunkbeitrag endlich sozial gestalten – Zwangsvollstreckungen aussetzen – Drs 21/2758 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

**Stephan Jersch** DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Umstellung der Rundfunkgebühren auf den Rundfunkbeitrag 2013 ist auch eine Evaluation dieser Umstellung beschlossen worden. Diese Evaluation ist im vergangenen Jahr erfolgt.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Antje Möller** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, einen kleinen Moment.

Meine Damen und Herren! Der erste Teil der Bürgerschaftssitzung war aufregend. Ich bitte jetzt aber doch um Konzentration auf diese Debatte, oder Sie mögen den Plenarsaal verlassen, wenn Sie ihr nicht folgen wollen. – Bitte fahren Sie fort.

**Stephan Jersch** DIE LINKE (fortfahrend): Mitte vergangenen Jahres kam dann die Berichterstattung zu dieser Evaluation, und die Rundfunkkommission hat in ihrer Zusammenfassung festgestellt, der Rundfunkbeitrag sei ein Erfolgsmodell und es gebe keinen grundlegenden Handlungsbedarf.

Nun hat unsere Fraktion im vergangenen Jahr bereits eine Schriftliche Kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt und die Situation bei den Rundfunkbeiträgen in Erfahrung gebracht. Vor solchen Erfolgsmodellen kann man Angst haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir hatten bis zum 8. November 2015 – das geht wiederum aus einer Anfrage der FDP-Fraktion hervor – über 35 000 Vollstreckungsersuchen für säumige Zahlerinnen und Zahler des Rundfunkbeitrags allein in Hamburg. Da kann man wirklich sagen, es läuft etwas nicht richtig in dieser Stadt, es läuft etwas nicht richtig mit dem Rundfunkbeitrag. Irgendwo ist da eine Fehlgewichtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann vor allen Dingen feststellen, dass es nicht der große Wurf ist, den die Rundfunkkommission sieht, sondern eher ein Golfball, der in irgendeinem Sandbunker gelandet ist, jetzt so vor sich hintreibt und nicht aus diesem Bunker herauskommt.

Aber das wäre nicht so schlimm, wenn wir nicht den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hätten, die Grundversorgung der Bevölkerung wahrzunehmen. Und dieser Grundversorgung kann sich niemand mit der Umstellung auf den Rundfunkbeitrag entziehen. Das heißt, auch hier müssen wir für eine sozial gerechte Regelung sorgen, wenn nach Wohnungen bemessen wird.

Diese Regelungen, die 2013 eingeführt wurden, sind völlig unausgewuchtet und haben zu vielen sozialen Verwerfungen geführt. Die FDP stellt gern Anträge, die sich immer auf die Gewerbetreibenden beziehen, aber das ist nur ein Teil der Wahrheit, auch wenn die FDP da durchaus recht hat.

(*Michael Kruse* FDP: Komme ich gleich zu! Nicht zu viel erraten!)

– Das ist dann Aufgabenteilung.

Nein, es gibt eine ganze Reihe von sozialen Ungerechtigkeiten, die bei dieser Umstellung aufgetreten sind und anscheinend von der Rundfunkkommission völlig ignoriert werden. Hier sind die Länder gefordert, initiativ zu werden und die entsprechenden Beitragsregeln sozial gerechter zu gestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns anschauen, dass von den Außenständen gerade einmal 20 bis 29 Prozent tatsächlich durch die

Vollstreckungsmaßnahmen eingezogen werden können, dann können wir doch an dieser Stelle wirklich nur sagen, man könne einem nackten Mann nicht in die Tasche greifen. Hier stimmt etwas mit den Grundlagen dieses Rundfunkbeitrags nicht. Und da müssen wir dann entsprechend umstellen.

Vor allen Dingen möchten wir eine Justierung bei den gemeinnützigen Einrichtungen wie Jugendeinrichtungen, Kindereinrichtungen, Einrichtungen der Pflege, Senioreneinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus brauchen wir eine Sozialstaffelung. Viele Bürgerinnen und Bürger, die knapp über dem Hartz-IV-Satz liegen, müssen trotzdem den vollen Beitrag von 17,50 Euro aufbringen. Das ist eine soziale Ungerechtigkeit und aufgrund der Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht wirklich zu leisten. Hier sieht die Beitragsordnung schlicht und ergreifend keine ausreichenden Regelungen vor. Dies muss unbedingt und zügig geändert werden, damit wir eine sozial gerechtere Regelung einführen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ebenso gibt es eine Vielzahl weiterer reformbedürftiger Punkte, die augenscheinlich mit der Umstellung der Rundfunkgebühren auf den Rundfunkbeitrag einfach mitkassiert worden sind nach dem Motto, vielleicht merkt es keiner. Das betrifft natürlich die Kleingartenlauben und diejenigen, die nur einen Radioempfang haben, und das betrifft natürlich die Regelung des Datenaustauschs mit den Meldeämtern. Dazu kann ich nur sagen, dass der regelhafte Datenaustausch zwischen Meldeämtern und den einziehenden Stellen für die Rundfunkbeiträge datenschutzrechtlich von unserer Seite aus nicht zu vertreten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Was einer Stadt wie Hamburg ganz besonders schlecht zu Gesicht steht, sind mehr als 35 000 Vollstreckungsersuchen gegen Bürgerinnen und Bürger dieser Freien und Hansestadt Hamburg. Bei den meisten von ihnen ist überhaupt nichts zu holen, weil sie das Geld einfach nicht aufbringen können, da es keine sozialen Staffelungen in dieser Beitragsregelung gibt. Deswegen fordern wir in diesem Zusammenhang ein Moratorium bei den Vollstreckungsmaßnahmen, um den sozialen Frieden an dieser Stelle zumindest wieder teilweise herzustellen, bis es eine entsprechende sozial gerechtere Regelung für die Beitragsbemessung gibt. In diesem Sinne bitte ich natürlich um die Zustimmung für unseren Antrag, damit wir auch beim Rundfunkbeitrag endlich ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit herstellen können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Herr Schmidt von der SPD-Fraktion.

**Hansjörg Schmidt SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Thema "Der Rundfunkbeitrag und DIE LINKE" komme ich mir immer ein wenig vor wie im Film "Und täglich grüßt das Murmeltier".

(*Michael Kruse FDP: Das ist meine Ansage!*)

In guter Regelmäßigkeit werden nämlich genau zu diesem Thema Anträge gestellt, mit denen DIE LINKE ihr vermeintlich soziales Profil ein wenig schärfen möchte. Dafür soll in einem hochkomplexen System an irgendwelchen Schrauben gedreht werden, was dann als gerecht verkauft werden kann.

(*Zuruf von Stephan Jersch DIE LINKE*)

Dass dies in guter Regelmäßigkeit nicht der Fall ist, zeigt eine nähere Betrachtung des Themas.

Die in dem Antrag genannten Forderungen sind nahezu allesamt im Rahmen der mehrjährigen Evaluierung des Rundfunkbeitragssystems eingeflossen. Die Ergebnisse dieser Evaluation sind dann in den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag eingeflossen. Dieser wurde am 3. Dezember 2015 von allen Ministerpräsidenten beschlossen, auch vom Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, der bekanntermaßen der Links-Partei angehört. Am 28. Oktober 2015 sind vorher alle Vorsitzenden der Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft ausführlich über den Inhalt des Staatsvertrags vor Unterzeichnung informiert worden. Also auch hier gibt es schon lange Klarheit und Transparenz bei diesem Thema.

Das neue System des Rundfunkbeitrags gibt es nun auch schon seit einigen Jahren. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass es inzwischen eine Vielzahl von verfassungs- und verwaltungsgerichtlichen Urteilen gibt, die das neue Modell des Rundfunkbeitrags in seiner derzeitigen Ausprägung für verfassungskonform halten. Eine grundlegende Änderung, wie sie die Links-Partei vorschlägt, ist schlichtweg nicht angezeigt.

(*Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN*)

Die Debatte über die Rundfunkgebühren wird von vielen interessierten Kreisen immer wieder gern für populistische Meinungsmache missbraucht. Dann kommen markige Sprüche und Forderungen, bei denen man bei näherer Betrachtung auch wiederum merkt, dass diese von wenig Sachkenntnis geprägt sind. Die SPD lehnt diese Form der Auseinandersetzung mit unserem öffentlichen Rundfunk in Deutschland ab und mahnt hier zur Sachlichkeit.

(*Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE – Stephan Jersch DIE LINKE: Welche Sachlichkeit?*)

Lassen Sie mich beispielhaft einen Punkt aufgreifen, der eben länger Thema war. Sie fordern die

Beitragsbefreiung sozialer Einrichtungen. Ja, zu Zeiten der GEZ waren diese Einrichtungen befreit, aber eben nicht die Radios oder andere Empfangsgeräte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Teeküche oder am Arbeitsplatz. Für die hier angesprochenen Einrichtungen des Gemeinwohls gilt jetzt, dass für bis zu acht Mitarbeiter pro Betriebsstätte ein Beitrag von 5,99 Euro fällig wird. Ab neun Mitarbeitern erhöht sich dieser Beitrag dann auf 17,98 Euro. Für die auf die Einrichtung zugelassenen Fahrzeuge wird kein weiterer Beitrag erhoben. Die Gebühren werden zusätzlich im Rahmen der Zuwendung auch als zuwendungsfähig anerkannt. Im Klartext: Der bisherige Beitragstatbestand entfällt zwar, aber die gemeinnützigen Einrichtungen sind insoweit privilegiert, da pro Betriebsstätte nur ein einziger Rundfunkbeitrag anfällt. Da vorher zum Beispiel für Mitarbeiterradios und PCs auch Rundfunkgebühren zu entrichten waren, ergibt sich nicht unbedingt eine Kostensteigerung, sondern oftmals eine Beitragsminderung. Jede Einrichtung kann für sich selbst einmal eine Rechnung aufmachen: Betriebsstätte mal 5,99 Euro oder 17,98 Euro je Mitarbeiter. Mittlerweile ist es gesenkt worden.

(*Stephan Jersch DIE LINKE: 17,99 Euro!*)

– Genau, je Mitarbeiterzahl. Ich gebe zu, ich habe aus der Rede vom letzten Mal Copy-and-paste gemacht, weil es genau der gleiche Antrag ist, den Sie in der letzten Legislaturperiode auch schon einmal eingebracht haben, und da haben wir Ihnen dieses Thema auch schon erklärt.

Wir reden von Beschäftigten pro Betriebsstätte, und deswegen werden Kitas und Co. häufig auf den geringeren Beitragssatz von 5,99 Euro kommen. Ich rate deshalb davon ab, mit weiteren Zahlenspielen für Verunsicherung zu sorgen.

(*Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE*)

Ein weiterer Punkt, mit dem Sie ein wenig spät kommen, ist die von Ihnen erwünschte Verlängerung der Verweildauer bei Onlineangeboten. Das ist aktuell Gegenstand der Debatte und wurde bereits in der letzten Legislaturperiode auf Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich in der Bürgerschaft beschlossen. Die Stellungnahmen der Ministerpräsidenten, die ich dazu höre, sind so, dass man davon ausgehen kann, dass das auf einem sehr guten Weg ist.

Last, but not least gewährleistet das duale Rundfunksystem in Deutschland die Meinungsvielfalt. Dadurch können die Radio- und Fernsehprogramme unabhängig von Politik und Wirtschaft gestaltet werden. Zudem ermöglichen die Rundfunkgebühren ein vielfältiges Programmangebot, das den verschiedenen Interessen der Hörerinnen und Hörer gerecht wird. Wir sollten aufpassen, dass es in der momentan aufgeheizten Debatte nicht noch weiter

**(Hansjörg Schmidt)**

angeschlossen wird, denn unabhängige Medien sind Teil unseres demokratischen Fundaments. Deswegen werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

**Franziska Grunwaldt CDU:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Unabhängig davon, dass der Rückschluss von einer erhöhten Anzahl an Zwangsvollstreckungen auf einen erhöhten Handlungsbedarf beim Rundfunkbeitrag etwas eigenartig erscheint, ist für mich auch fraglich, welches Signal das Aussetzen der Zwangsvollstreckung in die Bevölkerung aussenden würde. Außerdem ist auch die Notwendigkeit des Antrags zweifelhaft. Zum einen schafft das Mehr der darin geforderten Sonderregelungen ein erhebliches Mehr an Bürokratie. Jede Sonderregelung bedarf einer gesonderten Kontrolle. Eigentlich prangert der Antrag eine übermäßige Überbürokratisierung – das ist jetzt doppelt gemoppelt – an. Aber mit den Forderungen wird eine Überbürokratisierung befeuert und gefüttert.

Wir lehnen diesen Antrag ab. Entscheidend für unsere Ablehnung ist, dass man nicht so tun muss, als gäbe es derzeit keinerlei Befreiung oder Ermäßigungen, denn diese sind nicht gerade wenige. Es besteht bereits heute die Möglichkeit, sich aus finanziellen Gründen von der Rundfunkbeitragspflicht befreien zu lassen oder aus gesundheitlichen Gründen eine Ermäßigung des Rundfunkbeitrags zu beantragen.

Ein besonders abenteuerliches Antragshighlight für mich ist aber, dass der Eingangstext den derzeitigen Rundfunkbeitrag als mittelstandsfeindlich bezeichnet. Dann aber verlangt er später bei den Forderungen, dass bei den Unternehmen der Beitrag entsprechend der Zahl der Beschäftigten entrichtet werden soll. Das wäre für uns alle wohl ein großer Schritt zurück. Im Juni des letzten Jahres nämlich konnte sich die Ministerpräsidentenkonferenz darauf einigen, dass der Beitrag der Betriebe nach sogenannten Vollzeitäquivalenten, also der Summe der Stundenzahl der Arbeitskräfte, und eben nicht nach der Beschäftigtenzahl berechnet wird. Uns als CDU-Fraktion genügt das aber nicht. Deshalb haben wir den Senat ebenfalls im Sommer letzten Jahres aufgefordert, auf das Entfallen der Veranlagung von nicht privaten, gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen hinzuwirken. Doch Rot-Grün hat dies abgelehnt, und DIE LINKE hat sich enthalten. Mit Mittelstandsfreundlichkeit hat das also alles nichts zu tun.

Für uns als CDU-Fraktion war immer klar, dass die Mehreinnahmen, soweit die Reform der Rundfunk-

finanzierung zu Mehreinnahmen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk führt, den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen zwingend zurückgegeben werden müssen, und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Nun bekommt Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

**Farid Müller GRÜNE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich mache mir ernsthafte Sorgen über die Position der LINKEN gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Wenn man diesen Antrag liest, wird einem angst und bange. Ich möchte jetzt zum wiederholten Mal die Widersprüchlichkeit einiger Punkte im vorgelegten Antrag deutlich machen.

Am 13. Januar 2011 hat der damalige Kultur- und Medienausschuss den 16. Rundfunkstaatsvertrag mit diesem Rundfunkbeitrag einstimmig beschlossen. Am 9. Februar 2011 hat dieses Haus den Rundfunkbeitrag einstimmig beschlossen. Am 24. Januar 2011, also 14 Tage vorher, hat die Bundestagsfraktion der LINKEN ein Gutachten von Heiko Hilker vorgelegt, das im Wesentlichen eine Absage an den jetzt gültigen Rundfunkbeitrag beinhaltet. Trotzdem hat die Fraktion DIE LINKE, wie gesagt, zwei Wochen später in diesem Hause dem Rundfunkbeitrag zugestimmt.

Sieht man sich nun den Antrag der LINKEN an, so ist dieser im Wesentlichen unter Punkt 1 identisch mit den Seiten 28 und 29 des Gutachtens. Insofern ist nicht zu verheimlichen, dass das in der Sache eine Absage an den Rundfunkbeitrag ist. Nun hat der Kollege Schmidt bereits etliche Punkte in der vereinbarten Evaluation der Bundesländer zum Rundfunkbeitrag ausgeführt. Selbstverständlich muss bei einer neu eingeführten Sache hinterher geprüft werden, ob sie sich bewährt hat. Nun stehen einige Punkte aus dem uns seit Anfang Dezember 2015 vorliegenden 19. Rundfunkstaatsvertrag wieder in Ihrem Antrag, obwohl sie im 19. Rundfunkstaatsvertrag, über den wir bald abstimmen werden, geregelt sind. Ich frage mich, wann Sie Ihre Anträge schreiben und überarbeiten. Ich habe den Eindruck, dass Sie einfach nur vom Gutachten der Bundestagsfraktion oder von Ihrer Fraktion in Sachsen abgeschrieben haben. Eigenständige Politik sieht aber anders aus.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das muss man so zur Kenntnis nehmen. Oder vielleicht haben Sie das Gutachten nicht verstanden.

Gehen wir doch einmal Ihre Punkte durch. Den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen muss eine vollständige Befreiung aus gesundheitlichen Gründen möglich sein. Das ist jetzt

**(Farid Müller)**

in der Evaluation verankert, darüber dürfen wir abstimmen, und somit ist dieser Punkt Ihres Petitions bereits erledigt. Nächster Punkt: Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung. Auch den gab es vorher schon insofern, als bei Menschen mit Behinderung nur ein Drittel des Rundfunkbeitrags anfällt. Menschen mit starken Behinderungen, die in einem Heim wohnen, müssen künftig überhaupt keine Rundfunkbeiträge mehr bezahlen.

Als einen Ihrer wesentlichen Kritikpunkte führen Sie dann auch noch die Geringverdiener ins Feld und sagen, die bisherigen Bezugspunkte für eine Rundfunkbeitragsbefreiung seien aus Ihrer Sicht unzureichend. Welche Messlatte haben Sie denn? Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Sie alles zu bürokratisch finden. Wenn Sie eine Grenze definieren wollen, ab wann nicht mehr bezahlt werden muss, und fordern, alles müsse auf Ausnahmetatbestände hin geprüft werden, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß in Sachen Bürokratisierung. Man kann das politisch meinen, aber wenn Sie dann in Ihrem Antrag schreiben, schon jetzt sei alles zu bürokratisch, frage ich mich, wie Sie Millionen Rundfunkbeitragszahler dahingehend prüfen wollen? Das halte ich für einen ziemlich populistischen Vorschlag, der völlig unrealistisch und nicht durchführbar ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Carola Timm GRÜNE*)

Dann sprechen Sie auch die sogenannten privilegierten Einrichtungen, auch die gemeinnützigen Einrichtungen, an. Dazu hat Herr Schmidt schon etwas gesagt, was ich nicht wiederholen möchte. Das wird jetzt auch im 19. Rundfunkstaatsvertrag neu und besser geregelt; auch in diesem Punkt ist ein Fortschritt zu bemerken. Ich verstehe nicht, warum Sie diesen Punkt in Ihrem Antrag noch immer so stehen haben.

(*Stephan Jersch DIE LINKE*: Weil es nicht das Ganze ist!)

– Es hat sich doch etwas geändert,

(*Stephan Jersch DIE LINKE*: Das reicht nicht!)

und ich verstehe nicht, warum Sie das in Ihrem Antrag nicht berücksichtigt haben. Vielleicht können Sie alles noch erklären.

Eines hat mich sehr gewundert, nämlich dass ausgerechnet DIE LINKE fordert, den Beitrag für die Zweitwohnung abzuschaffen. Na ja, so viele Menschen in diesem Land haben keine Zweitwohnung, und falls sie eine haben, werden sie kaum darunter leiden, auch dafür den Rundfunkbeitrag entrichten zu müssen. So ganz habe ich nicht verstanden, was Sie damit erreichen wollen und welche Lobby Sie damit bedienen möchten.

Worüber ich mir aber ernsthaft Sorgen mache, ist etwas, was Sie heute gar nicht angesprochen ha-

ben, was aber in Ihrem Antrag steht: Es müsse eine Befreiungsmöglichkeit geben, wenn Rundfunkangebote nachweisbar nicht empfangen werden können. Das ist die eindeutige Rückkehr zur gerätebezogenen Rundfunkgebühr. Damit verabschieden Sie sich eigentlich vom Rundfunkbeitrag. In Thüringen und Brandenburg, wo Sie mitregieren, tun Sie das nicht. Ich weiß nicht, warum Sie es hier machen, oder vielleicht wissen Sie gar nicht, was Sie da sagen. Denn damit finge das Geschnüffele der GEZ wieder an, und wir waren doch alle froh, dass es das nicht mehr gibt, dass nicht in die Wohnung gekommen und nachgesehen wird, ob man noch irgendwo ein Radio oder einen Laptop oder ein Handy hat, mit denen man heute schon Rundfunk empfangen kann. Das ist nun Gott sei Dank vorbei.

Jetzt könnte man auch einmal klatschen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP – *Michael Kruse FDP*: Und wer hat es gemacht?)

Wir haben das auch noch aus einem anderen Grund gemacht, weil nämlich der Rundfunk heute durch das Internet auf allen möglichen Geräten empfangen werden kann. Deswegen war die Gerätebezogenheit auch eine Sache aus dem alten Jahrhundert und ist dem neuen Jahrhundert nicht mehr angemessen.

Dann gibt es noch diese Sache mit dem Datenabgleich. Wir alle haben ihn damals einmalig mit der Verabschiedung des Rundfunkbeitragsgesetzes zugestanden, auch Sie, und dann gesagt, wir wollten ihn noch einmal machen. Die Alternative dazu wäre der Ankauf von Adressen, das Abgleichen der Information mit dem Vermieter, was wieder in die Richtung schnüffel, schnüffel, schnüffel geht. Wir finden das Schnüffeln im Privatbereich nicht richtig. Insofern halten wir einen nochmaligen Abgleich für besser als die eben genannte Alternative, und deswegen werden wir diesem auch zustimmen.

Sie haben in Ihrem Antrag überhaupt nicht den Wunsch geäußert, dass in Zukunft der Datenschutz berücksichtigt wird. Auch das ist Bestandteil der Evaluation gewesen und ist jetzt im neuen 19. Rundfunkstaatsvertrag verankert. Natürlich müssen sämtliche Datenschutzgesetze auch im Zusammenhang mit dem Rundfunkbeitrag gelten. Das war vorher nicht so, und insofern hat sich Entscheidendes geändert, nur hat DIE LINKE das irgendwie nicht mitbekommen. Das finde ich sehr irritierend, und ich hoffe nicht, dass Sie den Rundfunkbeitrag in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten wollen. Das hat auch etwas mit Ihrer Forderung zu tun, wir sollten jetzt ein Moratorium bei den Zwangsvollstreckungen für den NDR erwirken. Das mag gut gemeint sein, aber in Wahrheit ist dies die Ansage, es sei nicht so schlimm, wenn der Rundfunkbeitrag nicht mehr bezahlt werde. Einen freiwillig

**(Farid Müller)**

ligen Rundfunkbeitrag bevorzugt möglicherweise auch die andere Fraktion.

Deswegen habe ich vorhin mit diesem Satz angefangen: Mit Ihrem Antrag wollen Sie im Grunde genommen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seinen Grundfesten infrage stellen. Ich hoffe, Sie haben es nicht so gemeint, denn bisher war DIE LINKE eher an der Seite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der immer wieder auf Nachteile und Fehlentwicklungen überprüft werden muss – das ist auch unser Job hier im Parlament –, aber wir stellen ihn nicht grundsätzlich infrage.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidenten Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt jetzt Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Gespräche mit einzelnen Senatsmitgliedern vielleicht doch außerhalb des Saals geführt werden sollten.

(Glocke)

Herr Dr. Petersen, mögen Sie bitte Platz nehmen oder außerhalb des Saals mit den Senatsmitgliedern sprechen? Danke schön. – Herr Kruse, Sie haben das Wort.

**Michael Kruse FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Jersch hat viele Zahlen aus meinen Anfragen zitiert, die ich natürlich auch in meine Rede eingebaut hatte; deswegen erspare ich sie Ihnen.

Bundesweit befinden sich im Moment etwa 4,5 Millionen von insgesamt 44 Millionen Beitragskunden im Mahnstatus – das ist eine ganze Menge. Insofern ist diese Debatte schon erlaubt und, wie ich denke, auch angezeigt. Dass ich einmal einen Redner der LINKEN in Schutz nehmen muss gegenüber dem, was im Nachlauf so kommt, hätte ich jetzt nicht erwartet, aber ich denke, dass man diese Debatte grundsätzlich schon führen kann. Wir haben am Anfang der Sitzung gesagt, dass wir uns gegenseitig nicht ganz so viel unterstellen wollen, und ich glaube, es gehört zur Fairness dazu, dass man der LINKEN, wenn sie einen Antrag stellt und hineinschreibt, sie wolle die Gebühr für die Zweitwohnung abschaffen, nicht gleich etwas Negatives dabei unterstellt. Selbst mir fiel ein guter Grund ein, zum Beispiel, weil viele Leute beruflich bedingt eine Zweitwohnung haben und dafür eben zahlen müssen.

Die Aktualität des Themas ist also gegeben. Die Frage ist nur, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht, wenn man sieht, dass der Beitrag im Moment unverständlich, sehr bürokratisch und in Teilen auch ungerecht ist. Ihre Schlussfolgerung ist letztendlich: Na gut, dann stellen wir eine ganze

Latte neuer Regelungen auf. Diese sind sicherlich alle gut gemeint – da will ich Ihnen gar nichts Schlechtes unterstellen –, aber Sie machen das Instrument eben noch wesentlich komplizierter, als es schon jetzt ist. Sie machen es zu einem viel größeren Bürokratiemonster. In der Tat ist es beispielsweise kurios, dass auch Unternehmer für Betriebsstätten ohne Mitarbeiter zahlen müssen, das heißt null Mitarbeiter. Da fragt man sich schon, wo zu dort eigentlich ein Rundfunkbeitrag fällig wird.

Dieser Senat schmückt sich gern damit, dass er gute Wirtschaftspolitik mache. Dann sollte er aber auch daran arbeiten, dass gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen wenig Bürokratielasten anfallen, und auch deshalb für ein gerechtes Verfahren mit einer Beitragsreduktion sorgen. Wir stimmen also mit der LINKEN überein, dass der Rundfunkbeitrag alles andere als gut geregelt ist, halten es aber für falsch, diese Regelung noch weiter zu verkomplizieren.

Wenn Sie, liebe LINKE, Beitragszahler entlasten wollen, dann machen Sie es doch richtig. Führen wir doch einmal eine Debatte darüber, ob tatsächlich alle Rechte, zum Beispiel die teuersten Rechte, die es in diesem Land gibt, nämlich die für die Fußballbundesliga, vom Beitragszahler bezahlt werden müssen? Unsere Antwort lautet nein, das müssen sie nicht. Fragen wir doch einmal, ob jede mögliche seichte Unterhaltung in diesen Grundversorgungsauftrag hineingehört. Wir meinen, nein. Deshalb wäre es die vordringliche Aufgabe, diesen Grundversorgungsauftrag zu diskutieren und den Begriff zu schärfen auf das, was übrig bleibt, wenn man die ganzen kostentreibenden Unterhaltungsprogramme abzieht. Das sind nämlich Nachrichtenprogramme und journalistische Arbeit auf hohem Niveau, und das ist die Marktlücke, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk besetzt, und der Kern dessen, was uns allen etwas wert sein sollte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Wenn Sie, liebe LINKE, das jetzt aber unangestastet lassen, dann steckt hinter Ihren blumigen Worten, der Rundfunkbeitrag sei

"[...] mittelstandsfeindlich und völlig überbürokratisiert [...]"

– Zitat aus Ihrer Einleitung – nichts anderes als Folgendes: Sie lassen die Ausgaben gleich und reduzieren die Einnahmen bei einer Teilgruppe. Das heißt, relativ gesehen erhöhen Sie die Einnahmen bei einer anderen Gruppe, zum Beispiel bei Selbstständigen, zum Beispiel bei den genannten Unternehmen, die Sie in Ihren Antrag aufgenommen haben. Und das heißt auch, dass Sie Ihre vermeintlichen sozialen Wohltaten und die weitgehende Rundfunkbeitragsbefreiung der öffentlichen Hand damit offensichtlich gegenfinanzieren möchten. Das machen wir nicht mit. – Vielen Dank.

**(Michael Kruse)**

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

**Dr. Jörn Kruse AfD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den ersten Blick habe ich gedacht: Ein typischer Antrag der LINKEN, die auf Kosten der Allgemeinheit mehr für ihre Klientel oder zumindest für deren Optik wollen. Aber der Antrag wirft auch eine grundsätzliche Frage auf, nämlich die nach der Legitimität der Höhe der Rundfunkgebühr beziehungsweise heute des Rundfunkbeitrags. Das beurteile ich natürlich nicht juristisch, sondern ökonomisch. Die Umbenennung von Rundfunkgebühr in Rundfunkbeitrag und die neue Beitragsstruktur zeigen noch deutlicher als zuvor, dass der Rundfunkbeitrag de facto eine Steuer ist – Ökonomen haben daran gar keinen Zweifel. Vier von fünf Kriterien für eine Steuer sind erfüllt, nur das Nonaffektationsprinzip, also das Prinzip der Gesamtdeckung, nicht. Der zentrale Punkt ist, dass der Rundfunkbeitrag vor allem eine staatliche Zwangsabgabe ist. Der Rundfunkbeitrag ist auch deshalb wie eine Steuer zu behandeln, weil der Staat und damit die Parteien, die in den Ländern die Macht haben, über dessen Höhe entscheiden. Das ist der Kern dessen, was ich in den nächsten zwei Minuten sagen werde. Der Hinweis auf die KEF,

*(Sylvia Wowretzko SPD: Quatsch! – Hansjörg Schmidt SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Brigitta Schulz SPD: Das ist doch Quatsch!)*

also auf die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, ist dabei eher eine Verschleierungsstrategie, weil sie nämlich dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Regel gibt, was dieser will, und dort nur ein paar Buchhalter am Werk sind. Die KEF kann und soll nach dem Willen der Parteien aber nicht die eigentlich relevante politische Entscheidung treffen, nämlich die über Umfang, Qualität, Einschaltquotenorientierung und vor allem über das Wettbewerbsverhältnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum privaten Fernsehen. Dieser Zusammenhang ist offenbar vielen nicht klar; deshalb sage ich es hier noch einmal. Ein hohes Rundfunkbeitragsaufkommen, also ein hohes Budget, erlaubt den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht nur viele gute Programme, sondern auch viele Möglichkeiten, den privaten Sendeanstalten wertvolle Top-Rechte und Top-Inputs abzukaufen, sodass diese niedrigere Einschaltquoten und weniger Erlöse haben.

Dies betrifft vor allem, aber nicht nur Positionalgüter – also top-attraktive Inputs und Rechte, zum Beispiel Fußballbundesligarechte, wie mein Vordränger ganz richtig angesprochen hat –, womit die Preise beim Erwerb von Input-Rechten ganz er-

heblich in die Höhe getrieben werden. Das ist in den vergangenen Jahren verschiedentlich sehr deutlich geworden.

Parteilpolitiker entscheiden also bei der Festsetzung des Rundfunkbeitrags über Existenz, Größe und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ebenso des privaten Fernsehens. Den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ist das mehr als bewusst. Sie verhalten sich also entsprechend nett zu den etablierten Parteien, die in den jeweiligen Ländern das Sagen haben und außerdem in ihren Rundfunkgremien sitzen. Sie bringen freundliche Kommentare in politischen Sendungen,

*(Milan Pein SPD: Ja, ja, alles klar!)*

laden deren Politiker extensiv in Talkshows ein und führen nette Interviews. Bei der Kanzlerin würde ich die Fragesteller – richtig wäre wohl Stichwortgeber – gelegentlich eher als devot bezeichnen.

(Beifall bei der AfD)

Kritischer Journalismus jedenfalls sieht anders aus. Bei den etablierten Politikern kann man sich übrigens auch beliebt machen, wenn man auf deren politische Konkurrenten draufhaut oder sie wahlweise auch ganz ignoriert. Das ist seit Langem so, und das weiß ich, weil ich mich vor mehr als zehn Jahren ökonomisch sehr intensiv mit diesen Zusammenhängen befasst habe. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten wissen sehr genau, warum sie das tun, nämlich um ihre eigenen Privilegien zu verteidigen, die von der Höhe des Rundfunkbeitrags abhängen und nicht am Markt erwirtschaftet werden müssen, wie es bei privaten Fernsehanstalten der Fall ist.

*(Milan Pein SPD: Alles Weltverschwörung!)*

Auch die Parteien wissen, warum sie das tun; das hatte ich schon gesagt. Wäre ich polemisch, würde ich dies Kumpanei zwischen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und etablierten Parteien nennen.

(Beifall bei der AfD)

Der teilweise Ersatz von kritischem Journalismus durch Volksbelehrung und Pädagogisierung, als wären die Bürger kleine Kinder, ist seit Langem gängige Praxis und im Laufe der Zeit immer schlimmer geworden. Dass sie allerdings so verantwortungslos Fakten unterdrücken – nicht generell, aber teilweise – und das Volk, das sie finanziert,

*(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)*

beschwichtigen und belügen, wie bei dem Thema Zuwanderungskrise und speziell auch beim Thema Silvester in Köln, macht selbst mich fassungslos.

(Beifall bei der AfD)

**(Dr. Jörn Kruse)**

Viele meiner Ökonomen-Kollegen, allesamt Liberale wie ich selbst

(Heiterkeit bei der SPD)

– ich sage es noch einmal –, allesamt Neoliberale wie ich selbst,

(*Michael Kruse FDP: Bei Ihren Urlaubsregelungen könnte man von liberal sprechen!*)

sind der Auffassung, der Rundfunkbeitrag sei inzwischen als Folge des technischen Fortschritts obsolet und könne genauso wie der ganze öffentlich-rechtliche Rundfunk abgeschafft werden. Ich schließe mich dieser strikten und extremen Position ausdrücklich nicht an. Aber auf dem Prüfstand stehen auf jeden Fall die Höhe der Rundfunkgebühr und die Kriterien, nach denen sie festgelegt wird – dazu werde ich gleich noch ein paar Worte sagen.

Das Argument vieler Ökonomen ist, dass das Nichtausschlussprinzip, das früher einmal die zentrale ökonomische Begründung war, schon lange nicht mehr gilt. Diese Tatsache lässt sich auch überhaupt nicht bestreiten. Seit der Digitalisierung wäre es sogar für alle Distributionswege – also Kabel, Satellit, Terrestrik, Internet – problemlos möglich, das Ausschlussprinzip anzuwenden.

Weshalb ich persönlich nicht für eine Abschaffung des Rundfunkbeitrags und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bin – und das ist meine persönliche Meinung und nicht die aller Mitglieder meiner Fraktion und meiner Partei –, hängt damit zusammen, dass ich davon ausgehe, dass bei einem freien Marktwettbewerb zwischen dem direkt ausschussfähigen Pay-TV und dem komplementär ausschussfähigen werbefinanzierten Fernsehen der Zuschaueranteil von Letzterem riesig wäre und somit die Sendungen des normalen Fernsehens permanent durch Werbeunterbrechungen gestört würden. Wie Sie inzwischen wissen, bin ich häufig genug in den Vereinigten Staaten gewesen,

(*Milan Pein SPD: Dass Sie sich das zu sagen trauen!*)

um zu wissen, dass ich dieses Fernsehen nicht will. Und ich glaube, liebe Kollegen, dass die Deutschen in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit das ganz bestimmt auch nicht wollen, wenn sie wüsten, wie die Alternativen sind. Das muss man einfach klar sehen.

Damit kommen wir zur Höhe des Rundfunkbeitrags und damit zum Erlös der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zurück. Diese bestimmen nämlich die Wettbewerbsfähigkeit und nicht, wie sonst üblich, umgekehrt. Das muss man wissen, wenn man über diese Zusammenhänge ökonomisch redet. Es stellt sich die Frage, welche Sendeinhalte so wichtig, wertvoll und unverzichtbar und sonst nicht oder nicht in dieser Qualität zu sehen sind, dass eine Zwangsfinanzierung über den Rundfunk-

beitrag legitimiert ist. Diesen zentralen Punkt hat auch mein Vorredner, der den gleichen Namen trägt wie ich, schon richtigerweise hervorgehoben. Dies betrifft zum Beispiel grundsätzlich Sendungen über Kultur, Politik, Dokumentationen, und es betrifft weniger populäre und damit billigere Unterhaltungsinhalte, weniger populäre und damit billigere Sport-Events, zum Beispiel Randsportarten. Wenn wir einen so strengen Maßstab anlegen, dass wir nur diese im öffentlichen Rundfunk zeigen, könnten wir vermutlich den Rundfunkbeitrag halbieren oder dritteln und außerdem die Hälfte aller Haushalte ganz davon befreien. Auch bei einem weniger strengen Maßstab, also nur dem Nicht-Erwerb positionaler Input-Faktoren, die besonders teuer sind, wenn man also zum Beispiel auf Sportrechte für Bundesliga, Champions League und Weltmeisterschaften und auf die Rechte bestimmter Top-Spielfilme, die besonders teuer sind und für die es nicht begründbar ist, dass sie mit Zwangsgebühren finanziert werden, verzichten würde, dann würden wir vermutlich immer noch in der Lage sein, dem Antrag der LINKEN ganz entgegenzukommen und vielleicht ungefähr die Hälfte aller Bürger von der Haushaltsabgabe vollständig zu befreien, ohne dass jemand mehr zahlen müsste.

Wäre das ökonomisch zu rechtfertigen? Ja, denn Fernsehen ist immer nicht rival, das heißt, die Grenzkosten, also die Inkrementalkosten pro Zuschauer, sind beim Fernsehen immer null, und die Fixkostendeckung nach Zahlungsbereitschaft ist auch für ganz normale marktwirtschaftliche Unternehmen mit Gewinnabsicht eine normale Preissetzungsmethode, vorausgesetzt, eine Preisdifferenzierung ist möglich.

Die Frage ist also: Sind wir nun für den Antrag der LINKEN? Die LINKEN fordern die Aussetzung der Zwangsvollstreckung für Nichtzahler, also bei den Leuten, die die geltenden Gesetze nicht beachten. Die AfD ist aber die Partei des Rechtsstaats,

(Beifall bei der AfD – *Dirk Nockemann AfD: Jawohl!*)

und wir würden uns wünschen, dass auch andere Politiker, speziell in Berlin, die geltenden Gesetze ernster nehmen würden. Und weil wir die Partei des Rechtsstaats sind, können wir diesem Antrag der LINKEN ganz bestimmt nicht zustimmen und werden ihn selbstverständlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

**Stephan Jersch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz auf die hier gegebenen Erwidern auf unseren Antrag und ganz be-

**(Stephan Jersch)**

sonders zu den Kollegen Schmidt und Müller: Ich weiß nicht, welches Verständnis Sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, wenn Sie der Meinung sind, dieser Antrag führe zu dessen Untergang. Ich halte ihn für das Beste, was wir im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bisher zu bieten hatten.

(Farid Müller GRÜNE: Haben Sie erläutert!)

Sicher kann man sich – Herr Kruse, da gebe ich Ihnen recht – über die Ausgestaltung der Grundversorgung unterhalten. Vielleicht braucht man dafür Begriffsbestimmungen, aber ich sehe nicht, dass ein sozial gerechter öffentlich-rechtlicher Rundfunk dem Untergang geweiht ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Michael Kruse FDP)

Das ist schlicht und ergreifend nicht richtig.

Und wenn ich hier die Verweise auf den 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag höre, der eine Art Offenbarung zu unserem Antrag sein soll, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das beste der Kriterien zu den einzelnen Punkten, die wir aufgeführt haben, noch die Bezeichnung "auf einem guten Wege". Aber wir wollen alles, nicht nur die Hälfte. Was in diesem Vertrag steht, ist nicht das, was wir uns vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern sind zumindest Ihre hier vorgebrachten Redebeiträge für das Image des öffentlich-rechtlichen Rundfunks das Schlechteste, was passieren kann, und es tut mir fast schon leid, diese Diskussion angestoßen zu haben. Sie reden den öffentlich-rechtlichen Rundfunk richtig schlecht, und für das Thema soziale Gerechtigkeit in diesem Lande fehlt Ihnen anscheinend doch Empathie. Trotz alledem bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer dem Antrag der LINKEN aus der Drucksache 21/2758 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 62 unserer heutigen Tagesordnung, Drucksache 21/2746, gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP: Hamburgs Jugendvollzug auf Hamburger Gebiet belassen.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP:****Hamburgs Jugendvollzug auf Hamburger Gebiet belassen  
– Drs 21/2746 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU, LINKEN und FDP an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion, bitte.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Steffen, im Juli 2009 haben Sie als Justizsenator der schwarz-grünen Koalition an diesem Pult gestanden und das neue Jugendstrafvollzugsgesetz begründet. Ich zitiere:

"Die erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Schutz vor neuen Straftaten, weil die Gefangenen von heute die Entlass[enen] von morgen sind."

Und weiter heißt es – eigentlich ziemlich sinnvoll, finde ich –, man schreibe die – Zitat –

"[...] Orientierung an der individuellen Situation des einzelnen Gefangenen [...]"

fort. Ich wiederhole das noch einmal: die Orientierung an der individuellen Situation des einzelnen Gefangenen. Sie sei ein ganz wichtiges Instrument bei der Resozialisierung. Das haben Sie damals hier gesagt. Heute, sechseinhalb Jahre später, machen Sie mit der Zerschlagung des Hamburger Jugendstrafvollzugs das genaue Gegenteil. Der geschlossene Jugendstrafvollzug soll nach Schleswig-Holstein, die Jugenduntersuchungshaftanstalt soll nach Billwerder und der offene Jugendvollzug nach Fuhlsbüttel. Ich sage Ihnen schon jetzt, dass in diesem Bermudadreieck der grünen Justizpolitik jegliche Chancen zur Resozialisierung verschwinden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber schon in Ihrer ersten Amtszeit haben Sie Hahnöfersand weiter verrotten lassen. Sie wussten ganz genau von dem Sanierungsstau. Sie haben billigend in Kauf genommen, dass weitere immense Kosten entstanden. Wir sind jetzt bei 16,5 Millionen Euro, wie meine Anfrage neulich gezeigt hat. Nun schließen Sie Hahnöfersand, um uns ein Tauschgeschäft mit Schleswig-Holstein als Sparmodell zu verkaufen, und setzen das zulasten der Qualität des Vollzugs um.

Herr Steffen, so mutieren Sie zum grünen Umfaller, der erfolgreiche Resozialisierung gefährdet. So zerschlagen Sie den leistungsfähigen Jugendvollzug aus einem Guss in Hamburg. So bringen Sie aus angeblicher Sparnot die noch in Hamburg sitzenden Jugendstraftäter in die Gefahr, als Entlassene mangels guter Zukunftsperspektive eben doch die Täter von morgen zu werden. Das kön-

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)**

nen wir nicht zulassen. Das alles ist angesichts Ihrer früheren vollmundigen Auftritte zu diesem Thema ein Armutssymbol sondergleichen. Wir legen Ihnen deshalb heute zusammen mit der CDU-Fraktion einen interfraktionellen Antrag vor, um diese schweren Fehler zu verhindern.

Erstens: Wir wollen vermeiden, dass die Resozialisierung unter die Räder kommt.

Zweitens: Wir wollen, dass der Jugendstrafvollzug in Hamburg bleibt. Der Jugendstrafvollzug in Hamburg hat eine bundesweit hoch anerkannte Qualität. Diese muss erhalten werden. Dafür braucht es den bewährten fachlichen, organisatorischen und personellen Verbund aller Vollzugsformen, als da sind – noch einmal –: Untersuchungshaft, Jugendstrafhaft, Sozialtherapie und offener Vollzug. Denn sonst wird ein differenzierter und sinnvoll aufeinander aufgebauter Vollzug völlig unnötig erschwert. Gerade bei jungen Straftätern sind Wohnortnähe und Familienbezug besonders maßgeblich, und nur dann kann ein erfolgreiches Übergangsmangement mit den Trägern und Kooperatoren in Hamburg überhaupt klappen. Genau das alles besagt auch der Bericht der Fachkommission zur Resozialisierung von 2010, den Sie alle kennen. Sie, Herr Steffen, müssten das einfach nur umsetzen.

Drittens: An den Planungen zur Umstrukturierung sind alle relevanten Stellen zu beteiligen, und zwar sowohl die Praktiker als auch die externen Sachverständigen. Sie reden vorzugsweise vom angeblich ersparten Steuergeld. Aber auch diese Aussage ist so wenig wert wie Ihre früheren Bekenntnisse. Bisher stehen nämlich die tatsächlichen Kosten der Umzugsrochaden, die Sie vorhaben, überhaupt noch nicht fest. Insbesondere die erforderlichen Umbaumaßnahmen sind noch gänzlich unbeziffert. Ich nenne dies eine verantwortungslose Politik.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In diesem eben von mir beschriebenen grünen Krater der Vernachlässigung leisten allerdings Jugendvollzugsbeamte vor Ort einen unglaublich guten Job. Aber sie werden von Senator Steffen, wie schon 2010, allein gelassen. Denn bereits jetzt ist klar, dass über 30 Beamte von diesem Frühjahr an von Hahnöfersand nach Billwerder werden pendeln müssen.

Deshalb unser Appell an Sie: Retten Sie doch Ihren Rest an Glaubwürdigkeit, kehren Sie um, und beweisen Sie endlich einmal echtes soziales Engagement im Sinne der Resozialisierung. Unterlassen Sie die Verlegung, Herr Steffen. Ersparen Sie Hamburg dieses unwürdige Tauschgeschäft, Jugendliche gegen Frauen, mit Schleswig-Holstein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Tabbert von der SPD-Fraktion.

**Urs Tabbert SPD:\*** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Kollegen von Treuenfels und Seelmaecker, die Sie für diesen Antrag, den wir besprechen, verantwortlich zeichnen, zunächst einmal muss ich Ihnen beiden ein ehrlich gemeintes Kompliment machen. Was Schriftliche Kleine Anfragen zum Strafvollzug angeht, sind Sie, insbesondere der Kollege Seelmaecker, wirklich bienenfleißig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Von daher kennen Sie auch die Ausgangsposition, mit der wir es hier zu tun haben. Sie haben gerade erwähnt, Frau Kollegin von Treuenfels, dass auf Ihre Schriftliche Kleine Anfrage hin noch einmal deutlich wurde, dass allein die Sanierung von Hahnöfersand mindestens 16,5 Millionen Euro kosten würde. Auf die Schriftliche Kleine Anfrage des Kollegen Seelmaecker hin haben wir erfahren – was wir natürlich aber schon wussten und auch diskutiert haben –, dass die Ausbildungslehrgänge im Justizvollzug im Moment quasi auf Vollast fahren, drei Ausbildungslehrgänge, mehr geht auch gar nicht. Und dennoch haben wir das Problem, dass die Schere zwischen Personalbestand und Personalbedarf leider immer weiter auseinandergeht – Problem Nummer zwei.

Problem Nummer drei, und auch das kann man nicht nur, aber eben auch den Antworten auf Ihre Schriftlichen Kleinen Anfragen entnehmen, Herr Kollege Seelmaecker: Die Leerstände im hamburgischen Justizvollzug sind unverändert hoch. Zum einen dank rückläufiger Gefangenzahlen – das hat sich wohl mittlerweile auf dem jetzigen Niveau ziemlich stabilisiert, aber wir haben immer noch hohe Leerstände –, zum anderen verdanken wir das natürlich aber auch der Erblast Billwerder – das muss man leider immer wieder sagen, wenn es um Umstrukturierungen des Justizvollzugs geht – aus der Ära Kusch, in der es im Übrigen einen FDP-Staatsrat gab, der dafür verantwortlich zeichnete. Dieses Problem muss leider bei allen Umstrukturierungsmaßnahmen wieder neu beleuchtet und berücksichtigt werden. Und last, but not least unterliegen wir auch in Hamburg der Schuldenbremse, der auch FDP und CDU zugestimmt haben und die die CDU immer noch weiter vorziehen will.

Das ist die Ausgangssituation, mit der wir es zu tun haben. Das heißt, wir haben starken Handlungsbedarf. Alle die eben von mir genannten Aspekte müssen in die Umstrukturierungsdebatte einfließen, die wir jetzt wieder über den Hamburger Strafvollzug führen müssen. Das haben wir als rot-grüne Koalitionspartner auch frühzeitig erkannt und haben daher das Ziel einer Verdichtung der

**(Urs Tabbert)**

hamburgischen Strafvollzugslandschaft in weiser Voraussicht auch in den Koalitionsvertrag geschrieben. Denn Verdichtung, so kritisch man das auch immer aus vollzugsfachlicher Sicht sehen mag, bietet immerhin die Chance, den genannten Problemstellungen insgesamt beizukommen. Dabei sollten wir selbstverständlich auf keinen Fall das Ziel des von Ihnen, Frau von Treuenfels, erwähnten hohen fachlichen Niveaus des hamburgischen Strafvollzugs und eben auch des hamburgischen Jugendvollzugs aus dem Auge verlieren und darauf achten, dass wir dieses Niveau erhalten und, wo es möglich ist, noch durch Synergieeffekte ausbauen, die wir im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen erzielen können.

Vor diesem Hintergrund habe ich persönlich aus justizfachlicher Sicht sogar große Sympathien für das Grundanliegen, das in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt.

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein  
FDP: Zu spät!)*

Allerdings ist die Problemstellung, wie eben schon erwähnt, so komplex, dass wir sie nicht auf die von Ihnen fokussierte Alternative verengen können, wengleich – und das ist mir wichtig – wir auch die von Ihnen erwähnte Variante der Verlagerung des Justizvollzugs nach Billwerder nicht ungeprüft außen vor lassen wollen. Dies soll im Übrigen ja auch mitnichten geschehen. Das kommt zum Beispiel in der Pressemitteilung der Justizbehörde vom 15. Dezember 2015 zum Ausdruck, die Sie auf der Homepage der Justizbehörde lesen können. Darin steht, dass Planungsalternativen wie etwa die Verlagerung des Justizvollzugs in ein Bestandsgebäude oder den Neubau einer umfassenden Jugendanstalt sowie alternative Möglichkeiten der Finanzierung und der werterhaltenden Bewirtschaftung der Immobilien ausdrücklich in die Planung mit einbezogen werden.

Ganz so leicht, wie Sie es im Einleitungstext zu Ihrem Antrag vom 5. Januar 2016 andeuten, in dem Sie am Ende schreiben, in der Justizvollzugsanstalt Billwerder stehe ein voll sanierter Trakt mit getrennten Zuwegen leer und man könne damit die komplette Verlegung des Jugendvollzugs nach Billwerder sicherstellen, ist es jedoch nicht. Den Eindruck kann man gewinnen, wenn Sie das so schreiben. Immerhin hätten Sie das aufgrund der Antwort vom 22. Dezember 2015, also 14 Tage vor Ihrem Antrag, auf die Schriftliche Kleine Anfrage des Kollegen Seelmaecker vom 14. Dezember 2015 wissen können. Demnach ist nämlich innerhalb der gegenwärtigen Außensicherungsanlagen der JVA Billwerder der nötige Raum für die Durchführung des gesamten Jugendvollzugs nicht vorhanden.

Wenn Sie also Alternativen haben, die den Problemstellungen Leerstände im Vollzug beseitigen, Schere zwischen Personalbestand und Personal-

bedarf schließen, hohes fachliches Vollzugsniveau erhalten, hohe Sanierungsbedarfe berücksichtigen und Schuldenbremse beachten gerecht werden, dann immer her damit. Ihrem bisherigen Antrag konnte ich die Lösung leider nicht entnehmen, und daher können wir es uns nicht erlauben, die Prüfung von Umstrukturierungsalternativen derart zu verengen, wie in Ihrem Antrag geschehen. Natürlich soll dabei auch die Einbindung aller am Justizvollzug beteiligten Institutionen und Akteure erfolgen. Dies hat der Senat bereits in seiner Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage vom 14. Dezember 2015 zum Ausdruck gebracht, sodass wir Ihren Antrag insgesamt guten Gewissens ablehnen können, ohne dass uns fachliche Grundanliegen trennen würden. Nur leider ist eben alles nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen, und deswegen werden wir als Fraktionen der SPD und der GRÜNEN das Thema im Frühjahr gern auf die Tagesordnung des Justizausschusses nehmen, um den bis dahin vorliegenden Planungsstand gemeinsam besprechen und weiter begleiten zu können. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller  
GRÜNE)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt der viel zitierte Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion.

**Richard Seelmaecker** CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Hamburgs Jugendvollzug muss in Hamburg bleiben. Auch wenn ich es gut finde, dass Sie die Kosten ehrlich angesprochen haben, dürfen wir den Jugendvollzug und die Verlagerung beziehungsweise den Tausch mit Frauen und Jugendlichen nicht auf ein Kostenproblem reduzieren. Dann ist die Sicht tatsächlich verengt. Wenn wir uns nämlich nur noch diese beiden Gruppen und nur diese eine Alternative Schleswig-Holstein und nicht Niedersachsen oder andere Bundesländer ansehen, dann frage ich mich, wo die Weite des Blicks ist. Das ist nicht weit, meine Damen und Herren, das ist eng.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der  
FDP)*

Ziel des Jugendvollzugs ist die Erziehung – nicht die Bestrafung, sondern die Erziehung. Das bedeutet, dass der beste Schutz der Allgemeinheit ist, wenn wir in der Erziehung erfolgreich sind. Das heißt, die Qualität des Jugendvollzugs ist letztlich das Kriterium, das zählt. Dabei ist wichtig, dass die Mitarbeiter mitgenommen werden, dass die Jugendgerichtshilfe mitgenommen wird, dass alle an der Resozialisierung Beteiligten mitgenommen werden; das hat der Justizsenator in der Vergangenheit zu Recht betont. Das war früher ein Schwerpunkt seiner oppositionellen Tätigkeit, und

**(Richard Seelmaecker)**

dazu sage ich, dass wir in diesem Punkt einmal ausnahmsweise genau deckungsgleich sind. Denn es ist richtig, dass gute Resozialisierung dafür sorgt, dass Straftaten künftig vermieden werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Im Gesetzentwurf des heutigen Justizsenators aus dem Jahre 2007 heißt es zu Paragraf 18, Entlassung – Zitat –:

"Es wird ausdrücklich festgelegt, dass externe Kräfte frühzeitig mit dem Ziel zu kontaktieren sind, einen möglichst reibungslosen Übergang des Lebens in die Freiheit zu gewährleisten. Dies betrifft insbesondere die Personensorgeberechtigten, die Jugendämter und die [...] Bewährungshelferinnen und -helfer [...]."

Und so geht es weiter. Recht hat er, kann ich da nur sagen. Aber wie soll das denn, bitte schön, gewährleistet werden, wenn die Jugendlichen später in Schleswig oder in Neumünster im Vollzug sitzen? Das kann gar nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Und da sehe ich auch wieder die Friktion und die fehlerhafte Deckung der Argumente, wenn ich mir, wie heißt es so schön, das Rahmenkonzept der Teilanstalt für Frauen ansehe. Nun mussten Sie diese Kröte schlucken, dass die Frauen nach Billwerder gehen – was Sie ja auch nicht wollten –, und machen sich die Mühe, ein Rahmenkonzept zu erstellen, das ich im Grunde genommen auch hätte unterschreiben können. Darin steht:

"Im Gegensatz zu männlichen Gefangenen bleiben viele Frauen in sozialen Gefügen integriert. Sie haben häufiger Kinder, Ehemänner, Lebensgefährten, Eltern oder Geschwister, mit denen sie während der Haft in Kontakt bleiben und nach der Haft wieder zusammenleben werden."

Dasselbe gilt doch aber genauso für Jugendliche. Gerade für Jugendliche gilt doch, dass diese sozialen Bindungen aufrechterhalten werden müssen. Ich ahne schon, worauf sich die Argumentation später verengt, nämlich auf Verkehrsmittel und wer nach Hahnöfersand fahre, wie viele Kilometer das seien, und wie weit es nach Neumünster sei. Darüber werden wir unterschiedliche Auffassungen haben. Das ist aber nicht der Hauptpunkt. Der Hauptpunkt ist, dass wir Verantwortung für unsere Häftlinge haben. Und gerade im Bereich der Jugend haben wir eine besondere Verantwortung. Wir können uns gerade im Bereich des Jugendvollzugs in Hamburg doch nicht aus unserer Verantwortung stehlen, indem wir ihn nach Schleswig-Holstein delegieren. Ich möchte den Kollegen in Schleswig-Holstein nicht zu nahe treten,

(Farid Müller GRÜNE: Besser ist das!)

aber allein schon aus der parlamentarischen Kontrollüberlegung heraus können wir als Abgeordnete jugendliche Straftäter doch nicht nach Schleswig-Holstein abschieben und hoffen, dass das dann gut funktioniert. Damit werden wir unserer Verantwortung wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Im Übrigen ist das alter Wein in neuen Schläuchen. Bereits vor 23 Jahren gab es ein Abkommen beziehungsweise wurde die Vollzugsgemeinschaft mit Schleswig-Holstein erneuert. Frau Peschel-Gutzeit hat gesehen, dass es so keinen Sinn macht. Ich zitiere:

"Das Abkommen zur Fortsetzung der Vollzugsgemeinschaft hat das Ziel, dem Gesichtspunkt der Wohnortnähe für die Gefangenen besser Rechnung zu tragen."

Ich hätte nie gedacht, dass ich das noch einmal sagen würde: Recht hat sie. Insofern war es richtig, dass damals die Dinge zurückgedreht wurden und diese länderübergreifende Kooperation auf das zurückgeführt wurde, was wirklich zwingend notwendig und sinnvoll ist. Dass ausgerechnet der Justizsenator nun diese Grundsätze über Bord wirft, verstehe ich ganz und gar nicht, weil er im Grunde genommen viele richtige Ansätze hatte. Warum sie jetzt für ein paar Euro über Bord fliegen – so viel wird am Ende nicht gespart –, verstehe ich nicht. Dass nicht ordentlich geplant wird, sehe ich auch. Dass im Wohnungsbauprogramm beispielsweise schon jetzt Wohnungen in der JVA Fuhlsbüttel ausgewiesen sind, finde ich toll. Ich hätte gedacht, wir machen erst einmal ein gesamtes Justizvollzugskonzept und sehen dann, was wir mit den Flächen machen. Jetzt ist dort schon Wohnbebauung vorgesehen – ich bin begeistert. Mal sehen, wie das so weitergeht.

In Zeiten knapper Kassen, muss ich sagen, verstehe ich dann noch weniger, dass es eine Projektgruppe von Theoretikern gibt – nicht Praktikern, sondern Theoretikern –, die zusätzlich 430 000 Euro Personalkosten pro Jahr verursachen werden, statt sich doch erst einmal alle die Leute heranzuholen, die in diesem Bereich täglich in der Praxis arbeiten, die ihre Erfahrungen einbringen, und nicht irgendwelche Anstaltsleiter oder -leiterinnen, die hinschmeißen, weil sie sagen, sie erfahren aus der Presse, was aus Hahnöfersand werden soll. Das kann es nicht sein.

Ich fasse zusammen: Meine Damen und Herren, beziehen Sie bitte alle relevanten Stellen bei der Planung ein, holen Sie sich gern noch Rat von unabhängigen Sachverständigen hinzu, aber nicht in einer internen Projektgruppe, und berücksichtigen Sie insbesondere die im Abschlussbericht der Fachkommission "Optimierung der ambulanten

**(Richard Seelmaecker)**

und stationären Resozialisierung in Hamburg" vorgesehenen Punkte. Wenn wir das dann noch im Ausschuss debattieren, kommen wir sicherlich zu einem hervorragenden Ergebnis. Der einfache Tausch Jugend- und Frauenvollzug bringt es nicht, weder pekuniär noch inhaltlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion.

**Dr. Carola Timm GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Antrag von CDU und FDP soll der gesamte Jugendvollzug in der JVA Billwerder untergebracht werden. Andere Optionen sind damit von vornherein ausgeschlossen. Damit ist gerade dieser Antrag zu eng gefasst und nicht die Planungen der Justizbehörde. Denn dieser Antrag lässt überhaupt keine Alternativen zu, andere Möglichkeiten können gar nicht erst in Erwägung gezogen werden. Sich von vornherein gegenüber möglichen Alternativen zu verschließen führt aber bei so einem komplexen Thema wie der Strafvollzugsreform nicht weiter. Das erfordert eine gewisse Offenheit gegenüber sämtlichen Modellen. Deshalb wird nach den Planungen der Behörde ein Modell, nämlich die Vollzugskooperation mit Schleswig-Holstein, intensiver geprüft und dann im Anschluss gegen Planungsalternativen abgewogen.

Die intensivere Prüfung eines bestimmten Modells ist notwendig, um konkrete Aussagen, unter anderem zu Investitions-, Betriebs- und Personalkosten sowie zu den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, machen zu können. Zugleich sollte eine fundierte Kostenschätzung vorgenommen werden, die den Anforderungen des kostenstabilen Bauens genügt. Wegen des damit verbundenen Aufwands ist die intensivere Prüfung zunächst auf ein Modell zu beschränken – man kann nicht alles gleichzeitig in dieser Intensität an Prüfungsaufwand leisten.

Die Entscheidung für die Kooperation mit Schleswig-Holstein als Präferenzmodell ist darauf zurückzuführen, dass dieses Modell die Beseitigung erheblicher Defizite des gegenwärtigen Strafvollzugs verspricht. Denn wir haben jetzt das Problem, dass es viele kleine Anstalten gibt, die mit dem vorhandenen Personal nur schwer bedient werden können. Darunter leidet auch die Qualität des Strafvollzugs. Eine Lösungsmöglichkeit besteht deshalb in einer Strukturverdichtung, vor allem durch Zusammenlegung von Vollzugsarten. Dadurch können Ressourcen gebündelt und eine gemeinsame Infrastruktur geschaffen werden.

Nach dem jetzigen Prüfvorhaben würde der geschlossene Jugendvollzug nach Schleswig-Holstein verlagert werden und Hamburg den Frauen-

vollzug für beide Länder übernehmen. Die Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand würde geschlossen werden. Derartige Modelle bieten grundsätzlich die Chance, das vorhandene Personal effizienter einzusetzen. So können die Angebote für Ausbildung, Arbeit, Betreuung, Therapie und Ähnliches sehr viel zielgerichteter ausgebaut werden, wenn sie von einer Vielzahl von Häftlingen in einer Vollzugsart genutzt werden. Das steigert die Qualität des Strafvollzugs.

Beim geschlossenen Jugendvollzug, worauf dieser Antrag sich bezieht, ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Jugendlichen jetzt in der JVA Hahnöfersand untergebracht sind. Diese Anstalt ist in Jork an der Elbe am Ende der Welt und von Hamburg aus viel schlechter zu erreichen als zum Beispiel Neumünster. Außerdem ist sie total veraltet und sanierungsbedürftig.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein*  
FDP: Ja, warum wohl?)

Diese Anstalt kann keinen modernen Jugendvollzug mehr gewährleisten. Ein moderner Jugendvollzug muss Perspektiven schaffen und die Jugendlichen aus dem kriminellen Umfeld herausholen. Dafür sind Ausbildung und Qualifizierung besonders wichtig, und hier ist Schleswig-Holstein vorn, und da wäre es eine Möglichkeit, aber eben nur eine prüfende Möglichkeit, das mit zu nutzen.

Nun zu dem von Herrn Seelmaecker angesprochenen Punkt, die Schließung der JVA Hahnöfersand habe zur Folge, dass der Frauenvollzug nach Billwerder verlagert wird. Das ist sehr kontrovers diskutiert worden. Die Kritikpunkte sind jedoch berücksichtigt worden. Es gibt ein Konzept, in das dies alles eingeflossen ist, und vor allem wird dieses Konzept wirksam umgesetzt. Ich selbst war vor Ort in der JVA Billwerder und habe mich davon überzeugen können, dass das Trennungsgebot in jeder Hinsicht eingehalten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Urs Tabbert* SPD)

Ich gehe jetzt nicht auf die Details ein, weil das Thema der Debatte der Jugendvollzug ist, und komme deshalb zurück zu diesem Antrag. Entscheidend ist, dass es sich bei der Vollzugskooperation mit Schleswig-Holstein um die intensive Prüfung einer Alternative handelt, die dann den anderen Alternativen gegenübergestellt wird. Wir zumindest wollen dieses Thema dafür regelmäßig im Justizausschuss behandeln. Der Antrag von CDU und FDP hingegen bezieht sich nur auf den Jugendvollzug, will den unbedingt nach Billwerder verlagern und lässt keine Alternativprüfung zu. Allein deshalb ist der Antrag aus unserer Sicht abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

**Martin Dolzer DIE LINKE:\*** Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Strafvollzug sollte niemals Verwahrvollzug und grundsätzlich immer die Ultima Ratio sein. Leider ist der Verwahrvollzug in der Praxis auch in Hamburg sowohl im Männer- und Frauenvollzug wie auch im Jugendvollzug viel zu weitgehend der Fall. Hahnöfersand war in der Anfangsphase, zumindest was die Resozialisierung und das Gesamtkonzept angeht, nicht wirklich vorbildlich, aber zumindest war die dortige Praxis ein gutes Beispiel für Bemühungen darum, dem Ziel eines resozialisierenden Vollzugs nahezukommen. Diesem Ziel wurde dann in den letzten 10, 15 Jahren immer weniger intensiv nachgegangen. Die Resozialisierungsmaßnahmen, um es einmal mehr als freundlich zu sagen, wurden nicht mehr entwickelt und nur mangelhaft entfaltet, und zusätzlich wurde das Gebäude systematisch verfallen gelassen, egal, welcher Senat gerade an der Regierung war.

Die Lage von Hahnöfersand, für Besucherinnen und Besucher schwer erreichbar und weit außerhalb, war schon immer ein Problem. Von daher ist es erst einmal nicht schlecht, sich Gedanken darüber zu machen, wie man diese Situation verbessern kann und wie Hamburg wirklich zu einem Vorbild für einen vernünftigen Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen werden könnte, durch den diese Jugendlichen eine reale Chance bekommen würden, sich in dieser Welt besser zurechtfinden zu können. Darin stimme ich mit Herrn Seelmaecker überein: Dabei sollte Erziehung und nicht Strafe als Grundgedanke im Vordergrund stehen.

Wenn man das berücksichtigt, ist eine Auslagerung des Jugendvollzugs nach Schleswig-Holstein auch für uns bei Weitem die schlechteste Lösung. Gerade bei der Diskussion um das Hamburgische Strafvollzugsgesetz wurde darauf geachtet, Mindeststandards festzuschreiben; diese sollten wir auch weiterhin aufrechterhalten. Sowohl in Neumünster als auch in Schleswig ist beides nicht unbedingt der Fall. In Neumünster befinden sich die Jugendlichen lediglich räumlich getrennt auf dem gleichen Gelände wie die Untersuchungshaftanstalt. Die Situation dort wird von Anwältinnen und Anwälten als insgesamt zu viele Personen auf zu engem Raum und mangelhaft bei der Durchführung der Resozialisierungsmaßnahmen kategorisiert. In Schleswig ist etwas mehr Platz, die Resozialisierung funktioniert genauso wenig, und die JVA ist außerhalb des letzten Industriegebiets von Schleswig und für Menschen ohne Auto fast nicht erreichbar, ohne mindestens zwei oder zweieinhalb Stunden von Hamburg aus fahren zu müssen.

Deshalb ist die nun geplante Auslagerung von Verantwortung nicht richtig, und sie bedeutet zudem immer auch einen Verlust von Kontrolle über die Rahmenbedingungen. Insbesondere bei der Jugendarbeit hat Hamburg zur Genüge schlechte Erfahrungen gemacht. Ich erinnere nur an die Haasenburger; das dürfen wir nicht wiederholen. Deshalb brauchen wir auch eine offene Diskussion und keine von vornherein gesetzten Fakten.

(Beifall bei der LINKEN)

Senator Steffen ist eigentlich offen für gute Ideen, und wir hoffen und fordern auch, dass er dies auch bezüglich dieser Debatte ist. Der Jugendvollzug sollte auf jeden Fall unserer Meinung nach in Hamburg bleiben und am besten, wie es in dem Antrag vorgeschlagen wird, in Richtung Innenstadt verlegt werden. Ein Gesamtkonzept für einen modernen und menschenwürdigen Vollzug und für eine erfolgreiche Eingliederung nach der Entlassung ist wichtig und bei der Auslagerung nach Schleswig-Holstein nicht erkennbar.

Was die geplante Dezentralisierung bedeutet, haben Herr Seelmaecker und auch Frau von Treuenfels-Frowein schon beschrieben; das muss ich nicht wiederholen. Es ist doch nachgewiesen, dass Rückfallquoten nach der Entlassung nur massiv reduziert werden können, wenn es ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten mit kurzen Kommunikationswegen gibt. Deshalb finden wir, dass der Antrag in die richtige Richtung geht, und wir werden ihm erst einmal zustimmen. Wir finden allerdings auch, dass er nicht weit genug geht. Anknüpfend an Herrn Seelmaecker sollte doch die Erziehung im Vordergrund stehen. Ich möchte dazu Herrn Professor Werner Nickolai zitieren, der sich in einer auf caritas.de veröffentlichten Studie von 2009 dafür ausspricht, den Jugendstrafvollzug weitgehend abzuschaffen und den Gedanken der Erziehung durch die Jugendhilfe in den Vordergrund zu stellen. Ich zitiere:

"Der Jugendstrafvollzug verfehlt seinen erzieherischen Auftrag. Projekte, die den Strafvollzug in einer freieren Form umsetzen, eröffnen den Jugendlichen dagegen eine Perspektive. [...] Jugendstrafe ist [...] die Ultima Ratio und darf nur als letztes Mittel angewandt werden, wenn alle anderen möglichen Sanktionsformen des Jugendstrafrechts versagt haben oder von vornherein keinen Erfolg versprechen."

Jugendstrafvollzug ist eine Institution, die physisch wie psychisch Gewalt ausübt, die, hierarchisch gegliedert, den Jugendlichen an den untersten Platz verweist. Diese gesellschaftliche Position kennt er jedoch bereits. Diese Erfahrung hat mit dazu beigetragen, dass er überhaupt mit der Gesellschaft oder dem Gesetz in Konflikt geraten ist.

**(Martin Dolzer)**

Daraufhin spricht sich Herr Nickolai richtigerweise dafür aus, dass man, wenn man eine Diskussion eröffnet über den Jugendvollzug und wie er gestaltet werden soll, zu anderen Mitteln kommt, wie es zum Beispiel in Baden-Württemberg der Fall ist mit zwei Einrichtungen der Jugendhilfe, nämlich dem Projekt Chance in Creglingen und dem Jugendhof Seehaus in Leonberg, die aufzeigen, dass eine Ausdifferenzierung und ein offener Vollzug für Jugendliche eine weit bessere Quote der Reintegration haben. Das zeigt sich auch in der Schweiz, in der dieser Weg gegangen wird.

Genau in diese Richtung wollen wir als LINKE gehen. Deshalb finden wir es richtig, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, um dort die Debatte intensiv zu führen. Das ist jetzt unsere Chance. Sie können wieder sagen, das Geld dafür sei nicht vorhanden. Nein, das stimmt nicht. Wir brauchen den politischen Willen, den Umgang mit den Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, menschenwürdig auszugestalten. Wenn wir das erreicht haben, müssen wir uns überlegen, was wir mit der Schuldenbremse machen oder ob wir nicht vielleicht eine Vermögensteuer erheben wollen, um unter anderem diesen Bereich und viele andere Bereiche vernünftig auszugestalten. Dafür treten wir ein, und deshalb nehmen wir den Antrag an in der Hoffnung, darüber im Ausschuss diskutieren zu können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

**Dirk Nockemann** AfD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dolzer, immer wenn ich Sie hier vorn am Rednerpult sehe, wünsche ich mir die besten Zeiten des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Joschka Fischer zurück. Wenn der nämlich am Rednerpult stand, konnte man dessen Turnschuhe nicht sehen, weil sie hinter dem Pult waren.

(*Gerhard Lein SPD:* Das soll wohl ein Witz sein! – *Anna-Elisabeth von Treuentfels-Frowein FDP:* Witzig!)

Meine Fraktion unterstützt den Antrag von CDU und FDP "Hamburgs Jugendvollzug auf Hamburger Gebiet belassen". Dabei bleibt allerdings festzuhalten, dass der Antrag relativ unsauber ist, denn auf Hamburger Gebiet belassen bedeutet, dass er auf Hamburger Gebiet ist, und rein staatsrechtlich gehört Hahnöfersand natürlich zum Bundesland Niedersachsen; das sollte man dann sauber hinein formulieren.

Inhaltlich stimmt meine Fraktion Ihrem Antrag gleichwohl zu. Zwar ist auch für uns der finanzielle Aspekt einer staatlichen Maßnahme immer eines der wesentlichen Elemente, die es abzuwägen gilt.

Aber diesbezüglich herrscht noch immer keine Klarheit. Auch bezüglich der Unterauslastung und der anstehenden Sanierungsmaßnahmen gibt es noch immer offene Fragen. Dasselbe betrifft den sinnvollen Einsatz von Personalressourcen. Insofern ist es natürlich nicht nur zulässig, sondern geradezu geboten zu fragen, ob nicht junge Gefangene aus Hahnöfersand, wo gerade einmal 106 von 170 oder 172 Plätzen belegt sind, in die Jugendstrafanstalt Schleswig verlegt werden sollen. Das ist immer auch eine sorgfältige Prüfung wert. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang aber auch, dass keine Abstriche am hohen Hamburger Standard gemacht werden.

Aber der finanzielle Aspekt hat natürlich immer nur insofern seine Berechtigung, als nicht die wesentlichen staatlichen Ziele einer Maßnahme gefährdet sind. Frauen und Jugendliche sind nun einmal Tätergruppen mit den besten Chancen zur Resozialisierung. Aber diese Resozialisierung erfordert auch Nähe zu den gewohnten Verhältnissen und Menschen, zu Menschen, die einem nahestehen und in diesem Prozess unterstützen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Entschuldigen Sie die Unterbrechung, Herr Nockemann, aber insbesondere in den letzten Reihen ist eindeutig zu viel Gesprächsbedarf. Ich kann nicht erraten, warum, ich will es auch gar nicht wissen, aber es muss leiser werden. – Herr Nockemann, Sie haben das Wort.

**Dirk Nockemann** AfD (fortfahrend): Danke schön. – Bei einer Verlagerung dieses Vollzugs könnten vor Ort vorhandene Netzwerke, insbesondere im Bereich von Suchtberatung, Rückfallprävention, Antiaggressionstraining, Schuldenregulierung und so weiter, und so fort, zerschlagen werden. Aufgrund der räumlichen Distanz ist darüber hinaus zu erwarten, dass die Gefangenen weniger Besuch von ihren Angehörigen und anderen nahestehenden Personen erhalten, sodass wertvolle Beziehungen gefährdet und möglicherweise auch unterbrochen werden. Dies alles ist nicht im Sinne einer erfolgreichen Resozialisierung. Ich verkenne zwar nicht, dass eine Reise von Schleswig nach Hamburg keine Weltreise ist, aber täglich fährt man das auch nicht.

Das, was da geplant ist, ist mehr als nur eine Kooperation, es berührt auch Grundsätze des Strafvollzugs und der Gesetzmäßigkeiten. Wenn Schleswig-Holstein den Justizvollzug und damit auch die Resozialisierung der weiblichen Strafgefangenen komplett nach Hamburg und umgekehrt Hamburg die Jugendlichen nach Schleswig-Holstein gibt, stellt sich die Frage, welches Strafvollzugsgesetz denn dann gilt. Diese Verlagerung ver-

**(Dirk Nockemann)**

langt natürlich einen gesamtpolitischen Diskurs, der bisher überhaupt nicht stattgefunden hat.

Grundsätzliche Kritik äußert meine Fraktion aber auch daran, dass diese Gespräche zwischen Hamburger Senat und Schleswig-Holstein wieder einmal hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben, dass die Opposition nicht entsprechend beteiligt worden ist. Wichtige Problempunkte sind der Opposition nicht zugänglich gemacht worden. Aber das ist typisch für den rot-grünen Senat: Verhandlungen werden immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Fragt man einmal an, dann heißt es, die Verhandlungen seien noch nicht so weit, dass man etwas sagen könne. Fragt man eine Woche später an, dann heißt es, die Verhandlungen seien bereits abgeschlossen und jetzt stimme man ab. So kann es nicht gehen, und auch aus diesem Grund stimmt meine Fraktion dem CDU- und FDP-Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Dr. Steffen.

**Senator Dr. Till Steffen:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seelmaecker, "Hamburgs Jugendvollzug auf Hamburger Gebiet belassen". Es bereitet mir schon ein wenig Sorge, dass Sie noch nie dort waren, denn wir führen in der Tat den Jugendvollzug schon ganz lange nicht mehr in Hamburg durch, sondern in Niedersachsen. Das ist Teil des Themas, weil von mehreren auf die wichtigen Ziele Bezug genommen worden ist, die wir im Hamburger Jugendstrafvollzugsgesetz niedergelegt haben. Diese Ziele müssen natürlich Ausgangspunkt für alle Überlegungen sein, die wir uns zum Hamburger Jugendvollzug machen. Das gilt gleichermaßen für den Frauenvollzug, der von den Überlegungen zur Umstrukturierung betroffen ist.

Deswegen muss man das, glaube ich, sehr ernsthaft diskutieren. Wenn Sie tatsächlich eine Verbindung mit der örtlichen Lage des Vollzugs und den Voraussetzungen für die Resozialisierung herstellen, dann müssen Sie sich ganz nüchtern ansehen, wie denn die Erreichbarkeit der Haftanstalt in Hahnöfersand tatsächlich ist. Alle wissen, dass es bereits nicht ganz leicht ist, von der Hamburger Innenstadt aus die Elbe zu überqueren, weil es regelmäßig Staus im Hamburger Elbtunnel gibt. Herr Schinnenburg würde uns sicherlich gern bei jeder Gelegenheit darüber berichten. Aber noch schwieriger ist es mit öffentlichen Verkehrsmitteln – das muss man berücksichtigen, wenn man einen breiten Ansatz der Resozialisierung und des Kontakts mit Angehörigen gewährleisten will. Von der Hamburger Innenstadt aus sind Sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln über zweieinhalb Stunden unterwegs, um die Haftanstalt auf Hahnöfersand zu er-

reichen. Das ist der Status quo, das ist die räumliche Voraussetzung, die wir für den Kontakt mit Angehörigen, für die Resozialisierung, für das enge fachliche Netzwerk bieten. Dieses enge fachliche Netzwerk besteht nicht wegen der örtlichen Lage der Haftanstalt, sondern trotz der örtlichen Lage dieser Haftanstalt. Deswegen möchte ich darum bitten, dass wir bei dieser Debatte sachlich bleiben und uns ganz nüchtern Alternativen ansehen. Und wenn man die Erreichbarkeit etwa der Haftanstalten in Neumünster und auch in Schleswig nüchtern betrachtet, dann stellt man fest, dass man die Haftanstalt in Schleswig mit öffentlichen Verkehrsmitteln etwas schneller erreicht als Hahnöfersand, und deutlich schneller erreicht man die Haftanstalt Neumünster. Das ist tatsächlich die Ausgangssituation, in der wir uns Gedanken darüber machen müssen, ob eine solche Kooperation nicht sinnvoll sein kann.

Ich glaube, es wäre ganz verkehrt, hier mit der These zu operieren, dass eine Kooperation mit Schleswig-Holstein automatisch zu einem Qualitätsverlust führt. Ich halte das im Hinblick auf die Arbeit, die in den Gefängnissen in Schleswig-Holstein gemacht wird, für unangemessen, und es ist eine interessante Argumentation, weil sich Hamburg bei der Gesetzgebung mit den aktuellen Strafvollzugsgesetzen jeweils an dem orientiert hatte, wo Schleswig-Holstein vorangegangen ist. Schleswig-Holstein diskutiert gegenwärtig eine weitere Heraufsetzung der Standards im Vollzug, und ich glaube, dass deswegen die Sorge unbegründet ist, dies bedeute automatisch eine Qualitätsverschlechterung; im Gegenteil. Wenn alle ständig davon reden, dass wir an vielen Stellen eine norddeutsche Kooperation brauchen, dann muss dies auch dann gelten, wenn es ernst wird. Deswegen gilt es, das ganz nüchtern zu prüfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu Recht ist die Frage aufgeworfen worden, wie wir ein gutes fachliches Netzwerk und wie wir die traditionell hohe Qualität im Jugendvollzug auf Hahnöfersand auf künftige Situationen übertragen. Dabei muss man zwei Punkte beachten. Zum einen muss man ein anderes Netzwerk knüpfen, wenn man über zwei Bundesländer hinweg kooperiert. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen unmöglich sein soll, sich so zu verhalten, als seien wir ein mittelgroßes Flächenland, wo es auch erforderlich ist, zwischen den Haftanstalten, die regelmäßig vom Land betrieben werden, und sozialen Trägern, die vielfach von den Kommunen getragen werden, ein enges Netzwerk zu knüpfen. Genau daran gilt es jetzt zu arbeiten, und die von Ihnen erwähnte Projektgruppe ist damit beauftragt, genau zu prüfen, wie eine solche Kooperation funktionieren kann, und anhand der Ergebnisse zu beurteilen, ob eine solche Kooperation tatsächlich stattfinden soll.

**(Senator Dr. Till Steffen)**

Ein zweiter Punkt, den Sie vergessen, ist meiner Meinung nach, dass Resozialisierung nicht nur davon abhängt, wie kurz oder nah die Wege sind, sondern sie hängt entscheidend davon ab, was der Jugendvollzug tut. Hahnöfersand hat traditionell sehr hohe Verdienste im Hinblick auf einen hohen Qualitätsstandard im Jugendvollzug. Aber wir müssen auch sehen, dass die Belegungszahlen in dieser Haftanstalt rückläufig sind. Es gibt natürlich eine kritische Größe, denn je geringer die Nachfrage an Qualifizierungsangeboten in der Haftanstalt ist, desto schmaler wird perspektivisch auch das Angebot sein. Wir müssen sicherstellen, dass es tatsächlich passende Qualifizierungsangebote sowohl für die Jugendlichen als auch für die Frauen gibt. Deswegen kann es eine große Hilfe sein, wenn wir nicht mit den ganz kleinen Gefangenenpopulationen von jeweils rund 50 Strafgefangenen arbeiten, die wir jeweils in Hamburg und Schleswig-Holstein im Jugendvollzug und im Frauenvollzug haben, sondern dafür sorgen, dass wir in beiden Gruppen jeweils mit 100 Gefangenen arbeiten. Das kann eine ganz andere Voraussetzung für die Qualifizierung bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen möchte ich Sie bitten, sich auf diesen Prüfprozess einzulassen. Wir werden dabei noch viele Fragen zu beantworten haben, und das tun wir auch gern. Herr Tabbert und Frau Timm haben schon angesprochen, dass wir gern im Laufe des Frühjahrs im Rahmen einer Selbstbefassung des Ausschusses über unsere ersten Prüfergebnisse berichten wollen; das wird noch lange vor Entscheidungen sein. Ich hielte eine jetzige Beendigung des Prüfprozesses, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, für verfrüht. Wir sehen den Handlungsbedarf und sollten deswegen nach geeigneten Lösungen suchen, um für einen zukunftsfähigen Jugendvollzug und einen zukunftsfähigen Frauenvollzug zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein** FDP:\* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin fassungslos.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ach, fassungslos, Frau von Treuenfels?)

Gerade vorhin hat jemand gesagt – ich glaube, es war Herr Dolzer –, Herr Steffen sei immer offen für gute Ideen. Was Sie, Herr Steffen, wirklich gut können, ist, dass Sie heute das sagen und morgen das Gegenteil davon begründen. Das können Sie wirklich gut.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hätte ich heute zum ersten Mal hier gesessen und wäre nicht schon fünf Jahre in diesem Saal, dann würde ich sagen, gar nicht so schlecht.

Frau von Berg, dass Sie mitklatschen, wenn die Frauen aus Schleswig-Holstein jetzt auch nach Billwerder kommen, finde ich wirklich krass, auch wenn ich mich in den vergangenen fünf Jahren wirklich abhärten konnte. Sie haben Frau Schiedek damals vorgeworfen, Sie setze sich niemals für Frauen ein, obwohl sie doch Justiz- und Gleichstellungssenatorin sei. Und dann klatschen Sie mit, wenn die Frauen aus Schleswig-Holstein nach Billwerder gebracht werden? Bei aller Freundschaft, das ist wirklich komplett daneben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber nun einmal Spaß beiseite. Die SPD hat das immer gewollt, Ihnen nehme ich es auch ab, Sie haben es begründet und nie anders gesehen, auch wenn Sie meiner Meinung nach damit nicht richtig liegen. Ich finde es immer noch falsch, aber jedenfalls haben Sie eine Linie. Dass die GRÜNEN das vertreten, und dann auch noch mit dieser Vehemenz, macht mich nicht nur fassungslos, sondern bestätigt mich in meinem Urteil. Sie sind komplette Umfaller: Was Sie heute sagen, werden Sie morgen widerlegen, und übermorgen werden Sie es wieder neu begründen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Aber immerhin intelligente Umfaller!)

Deswegen hoffe ich, dass Sie im Ausschuss vielleicht wieder ganz neue Erkenntnisse haben, und freue mich darauf, wenn wir darüber reden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

**Richard Seelmaecker** CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wie ich schon angedeutet hatte, befürchtete ich genau diese Diskussion. Bitte reduzieren Sie sie nicht auf Fahrzeiten, ob ich nun das Auto nehme oder den öffentlichen Nahverkehr – das kann es nicht sein.

Ganz klar, die Verantwortung würde nach Schleswig-Holstein abgegeben werden. Einmal losgelöst von der juristischen Einordnung – Staatsvertrag und ist das nun Staatsgebiet oder was ist anwendbar und, und, und –, am Ende geben wir die Kontrolle und die Verantwortung nach Schleswig-Holstein ab. Zwar ist nicht alles, was hinkt, ein Vergleich, aber trotzdem sehen wir im Falle des Friesenhofs, was es bedeuten kann, wenn man in wesentlichen Teilen seine Kontrolle abgibt und sie dann nicht in unmittelbarer Hand hat.

**(Richard Seelmaecker)**

Der dritte Punkt, und auch das ist wesentlich, ist die Frage der Kostenschätzung. Zu diesem Thema kann ich nur sagen: Nach der letzten Kostenschätzung, die ich aus der Justizbehörde bekommen habe – das war keine Kostenschätzung, die von diesem Justizsenator in Auftrag gegeben worden ist, sondern das war eine Kostenschätzung aus Zeiten der SPD-Senatorin –, mussten wir jetzt eine Fast-Verdoppelung im zweistelligen Bereich für Glasmoor feststellen. Und auch, wenn die schönen Grundsätze zum kostenstabilen Bauen damals noch nicht in eine Richtlinie gegossen worden waren, waren diese Dinge damals schon alle bekannt. Ich bin gespannt, welche Kostenschätzungen uns jetzt präsentiert werden. Ich bin wenig optimistisch, dass diese belastbar sind. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Farid Müller GRÜNE*: Uuh, uuh, uuh!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion.

**Dr. Carola Timm GRÜNE**:\* Ich möchte nur noch ganz kurz etwas zu dem Vorwurf sagen, die GRÜNEN seien Umfaller.

(*Michael Kruse FDP*: Das ist aber nicht das Thema der Debatte!)

Wir haben uns immer, auch in der letzten Legislaturperiode, für das Trennungsgebot eingesetzt, und das wird auch umgesetzt – zwar nicht in der Form, wie Sie es vielleicht gern haben wollten, aber in einer anderen Form –, und das hat mich überzeugt vor Ort. Es gibt ein eigenes Hafthaus im hinteren Bereich, es gibt eine Trennung räumlicher Art, personeller Art und baulicher Art. Da es eigentlich nicht Thema der Debatte ist, will ich es nicht im Einzelnen ausführen, weil ich denke, dass schon viel dazu gesagt worden ist und die Zeit auch langsam drängt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und wir können zur Abstimmung kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksache 21/2746 an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer sich dem gemeinsamen Antrag der CDU und der FDP anschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Bevor ich den Punkt 82 aufrufe, komme ich noch zu zwei Wahlergebnissen.

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde: Auf Herrn Justus Burgdorf entfielen 20 Ja-Stimmen, 81 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen, also insgesamt 115 abgegebene Stimmen. Herr Justus Burgdorf ist damit nicht gewählt worden.

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung: Es sind 114 Stimmzettel abgegeben worden. Auf Herrn Krzysztof Walczak entfielen 17 Ja-Stimmen, 81 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Damit ist auch Herr Walczak als Deputierter nicht gewählt worden.

Wir kommen zu Punkt 82, Drucksache 21/2778 in der Neufassung, Antrag der AfD-Fraktion: Schweden folgen und endlich wirksame Grenzkontrollen einführen!

**[Antrag der AfD-Fraktion:  
Schweden folgen und endlich wirksame Grenzkontrollen einführen!  
– Drs 21/2778 Neufassung –]**

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

**Dr. Bernd Baumann AfD**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Europäische Union steckt in der größten Notlage und Krise ihrer Geschichte, und unser Land steht dabei allen anderen konträr gegenüber, ist vollends isoliert. Das hätte nie passieren dürfen.

(Beifall bei der AfD – Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Lange war Schweden neben Deutschland das Land mit den meisten Flüchtlingen. Jetzt zieht es an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Notbremse. Seit dem 4. Januar 2016 darf man nur mit gültigen Ausweispapieren nach Schweden einreisen. Schweden schickt im Moment sogar Patrouillenboote und Flugzeuge zur Überwachung über die Ostsee. Schweden vollzieht, so die ARD-Tagesthemen, den dramatischsten Kurswechsel. Dänemark zog am gleichen Tag nach. Norwegen und Finnland verschärften umgehend ihre Grenzregimes. Dänemarks Ministerpräsident Rasmussen sagt, Europa befinde sich in der größten und kompliziertesten Krise des Jahrhunderts.

Das liegt an Deutschland, dem größten EU-Land, das jetzt gegen alle gegen den Strom schwimmt. Nach ausnahmslos allen Ländern Westeuropas, ausnahmslos allen Ländern Osteuropas, aus-

**(Dr. Bernd Baumann)**

nahmslos allen Ländern Südeuropas haben jetzt auch alle Länder Nordeuropas die Grenzkontrollen verstärkt, die aktuellen Ereignisse ins Auge gefasst und entsprechend realistisch reagiert.

Die deutsche Isolation ist damit noch dramatischer und unvernünftiger. Wir müssen das ändern. Es kann nicht so weitergehen, dass die Regierungen aller anderen über 25 Länder doof oder herzlos sind und nur wir klug sind und Herz haben. Hier müssen wir etwas ändern.

(Beifall bei der AfD)

Mit nahezu absurden Argumenten stemmt sich die Bundesregierung dagegen. Man hört, die EU breche zusammen, der Binnenmarkt und auch der Euro seien am Ende, Europa versinke in Arbeitslosigkeit, falls Grenzkontrollen eingeführt würden. Das ist Unsinn. Den Binnenmarkt gibt es schon viel, viel länger. Er hat schon geblüht, als von Schengen noch gar nicht die Rede war. Da gab es noch Grenzkontrollen. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil: Im Moment ist das Offenhalten der Grenzen statt der Wiederherstellung des Rechts das, was Europa entzweit. An der Hilflosigkeit der Argumente aus Berlin sieht man, wie dramatisch die Lage wirklich ist.

(Beifall bei der AfD)

Dabei wollen wir gar nicht die Grenzen für Flüchtlinge schließen. Wir wollen nur die Grenzkontrollen zu Österreich verschärfen. Und wir müssen auch nicht fürchten, dass Frankreich oder Belgien oder Polen neue Durchreiseländer werden. Es reicht vollkommen aus, die Grenzkontrollen zu Österreich zu machen. Denn die anderen an Österreich angrenzenden Länder haben sich das alles schon zu eigen gemacht, weswegen von daher kein Durchstrom von Flüchtlingen kommen wird.

Es gibt keine Alternative zu strikten Grenzkontrollen in Deutschland. Alles andere hat versagt. EU-Schengen an den Außengrenzen hat nie funktioniert, was die unbedingte Voraussetzung für die Öffnung der Binnengrenzen war. Frontex ist wirkungslos. Die Verhandlungen mit der Türkei haben gar nichts gebracht. 160 000 Flüchtlinge sollten in die einzelnen EU-Länder umverteilt werden und Aufnahme finden. Bei 272 hat die EU-Kommission es geschafft, das sind 0,2 Prozent. Die deutsche Politik müsste aber dafür sorgen, dass das funktioniert. Das ist ein Armutszeugnis der deutschen Politik, wie es das in der Nachkriegsgeschichte überhaupt noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei der AfD)

Zu dieser Außensicht, die für sich schon reicht, kommen noch fünf Probleme im Inneren hinzu.

(Frank Schmitt SPD: Oder auch sechs!)

Auch Deutschland kann den ungebremsten Anstieg nicht länger bewältigen. Täglich kommen

trotz bitterer Kälte 3 000 bis 4 000 Menschen – das war Stand 7. Januar 2016. Auf's Jahr gerechnet wären das noch einmal 1,3 Millionen. Die Zahl ist nicht mehr handhabbar, das wissen wir von den Ländern und Kommunen.

Schwedens Ministerpräsident Löfven begründet die Einführung strikter Passkontrollen noch mit einem weiteren Argument. Er sagt, dass wir uns wieder Klarheit verschaffen müssen, wer in unser Land kommt, wer durch unser Land fährt, wer sich in unserem Land aufhält. Beispiele dafür, wie wenig das zurzeit in Deutschland der Fall ist, haben wir doch genug. Das fängt an bei dem islamistischen Attentäter, der die Polizeistation in Paris gestürmt hat. Er hatte sieben verschiedene Identitäten – Tunesier, Marokkaner, Syrer, Georgier –, zuletzt war er in Recklinghausen. Das reicht bis zu den Abertausenden Menschen, die aus Marokko und Algerien ohne Asylgründe plötzlich im Land sind, meistens als Syrer eingereist. Anlässlich der jüngsten Polizeirazzia in Düsseldorf wegen Diebstählen, Raub, Drogenhandel, Bandenwesen wurden 294 Menschen überprüft, und gleich 40 mussten festgenommen werden, davon 38 auch wegen illegalen Aufenthalts. Heute Morgen ist Ähnliches in Köln passiert – gleiche Zielgruppe, gleiches Ergebnis. Das sind Zustände wie in einer Bananenrepublik. Das darf so nicht hingenommen werden. Wir müssen zurück zu rechtsstaatlichen Kontrollen.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür. Jetzt im kalten Winter fällt das Umsteuern leichter. Die Zahlen sind deutlich geringer. Im Frühjahr werden sie wieder steigen. Dann haben wir nicht mehr 3 000, sondern wieder 10 000 Menschen vor den Grenzen stehen. Das ist unverantwortlich. Wir müssen das jetzt machen, auch im Sinne der Flüchtlinge.

Die Integration geht nicht ohne Beteiligung, ohne inneren Zuspruch der deutschen Bevölkerung, denn sie muss die Zuwanderer im Alltag integrieren. Nach dem jüngsten ZDF-Politbarometer glauben 60 Prozent der Bevölkerung nicht mehr, dass wir die vielen Flüchtlinge verkraften. Sie stehen nicht mehr hinter dieser Politik. Sie glauben nicht mehr, dass wir die Flüchtlinge integrieren können. Wir müssen doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass zwei Drittel der Bevölkerung das nicht mehr sehen.

Man muss bedauern, was im Moment auch innerhalb unserer Republik passiert, nämlich dass sich Bürgerwehren bilden, Abertausende Likes auf ihren Gründungsseiten haben, Kneipen- und Clubbesitzer sich zum Selbstschutz zusammenschließen und es einen republikweiten Run auf Eigenbewaffnung, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, gibt. Frei verkäufliche Waffen sind praktisch nicht mehr zu erhalten. Registrieren Sie das, meine Damen und Herren, oder geht das völlig an Ihnen vorbei?

**(Dr. Bernd Baumann)**

Erkennbar ist auch, dass sich immer mehr Politiker zur Wende bekennen. 44 Bundestagsparlamentarier schreiben jetzt einen Brandbrief an Merkel, in dem wörtlich steht, sie stünden vor der Überforderung ihres Landes und hielten deshalb die Rückkehr zur strikten Anwendung des Rechts für dringend geboten. Genau das fordern auch wir, meine Damen und Herren. Haben Sie den Mut dazu.

(Beifall bei der AfD)

Selbst Altkanzler Schröder hebt seine Stimme in diesem Sinne. Höchste Verfassungsrichter formulieren Appelle an Merkel, die dramatischer nicht sein könnten. Hans-Jürgen Papier, bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, geißelt eklatantes Politikversagen, weil die deutschen Grenzen nicht geschützt werden. Ein Umsteuern sei überfällig, sagt er. Deutschland müsse jetzt – wörtlich – umgehend durch strikte Asylpolitik die Außengrenzen des Landes sichern. Illegale Einreisen seien zu unterbinden. Genau das wollen auch wir, meine Damen und Herren. Schließen Sie sich dem an.

Ebenso der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, der sagt, die Bundesregierung sei jetzt rechtlich verpflichtet, staatsrechtlich gezwungen – wörtlich –, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, weil die EU-Außengrenzensicherung durch offene Grenzen nicht funktioniere. Und selbst die "New York Times", eines der liberalsten, wenn nicht das liberalste Blatt dieser Welt, veröffentlicht Alarmkommentare in Richtung Berlin, Richtung Merkel: Der Irrweg der Grenzöffnung solle gestoppt werden. Frau Merkel solle zurücktreten. Die Deutschen sollten aufhören – da muss man einmal zuhören –, sich durch geschichtliche Vergangenheit den Blick auf aktuell politische Notwendigkeiten zu verstellen. Den Versuch haben wir doch heute wieder von linker Seite gehört.

Kommen wir nun zu unserem Petition.

(*Michael Westenberger CDU: Das ist das Beste!*)

Ich beginne mit Petition 2: Der Hamburger Senat möge sich im Bundesrat und auf Bundesebene dafür einsetzen, an der Grenze zu Österreich wieder die Bestimmungen des geltenden Asylgesetzes zur Gänze anzuwenden und nach Asylgesetz geltende illegale Einreisen zu unterbinden. Wer sich dazu, aus welchen Gründen auch immer, nicht entschließen mag, sollte sich wenigstens unserem Petition 1 anschließen, wonach zumindest wieder normale, echte Passkontrollen an der Grenze zu Österreich eingeführt werden. So wüsste man wenigstens, wer zu uns kommt.

Das alles hätte auch eine starke Signalwirkung. Auch das, was Schweden und Dänemark am 4. Januar 2016 gemacht haben, hat die Flüchtlingszahlen stark gesenkt. Als Flankierung für die Flüchtlinge, damit sie nicht überrascht sind und in

Not geraten, muss massiv – und das geschieht auch – in die UN-Aufnahmeeinrichtungen des UNHCR investiert werden, die nachhaltig Sicherheit und Versorgung vor Ort im eigenen Kulturkreis sicherstellen.

Überdies sollte Flüchtlingen auch ohne deren Pässe die Möglichkeit gegeben werden, in den jetzt gerade fertig werdenden Hotspots – drei von elf sind schon fertig – Aufnahme zu finden, selbst wenn sie keine Pässe haben. Dort können sie Aufnahmeanträge stellen und bei Berechtigung in Europa Asyl finden.

Wir brauchen jetzt Lösungen, die schnell wirken, der deutschen Bevölkerung wieder sichere Grenzen geben, die Anliegen der Flüchtlinge im Blick behalten und Europa wieder vereinen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Baumann. – Jetzt haben Sie, Herr Schumacher von der SPD-Fraktion, das Wort.

**Sören Schumacher SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In diesen Tagen wird viel über unsere Grenzen debattiert. Besser gesagt, viele, ob aus Hannover, Wildbad Kreuth, Wien oder Berlin, äußern ihre Meinung. In der Bürgerschaft haben wir schon einmal vor einem Jahr fast die gleiche Debatte geführt,

(*Dr. Bernd Baumann AfD: Völlig anderes Thema!*)

und schon damals sagte ich, es gelte die europäische Idee zu verteidigen. Und das gilt auch heute noch.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die Forderung, nationale Grenzen wiederherzustellen, ist einfach dahergesagt, von wegen, es wäre doch alles so schön, wenn wir die Grenzen schließen würden, keine weiteren Flüchtlinge mehr nach Deutschland einreisen ließen und unsere Ruhe hätten. Doch so einfach ist die Welt nicht.

(*Dr. Bernd Baumann AfD: Habe ich auch nicht behauptet!*)

Und so einfach ist die Lösung für die vielen Flüchtlinge schon gar nicht. Wer nationale Grenzen in Europa schließt, löst einen Dominoeffekt aus. Und das wollen Sie.

(*Dr. Bernd Baumann AfD: Das ist Dublin! Hat Ihre Partei ausgearbeitet!*)

An diesem ist nichts Positives zu erkennen. Die vor dem Krieg fliehenden Menschen würden einfach im Süden Europas stranden, und die Not und das Elend würden sich verschärfen. Wir können und dürfen zum Beispiel diese Herausforderung nicht

**(Sören Schumacher)**

allein Griechenland oder Italien vor die Füße kippen. Europa lebt von seiner Solidarität untereinander.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Wer diese Solidarität in Europa verweigert, wird nicht nur an der Flüchtlingspolitik scheitern, sondern Europa insgesamt zum Scheitern bringen. Der Preis wäre sehr hoch. Der Erfolg Europas liegt im Zusammenwachsen. Unser Frieden und unsere Freiheit wären in Gefahr. Gerade wir Deutschen profitieren von einem freien Handel und von offenen Grenzen.

(Dr. Jörn Kruse AfD: Was hat das damit zu tun?)

Wer Nein zu einer europäischen Lösung sagt und glaubt, dafür keinen Preis zahlen zu müssen, der ist eben nur ein Populist.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Die Europäische Kommission und die nationalen Regierungen arbeiten intensiv an einer Verbesserung und Sicherung der Schengen-Außengrenzen. Wir müssen unsere europäischen Partner unterstützen und nicht allein lassen. Ihre Forderung lehnen wir ab. Eine komplexe Herausforderung lässt keine einfachen Lösungen zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP – Dr. Bernd Baumann AfD: War das alles?)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Schumacher. – Herr Westenberger von der CDU-Fraktion, bitte, Sie haben das Wort.

**Michael Westenberger CDU:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, wir brauchen Lösungen. Nur warte ich ehrlich gesagt darauf, dass aus dieser Ecke dort irgendwann einmal eine Lösung für die Probleme unseres Landes oder auch des europäischen Hauses kommt. Immer dann, wenn irgendein Problem auf europäischer Ebene auftaucht, fallen Sie politisch betrachtet auf den Rücken und jammern wahllos herum, Schuld habe Europa und sonst wer, aber zu Lösungen

(Dr. Bernd Baumann AfD: Merkel ist schuld!)

haben Sie in diesem Haus, seitdem ich hier bin, weder in den Ausschüssen beigetragen noch im Plenum. Sie jammern herum,

(Dr. Bernd Baumann AfD: Allgemeinplätze!)

und der wesentliche Kern Ihrer Politik

(Dr. Bernd Baumann AfD: Zum Thema!)

ist der Auszug aus dem europäischen Haus, weil Sie mit der Aufgabe der Nationalstaaten, nämlich

der Übertragung von Kompetenzen auf eine supranationale Ebene, nicht zurechtkommen.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Sie kommen damit nicht zurecht!)

Ginge es nach Ihnen, hätten wir eine Urmeile, die Urmark und sonstige Ergebnisse, aber nichts, aber auch gar nichts,

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

für das wir in den letzten Jahrzehnten gemeinsam eingetreten sind. Ich habe Helmut Schmidt und Helmut Kohl hier im September 2015 bereits – dank Ihrer Anträge – erwähnen dürfen. Nichts von dem, für das diese Herren und auch Damen gekämpft haben, ist etwas, was Sie in diesem Hause wirklich mit Hingabe vertreten, ob Neoliberalist oder nicht.

Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie irgendein Problem lösen, wenn Sie hier einen Antrag einbringen, – das muss Ihnen beim Schreiben dieses gequälten Petitions doch wehgetan haben –, der darauf abzielt, unsere Landesgrenzen, juristisch betrachtet, bis an die Republik Österreich zu verlängern? Glauben Sie allen Ernstes – ich nehme jetzt einmal an, dass Sie das nicht tun, sondern dass es reine Polemik ist –,

(Beifall bei Jörg Hamann CDU – Dr. Bernd Baumann AfD: Dass Sie das nicht verstehen, ist mir klar!)

dass wir, wenn wir die gesamte norddeutsche Landespolizei an der bayerischen Grenze zusammenziehen, die Problematik, die außerhalb Europas entstanden ist, lösen können? Nein. Und damit landen wir bei Ihrem eigentlichen Problem. Sie sind keine richtige Partei, sondern das zusammengewürfelte Ich-bin-anti-Europa, Ich-will,-dass-alles-so-schön-bleibt,-wie-es-ist, und bringen keine vernünftigen Lösungsansätze zustande.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Dr. Bernd Baumann AfD: Anti-EU!)

Wenn Sie Schweden und Dänemark heranziehen, dann schauen Sie doch bitte einmal in einen Atlas; es kann ja auch der Diercke-Atlas von 1949 sein.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Insellagen beider Staaten sind mit denen der Bundesrepublik Deutschland keineswegs vergleichbar. Schweden und Dänemark können sich relativ einfach von dem abschotten, was man Grenze nennt. Aber Sie brauchen sich nur einmal die Völkerwanderung vor knapp 2 000 Jahren anzusehen, wer alles durch unsere deutschen Lande – die Goten und sonstige Leute – marschiert ist. Sie können in diesem Europa die Grenzen nicht einfach dichtmachen.

**(Michael Westenberger)**

Jetzt noch etwas Versöhnliches, sofern Sie das als solches bezeichnen. Maastricht und Schengen haben doch auch nach Aufgabe des Eisernen Vorhangs funktioniert, und ich glaube, dass alle politischen Kräfte in diesem Lande ein Interesse haben, das von Ihnen zitierte Recht umzusetzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir demokratischen Parteien in diesem Hause und auch in der Bundesrepublik Deutschland gemeinschaftlich die richtigen Lösungsansätze für Europa finden werden, wie der Kollege Schumacher richtig gesagt hat. Wir werden das Problem in der Hamburger Bürgerschaft nicht gemeinschaftlich lösen können. Wir brauchen ganz Europa dazu. Nur ein richtig gutes, stabiles europäisches Haus wird dies schaffen. Daran glaube ich noch immer fest. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Westenberger. – Herr Gözay von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

**Murat Gözay GRÜNE:\*** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Baumann, ich glaube, die Debatte hatten wir schon am 2. September 2015 in der Bürgerschaft geführt.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Das ist ein Unterschied! Sie haben die Unterschiede nicht erkannt!)

Dabei ging es um das Aussetzen des Schengener Grenzregimes der EU. Wir haben Ihnen das versucht zu erläutern. Ich versuche es noch einmal. Also seien Sie mir nicht böse, wenn ich mich wiederhole.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Völlig anderes Thema!)

Ich frage Sie, ob Sie ...

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Haben Sie mich verstanden?)

– Ich verstehe Sie schon, aber ich frage Sie trotzdem: Kennen Sie den Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes, auf das wir uns immer berufen? Ist er Ihnen bekannt?

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Das ist aber jetzt sehr rhetorisch! Sehr toll! – Zuruf: Also nein! Sagen Sie es gleich!)

– Also nein.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit bei den Fraktionen)

Die Würde des Menschen, eines jeden Menschen, ist unantastbar, Herr Dr. Baumann.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Ich muss mich von Ihnen nicht belehren lassen!)

– Nein, nein, ich will Sie nicht belehren.

Und wie lautet der Artikel 16 Absatz 2 des Deutschen Grundgesetzes?

(Zuruf: Na ja, das ist aber keine Quizshow!)

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Diese Lehre resultiert übrigens aus der NS-Zeit, in der viele Deutsche auf Asyl angewiesen waren. Sie erinnern sich noch an Ihren Geschichtsunterricht. Und weiter steht dort geschrieben, jeder politisch Verfolgte habe einen vorbehaltlosen einklagbaren Rechtsanspruch auf Asylgewährung.

Ich frage Sie: Wer soll an den Grenzen entscheiden, ob jemand politisch verfolgt ist oder nicht, ob er Kriegsflüchtling ist oder nicht, ob er Wirtschaftsflüchtling ist oder nicht, oder ob jemand ein Krimineller oder ein Terrorist ist? Ich möchte das nicht entscheiden, weil ich alle Menschen, egal woher sie kommen, erst einmal würdige.

Sie wollen, dass wir uns mit Ihrem Petitum über europäische Gesetze hinwegsetzen. Sie wollen, dass wir genauso reagieren wie die Schweden, die Dänen oder die Briten.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Alle!)

Sie wollen damit die europäische Gemeinschaft zerstören, am besten mit einem Zaun aus Stacheldraht oder einer Mauer. Sagen Sie jetzt bitte nicht, es habe keiner von Ihnen vor, eine Mauer hochzuziehen. Das haben wir schon einmal gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Bernd Baumann AfD:* Das wird ja rhetorisch immer besser!)

Aber, Herr Dr. Baumann, zum Glück ist dies heute nicht mehr so einfach wie vor 55 Jahren, denn heute haben wir das Schengener Abkommen, und das ist gut so.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Bezug zum Inhalt!)

Was war eigentlich das Ziel des Schengener Abkommens? Ich sage es Ihnen: Das Ziel war die Schaffung eines einheitlichen Raums in Europa durch schrittweise Abschaffung von Binnengrenzkontrollen, und zwar auch mit dem Ziel, die individuellen Freiheiten der Bürger zu erhöhen.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Die Außengrenzen haben Sie vergessen!)

Und jetzt wollen Sie die Grenzen wieder schließen. Glauben Sie ernsthaft, dass der Flüchtlingsstrom dadurch abreißt? Glauben Sie das wirklich? Glauben Sie, die Vorteile der globalen Märkte abschöpfen zu können, ohne unerwünschte Nebenwirkungen zu erzeugen? Egal, ob wir die von Ihnen am liebsten gesehenen Zäune in Höhe von fünf, zehn oder hundert Metern bauen, wir werden die Flüchtlinge nicht aufhalten. Sie kommen – diesen Fakt müssen wir anerkennen.

**(Murat Gözay)**

Ich möchte zum Ende kommen, aber eines möchte ich noch erwähnen. Die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, wir schafften das, war vielleicht etwas optimistisch gewesen. Mit Gegenwind aus Ihrer Richtung hatte sie sicher auch etwas gerechnet, aber wohl nicht mit Gegenwind aus ihren eigenen Reihen. War das jetzt naiv von Frau Merkel? Nein, sie hat ihr Herz ohne politisches Kalkül sprechen lassen – davon bin ich überzeugt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das stimmt!)

Vielleicht hätte sie aber sagen sollen, dass es schwer wird, wir es aber schaffen können, wenn alle mitmachen. Aber wenn ständige Querschläger dazu führen, dass wir uns nicht auf das Wesentliche konzentrieren können, wird es schwer werden, noch schwerer, als es jetzt schon ist. Aber das scheint von Ihnen auch gewollt zu sein.

Damit eines klar ist, Herr Dr. Baumann: Wir werden alle Punkte ablehnen. Das tut mir leid.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Michael Kruse FDP – Dr. Bernd Baumann AfD: Das wundert mich sehr!)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Gözay. – Jetzt hat das Wort Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

**Martin Dolzer** DIE LINKE:\* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit bei der AfD)

– Dass Sie da so lachen, das passt, denn anstatt sich ernsthaft mit dem Thema Geflüchtete zu beschäftigen, hat die AfD wieder einmal auf die rechtspopulistische Trommel gehauen, und zwar mit Stigmatisierung und ähnlichen Methoden, und das ist nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Umso wichtiger ist es, das Thema Geflüchtete ganzheitlich zu betrachten. Leider geht es im neuen Jahr für die Flüchtlinge nahtlos so weiter, mit endlosen Schlangen vor den zuständigen Behörden, Wartezeiten auf Asylverfahren von bis zu einem halben Jahr, unwürdiger Unterbringung in Unterkünften und nun wieder mit populistischen Forderungen nach strengen Grenzkontrollen und Obergrenzen sowie gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Wir brauchen aber im Jahr 2016 endlich eine Flüchtlingspolitik, die die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden in den Fokus stellt, und nicht eine noch restriktivere Abschottung.

(Beifall bei der LINKEN)

Langfristig hilft ohnehin nur eine Überwindung der Fluchtursachen. Die Grenzen – da hat Herr Gözay recht – werden nicht geschlossen werden können.

Also müssen wir an der Ursache und nicht am Symptom ansetzen. Und dabei ist es notwendig, dass die EU umdenkt von einer Politik, die sehr viele geostrategische Ideen und weniger die Themen Frieden, Menschenrechte und eine faire Handelspolitik im Mittelpunkt hat. Nur wenn wir da umdenken, werden Menschen zum Beispiel aus dem Mittleren Osten oder Nordafrika nicht mehr fliehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frieden und stabile Länder sind nämlich der richtige Schutz vor Flüchtlingen, beziehungsweise dann müssen wir uns gar nicht vor Flüchtlingen schützen, sondern davor, dass die Welt derart destabilisiert ist und bleibt oder noch destabilischer wird.

Die meisten Flüchtlinge kommen momentan aus Syrien und fliehen hauptsächlich vor dem menschenfeindlichen sogenannten Islamischen Staat. Ich möchte einmal Professor David Graeber von der London School of Economics zitieren. Er sagt dazu:

"Hätte die Türkei die gleiche absolute Blockade für IS-Gebiete praktiziert, die sie bei den kurdisch gehaltenen Teilen Syriens anwendete, das blutbefleckte Kalifat wäre wohl längst zusammengebrochen und die Paris-Attacken wären wahrscheinlich nie geschehen. Und wenn die Türkei heute das Gleiche täte, würde der Islamische Staat wahrscheinlich in wenigen Monaten zusammengebrochen sein. Aber hat ein einziger westlicher Regierungschef Recep Tayyip Erdogan bisher wirklich ernsthaft dazu aufgefordert, dies zu tun?"

Das fragt sich David Graeber zu Recht, denn da müssten wir ansetzen. Wir müssen unsere Politik, die europäische Politik, die deutsche Politik und auch die hamburgische Politik daraufhin überdenken, wie wir mit den weltweiten Konflikten umgehen. Wenn wir uns dabei an Menschenrechten und Frieden orientieren, dann werden auch weniger Flüchtlinge kommen.

Jetzt bombardiert die türkische Regierung kurdische Städte, unter anderem mit Leopard-Panzern, und verletzt täglich Menschenrechte. Wenn wir da nicht aufpassen und Druck ausüben, werden in den nächsten Wochen und Monaten noch Hunderttausende Menschen aus der Türkei als Flüchtlinge zu uns kommen. Genau da müssen wir ansetzen und nicht bei Grenzkontrollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn die Grenzkontrollen beheben das Problem nicht. Auch 3 Milliarden Euro an die Türkei werden das Problem nicht beheben, sondern dieses Geld sollte man vielleicht lieber in der Europäischen Union darin investieren, um wirklich eine würdige Flüchtlingspolitik voranzubringen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu integrieren, und

**(Martin Dolzer)**

um langfristig darauf hinzuwirken, dass die Menschen nicht mehr vor Krieg, Folter und Tod fliehen müssen.

Leider ist es so, dass nicht nur die AfD sich für weitere Restriktionen einsetzt, sondern auch Teile der CDU. Da finde ich Herrn Westenbergers Argumentation wirklich wohltuend, weil er sich von einem humanistischen Standpunkt aus auf die Seite derjenigen in der CDU gestellt hat, die sich nicht für die Schließung der Grenzen einsetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich appelliere auch an die CDU, dass genau dies notwendig ist. Lassen Sie Ihre Partei nicht abgleiten, indem Sie versuchen, rechtspopulistische Forderungen umzusetzen, um bei den Wählern zu punkten oder sich weiter abzuschotten.

(Beifall bei der LINKEN – *André Trepoll*  
CDU: Helfen Sie uns, wählen Sie uns!)

– Ich werde Sie trotzdem nicht wählen.

Herr Westenberger ist wirklich ein Humanist, und das achte ich sehr. Aber einige Ihrer Redebeiträge gehen auch in eine ganz andere Richtung; besonders die Vorstöße der CSU in Bayern finden wir furchtbar. Wir denken, dass ein offener gesamt-europäischer und ganzheitlicher Ansatz gefordert ist. Dazu gehören die Überwindung der Fluchtursachen und die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Da gebe ich dem Kollegen Herrn Gözay recht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank. – Jetzt hat das Wort Herr Jarchow von der FDP-Fraktion.

**Carl-Edgar Jarchow** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir führen diese Debatte schon das zweite Mal in diesem Hause. Sie gehört eigentlich mehr in die Bundespolitik als in die Landespolitik, würde ich denken.

Was mich in Anlehnung an das, was wir vorhin schon diskutiert haben oder was ich vorhin schon gesagt habe, daran so stört, Herr Dr. Baumann, ist dieser populistische Ansatz. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir in den nächsten Jahren nicht weiterhin so viele Flüchtlinge werden aufnehmen können wie bisher. Ich glaube, das ist Konsens in diesem Land. Nur, den Leuten jetzt vorzugaukeln, wir schließen eben einmal die Grenzen und das Problem sei erledigt, ist einfach weltfremd. Welchen Effekt haben wir dann? Einen Rückstau. Das heißt, solange wir nicht in der Lage sind, die Außengrenzen der EU zu schließen und dort vernünftige Bedingungen in den Lagern herzustellen, werden wir dieses Problem nicht lösen, indem wir hier die Grenzen schließen.

Auch das Schließen der Grenze allein bedeutet nicht, dass die Leute nicht ins Land kommen. Es gibt grüne Grenzen. Das hat auch Schweden gemerkt als ein Land mit einer mehrere Hundert Kilometer langen Seegrenze, über die jetzt auch die Einwanderer über Russland hineinkommen. Insofern greift die Lösung, eben einmal die Grenzen zu schließen und somit die Sache zu erledigen, zu kurz und ist populistisch. Sie trifft vielleicht die Meinung vieler in der Bevölkerung, die sich damit nicht so genau auseinandersetzen, aber wir sollten dabei doch etwas differenzierter denken.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie haben auch etwas zu den wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Maßnahme gesagt. Diese haben Sie relativ kleingeredet. Sie haben gesagt, Binnenmarkt habe es auch vorher schon gegeben. Stimmt, den gab es auch vorher schon. Jetzt haben wir den Euro, den Binnenmarkt und Schengen, und ich würde Sie einfach auf das verweisen, was die EU-Kommission in Person des Kommissionspräsidenten Juncker vor wenigen Tagen dazu gesagt hat, welche wirtschaftlichen Auswirkungen eine Grenzschließung in Deutschland pro Tag haben könne – nämlich in Höhe von Milliarden von Euro. Insofern sollten wir auch das nicht kleinreden, zumal – ich wiederhole mich – eine Grenzschließung unser Problem als solches nicht löst. Unser Problem liegt sehr viel tiefer. Wir werden es sicherlich sehr viel früher lösen müssen.

Herr Dolzer, Ihr Ansatz ist ehrenwert. Wir werden allerdings in der Kürze der Zeit nicht alle Probleme in Syrien und in anderen Staaten, die es betrifft, lösen können. Wir werden uns sicherlich erst einmal auf die europäische Außengrenze konzentrieren müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Farid Müller*  
GRÜNE)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Schönen Dank, Herr Jarchow. – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion, Sie haben das Wort.

**Dr. Bernd Baumann** AfD:\* Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt einiges gehört, und das meiste war – ich sage es einfach einmal so – erwartbar.

(*Karin Prien* CDU: Bei Ihnen gar nicht!)

Sie haben nicht groß die Argumente aufgegriffen. Wir haben jetzt nur wirklich ein riesiges Problem im Land. Ich sage nur etwas zum Populismus. Herr Jarchow, ganz im Ernst: Sind die Schweden populistisch? Die Dänen? Die Finnen? Die Norweger? Die Franzosen? Die Belgier? Die Holländer? Die Tschechen? Die Polen? Und jetzt die Österreicher? Österreich hat heute, 14.20 Uhr, massive Grenzkontrollen eingeführt. Sind die alle populistisch? Und nur Herr Jarchow und die FDP oder

**(Dr. Bernd Baumann)**

die CDU sind klug, die das im Bund angeregt haben? Glauben Sie das wirklich? Das kann doch wohl nicht wahr sein. So viel zum Populismus.

(Heiterkeit bei *André Trepoll CDU* und vereinzelt bei der FDP)

Jetzt haben Sie noch die EU-Kommission angeführt. Ja, Sie lachen noch. Viele im Land, meine Damen und Herren, lachen nicht mehr. Das ist genau das Problem. Wenn ich Ihr Lachen sehe, ist das so etwas von unangemessen. Das größte Problem, das wir in der Nachkriegszeit vor Ort haben, hat schlimme Auswirkungen auf die verschiedenen Stadtteile und Bereiche.

(*Milan Pein SPD*: Hören Sie auf, hier herumzuschreien!)

Lassen Sie uns wieder auf die Argumente zurückkommen, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei den Fraktionen – Zuruf: Was wollen Sie denn sagen?)

Die EU-Kommission ist gerade genannt worden. Herr Juncker ist ein kleiner isolierter Mensch mit einer kleinen Kommission. Nun sind nur noch Frau Merkel und die Deutsche Regierung dabei, ansonsten steht keiner mehr im ganzen weiten Europa dahinter. Die EU-Kommission ist nicht mehr Europa, ist nicht Nord-, nicht West-, nicht Süd-, nicht Osteuropa. Die haben sich von der Kommission bei diesem Thema so etwas von entfremdet.

(Zuruf von *Carsten Ovens CDU*)

– Wenn Sie gleich die Rede halten wollen, melden Sie sich doch bitte, Herr Ovens. Ich bin gespannt auf Ihre Argumente. Von dahinten kann ich Sie schlecht verstehen.

Jetzt noch einmal zu dem Kernargument.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider** (unterbrechend): Einen Augenblick, Herr Dr. Baumann. Ich möchte bitten, dem Redner zuzuhören oder den Raum zu verlassen, damit es hier ein bisschen ruhiger wird.

(*Carsten Ovens CDU*: Der soll nicht so schreien!)

**Dr. Bernd Baumann AfD** (fortfahrend):\* Einerseits brüllen manche Leute hier. Deswegen spreche ich für die, die erreicht werden wollen, etwas lauter. Es tut mir leid, wenn es zu laut war. Aber wenn Ruhe im Saal ist, können wir uns alle dämpfen. Das wäre dem Thema auch angemessen.

Das Thema, die Einführung von Grenzkontrollen würden Europa spalten. Lassen Sie uns doch wenigstens heute mitnehmen, dass das nicht der Fall ist. Europa war geeinigt im großen Binnenmarkt, als es die Grenzen noch gab, und die riesige Spal-

tung, wie es sie noch nie gab, hat jetzt die Öffnung der Grenzen bewirkt. Die anderen wollen, dass wir sie schließen. Sie haben keine Angst davor, dass das passiert. Frankreich wünscht das, Belgien wünscht das, Holland wünscht das, Skandinavien wünscht das, Osteuropa sowieso und Südeuropa auch. Wir müssen das nur vernünftig abwickeln. Aber dazu müssen wir in der Lage sein, das Problem ins Auge zu fassen, und zwar nicht mit so vorgestanzten Argumenten, wie ich es jetzt gerade erlebt habe. Die Lage hat sich geändert, bitte holen Sie sich neue Argumente hinzu.

Das zweite vorgestanzte Argument, das immer wieder vorgebracht wird, ist, wir müssten die EU-Außengrenzen sichern, Schengen sozusagen komplettieren und dann die Binnengrenzen nicht stärker kontrollieren. Jetzt überlegen Sie sich einmal die logische Validität dieses Arguments. Wir sind also in der Lage, die EU-Außengrenzen zu schützen; das muss man dann zugestehen. Es ist möglich, die EU-Außengrenzen zu schützen. Es sei aber nicht möglich, Anfang des 21. Jahrhunderts die deutschen Grenzen zu schützen, sagt Frau Merkel, das gehe technisch irgendwie nicht. Das wollen Sie den Leuten in Griechenland und Italien klarmachen? Was für ein blödsinniges, dummes, unlogisches Argument angesichts dieser riesigen Probleme. Solche Argumente sind möglich, auf eine solche Logik wird Politik gebaut. Wir müssen wirklich grundsätzlich etwas ändern, auch in Ihren Köpfen, auch in unseren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider**: Vielen Dank. Wenn jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und ich sehe keine, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/2778 in der Neufassung an den Innenausschuss zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte sich dem Antrag der AfD-Fraktion anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 21/2665: Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2174: Planung der S-Bahn-Linie S4 – Fortsetzung der Planung – unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gemäß Paragraph 5 Regionalisierungsgesetz.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2174:**

**(Vizepräsidentin Christiane Schneider)****Planung der S-Bahn-Linie S4 – Fortsetzung der Planung – unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz (Senatsantrag)****– Drs 21/2665 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte heute nicht zu führen. Wir kommen also gleich zur Abstimmung.

Wer möchte sich zunächst Ziffer 1 der Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus Drucksache 21/2665 anschließen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Empfehlungen angenommen.

Wer darüber hinaus der Resolution aus Ziffer 2 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 angenommen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 70, Drucksache 21/2754, Antrag der CDU-Fraktion: Hamburgs maritime Wirtschaft in schwerer Krise – Aktionsplan zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Unterstützung der Hafenwirtschaft. Dazu liegt Ihnen die Drucksache 21/2922 vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion: Hamburgs maritime Wirtschaft in schwerer Krise – Aktionsplan zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Unterstützung der Hafenwirtschaft****– Drs 21/2754 –]****[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Der Hamburger Hafen braucht einen neuen Hafenentwicklungsplan****– Drs 21/2922 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Niedmers von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

**Ralf Niedmers** CDU:\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte vorhin mit Herrn Dr. Seeler noch versucht zu erreichen, dass wir den Antrag an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Dem hat er leider nicht zugestimmt. Also kann ich es Ihnen nicht ersparen, dass wir heute als CDU noch einmal eine Grundsatzdebatte über den Zustand des Hamburger Hafens in der Bürgerschaft führen werden.

Herr Tjarks, bitte machen Sie uns gegenüber nie wieder den Vorwurf, die CDU rede den Hafen schlecht. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Sie und Ihr SPD-Koalitionspartner in Hamburg liefern eine Steilvorlage nach der anderen, die im Ergebnis dazu führt, dass wir Sie politisch stellen müssen. Das tun wir in der Bürgerschaft, hier im Ple-

num, und das tun wir in den Ausschüssen, auch wenn es Sie schmerzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist doch völlig unübersehbar, dass der Streit in der Regierung über die Elbvertiefung inzwischen schon öffentlich über die "Bild"-Zeitung und das "Hamburger Abendblatt" ausgetragen wird. Völliges Versagen der Regierung. Völliges Versagen beim Sedimentmanagement. Hier haben wir auch erst auf massiven Druck der CDU-Fraktion hin eine Befassung im zuständigen Wirtschaftsausschuss erreicht. Hätten wir diesen öffentlichen Druck nicht gehabt, hätte diese Befassung so nicht stattgefunden. Das Gleiche gilt auch für die Elbvertiefung. Sie behindern nach wie vor Infrastrukturprojekte wie beispielsweise die Westerweiterung im Hafen, und erst in der letzten Woche haben wir die Unterlagen bekommen, wonach wir Akteneinsicht vornehmen können. Eine FDP-Anfrage hatte zuvor ergeben, dass das Parlament noch nie so lange wie in diesem Fall bei der Hafenwesterweiterung nach einer Beschlussfassung darauf warten musste, dass ihm von einer jetzt grünen Behörde Akten vorgelegt werden. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Als weitere Steilvorlage kann ich Ihnen die Gebührenerhöhungen nennen, die durch die HPA ständig vorangetrieben werden, Hafenumieten et cetera. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn das dann anschließend auch hier im Parlament diskutiert wird.

Was aber noch viel schlimmer ist – wir haben das gestern Abend auch bei Herbert Schalthoff besprochen –: Inzwischen müssen Hafenunternehmen die Stadt verklagen, damit die Stadt ihre vertraglich zugesicherten Leistungen in der Infrastruktur gegenüber diesen Hafenunternehmen erbringt. Stellen Sie sich das bitte einmal vor. Sie wollen Leistung im Hafen abliefern, können es aber nicht, weil die Regierung beziehungsweise die nachgeordneten Institutionen nicht in der Lage sind, garantierte Liegewannentiefen zu liefern, und dann muss sich die betroffene Firma an das Hamburger Gericht wenden, um erst einmal im einstweiligen Rechtsschutz Recht zu bekommen – das war die erste dicke, fette Klatsche für Rot-Grün –, und muss jetzt im Hauptsacheverfahren dafür sorgen, dass die Stadt ihren Verpflichtungen nachkommt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Beifall bei CDU und der FDP)

So behandelt man im Übrigen auch die Wirtschaft nicht. Und wie ich schon gesagt habe, diese Themen werden immer nur dann angefasst, wenn wir massiven Druck aufgebaut haben. Wir fragen uns, warum Sie sich das eigentlich antun.

Unser CDU-Ansatz ist es, dass der Hamburger Hafen als Welthafen erhalten bleiben muss; das ist

**(Ralf Niedmers)**

das oberste Ziel. Wir wollen nicht, dass Hamburg sich zum Provinzhafen entwickelt. Und dafür werden wir politisch alles tun, um diesen Kurs zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Ihnen allen muss klar sein, dass vom Hamburger Hafen mittelbar und unmittelbar über 156 000 Arbeitsplätze abhängen. Das heißt, wir als Politiker müssen dafür Sorge tragen, dass diese Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden, im Zweifelsfall sogar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Denn wie wollen wir überhaupt in dieser Stadt Integration erreichen und leben, wenn es die Gefahr gibt, dass durch ein Upgrade des Hamburger Hafens zum Provinzhafen sogar noch massive Arbeitsplatzverluste eintreten?

In der letzten Woche hatten wir ein interessantes Hintergrundgespräch mit Entscheidern aus der Hamburger Hafenvirtschaft. In diesen nicht öffentlich stattfindenden Diskussionen wurde sehr deutlich, dass es erhebliche Sorgen auf der Hafenmanagementseite gibt, bei den Betreibern, bei den Machern an der Kaianlage, dass es dieses Jahr aufgrund des Versagens von Rot-Grün in der Bereitstellung von Infrastruktur zum ersten Mal dazu kommen wird, dass Arbeitsplätze abgebaut werden könnten. Stellen Sie sich einmal die Schlagzeilen vor, die wir dann im Herbst zum ersten Mal hier haben.

Auch das Märchen von den drei heißen Sommern werden wir nicht mehr gelten lassen, wenn es um das Sedimentmanagement geht. Da wird auch immer wieder in liebevoller Wiederholung versucht zu sagen, das Wetter sei zu gut gewesen und deswegen habe man es mit dem Sedimentmanagement nicht geschafft. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das heißt, Hamburg muss in Kürze die entsprechenden Verträge bereitstellen und mit Schleswig-Holstein verhandeln. Dann wollen wir bis zum 31. März 2016 Ergebnisse sehen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ich empfehle die Drucksache 21/2795!)

Weil diese Gemengelage für den Hafen so hoch problematisch ist, hat sich die CDU dazu entschlossen, einen Zehn-Punkte-Plan ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider** (unterbrechend): Einen Augenblick bitte. Ich möchte die Kollegen in der letzten Reihe ermuntern, entweder hinauszugehen oder sich hinzusetzen und dem Redner zu lauschen. Danke schön. – Sie können fortfahren, Herr Niedmers.

**Ralf Niedmers** CDU (fortfahrend):\* Vielen Dank.

Weil die Gemengelage so hochproblematisch ist, hat sich die CDU entschlossen, einen Zehn-Punk-

te-Plan aufzulegen. Dieser Zehn-Punkte-Plan liegt Ihnen vor. Herr Tjarks hat ihn sogar gelesen, tolle Leistung, Hut ab.

(Jörg Hamann CDU: Das weiß man bei dem nie!)

– Ich unterstelle ihm einmal, dass er zumindest ansatzweise weiß, worüber wir reden.

Ein sehr wichtiger Punkt dabei ist, dass der Senat aufgefordert wird sicherzustellen, dass in jedem Hafenbecken die Sollwassertiefen herzustellen und auch dauerhaft zu garantieren sind. Sicherzustellen ist auch, dass ein wirtschaftlicher Schaden für die Hafenbetriebe im Zusammenhang mit Versäumnissen der Stadt entstanden ist und für diesen wirtschaftlichen Schaden die Freie und Hansestadt Hamburg aufkommen muss.

Wir wollen auch, dass uns im Ausschuss einmal darüber berichtet wird, welche Fälle es noch gibt, wo weitere Hafenbetriebe eventuell auch schon die Stadt verklagen oder in Kürze werden verklagen müssen, weil die Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Da gibt es mit Sicherheit auch Vorkorrespondenz, auf die wir sehr gespannt sind.

Wir wollen endlich, dass diese Übergangsregelung zum Nichtbaggern in der Tideelbe so lange ausgesetzt wird, bis alle Wassertiefen hergestellt sind. Es ist durch die Freie und Hansestadt Hamburg in Verhandlungen mit dem Land Schleswig-Holstein – darauf habe ich gestern schon deutlich hingewiesen – sicherzustellen, dass auch die Schleswig-Holsteiner ein vitales Interesse daran haben müssen, so eine Vereinbarung abzuschließen, denn viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner arbeiten auch im Hamburger Hafen. Deshalb muss es eine Verhandlungslösung geben, die dazu führt, dass wir in Zukunft in der Nordsee Sediment in großen Mengen verklappen können.

(Beifall bei der CDU)

Hier erwarten wir, dass der Hamburger Senat bis zum 31. März 2016 vorlegt; das ist der Anspruch. Wir wollen auch, um dauerhaft Handlungsalternativen jedenfalls für die belasteten Sedimente zu haben, dass die Erkundung für eine Schlickdeponie beziehungsweise das Genehmigungsverfahren für diese eingeleitet wird. Und wir wollen ebenfalls, dass die strukturellen Kürzungen von jährlich 23 Millionen Euro für die Hafinfrastruktur zurückgenommen werden – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, da werden eben einmal so ganz nonchalant 23 Millionen Euro jährlich für den Hafen gekürzt. Wir wollen, dass SPD und GRÜNE sich dafür einsetzen. Da sind auch Sie, Herr Senator Horch, gefragt, auch wenn Sie jetzt sozusagen etwas in der Ecke sitzen. Wir wollen, dass Sie sich dafür einsetzen, dass das zurückgenommen wird.

**(Ralf Niedmers)**

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse FDP*)

Wir wollen auch keine weiteren Gebührenerhöhungen im Hamburger Hafen, jedenfalls so lange nicht, bis wir nicht endlich erkennen können, dass es mit der Hafenvirtschaft solide weitergeht. Wenn am Ende die Leistung wieder stimmt und Sie Hochleistungen für die Hafenbetriebe erbringen, dann dürfen auch Gebühren wieder angepasst werden, aber nicht, solange Sie die Nichtleister schlechthin sind und viele Versäumnisse haben. So lange dürfen Sie die Gebühren nicht weiter anpassen.

Last, but not least wollen wir sicherstellen, dass das Bewusstsein in der Koalition dafür geschärft wird, dass auch die GRÜNEN werden erkennen müssen, dass sie sich für die Elbvertiefung und auch im Rahmen des Gerichtsverfahrens weiter engagieren müssen und dass diese Obstruktionspolitik durch die Hintertür endlich aufhören muss. Wir werden es nicht akzeptieren, wenn Sie als GRÜNE so tun, als würden Sie das vordergründig unterstützen müssen, weil Sie irgendeinen Vertrag oder irgendein geheimes Zusatzprotokoll zu diesem Vertrag unterschrieben haben, worin vielleicht andere Schlechtigkeiten stehen. Wir werden Sie bei jedem weiteren Versuch, das Gerichtsverfahren zu torpedieren, stellen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb seien Sie schlau, tun Sie etwas für die Zukunft des Hamburger Hafens. Sorgen Sie dafür, dass Hamburg weiterhin Universal- und Welthafen bleibt. Sorgen Sie weiter dafür, dass wir über 156 000 Arbeitsplätze mittel- und unmittelbar über den Hafen sichern können, und stimmen Sie diesem Antrag zu. Dann tun Sie heute einmal etwas Anständiges. Ich kann Ihnen das nur schwer ans Herz legen.

Ich würde in diesem Zusammenhang auch noch gern zu dem Zusatzantrag der LINKEN ein paar Worte verlieren. Es ist immer toll zu sagen, die Lage sei so schlecht, dass wir einen neuen Hafententwicklungsplan brauchen. Wir glauben aber, dass man mit klarem politischen Willen und klarem, konturiertem Handeln die meisten Probleme, die wir aktuell im Hafen haben, lösen kann. Das ist in erster Linie eine Frage des politischen Willens und in zweiter Linie eine Frage der politischen Durchsetzungsfähigkeit. Daran scheint es zu hapern, weil unserer Meinung nach die GRÜNEN so systematisch bremsen, dass die Sozialdemokratie an vielen Stellen gar nicht weiterkommt. Aber das werden wir Ihnen beiden nicht durchgehen lassen.

Deshalb sagen wir, dass ein Hafententwicklungsplan als Alternative in den nächsten Jahren vielleicht neu aufzulegen ist, mit Sicherheit aber nicht jetzt, weil die meisten Probleme, die wir jetzt ha-

ben, auch durch einen neuen Hafententwicklungsplan nicht wirklich gelöst werden können, sondern hier kommt es in allererster Linie darauf an, dass Sie, Herr Senator Horch, PS auf die Straße bringen. Notfalls, wenn Sie das nicht geregelt bekommen, müssen wir uns eben an den Ersten Bürgermeister wenden, der offensichtlich schon nicht mehr da ist, weil ihn das alles nicht interessiert.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Rose SPD*: Was reden Sie denn für'n Zeug?)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Niedmers. – Jetzt hat Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Joachim Seeler SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will einmal versuchen, in den Kessel "Buntes der Hafenvolitik der CDU" ein bisschen Struktur zu bringen und ein wenig auf den Antrag einzugehen, den Sie uns heute vorgelegt haben. Sie gehen ganz richtig in der Einleitung auf das Thema Containerverkehr ein. Dieses Thema werden wir in der Tat intensiv beobachten müssen. Wir haben im vergangenen Jahr seit langer Zeit erstmals einen Rückgang von 10 Prozent im Containerumschlag gehabt. Wir sind damit etwa auf das Niveau von 2012 zurückgefallen. Aber die Gründe, die wir seit Längerem auch in den Ausschüssen debattieren, sind uns eigentlich wohlbekannt. Wir wissen, dass das Russlandembargo den Umsatz belastet hat. Wir wissen, dass die rückläufige Konjunktur an der Stelle den Umsatz im Containerumschlag belastet hat. Wir kennen die Problematik der Feederverkehre, aufgrund niedriger Treibstoffkosten heute eher um Dänemark herumfahren zu müssen als den Nord-Ostsee-Kanal zu nutzen. Wir wissen auch, dass neue Reederei-Allianzen teilweise ihre Routen neu belegen.

Aber wir müssen auch sehen, dass wir in dem Bereich in einer globalen Veränderung leben, dass inzwischen der Containerverkehr weltweit lange nicht mehr so dynamisch wächst wie in den letzten Jahren. Die Globalisierung, die wir in den vergangenen 25 Jahren erlebt haben, kommt in ihren Transportströmen auf ein gesättigtes Niveau. Normalerweise hatten wir früher die Relation, wenn die Weltwirtschaft um 2 Prozent wächst, wächst der Containerverkehr mindestens um 4 Prozent, wenn nicht sogar um 6 Prozent, und im Jahr 2015 müssen wir feststellen, dass erstmals Containerverkehr weniger wachsen als die Weltwirtschaft.

Sie stellen jetzt ab auf Rotterdam und Antwerpen und sagen, das seien tolle Häfen, die würden doch wachsen. Sie blenden dabei völlig aus, dass derzeit in Holland gerade zwei Häfen geschlossen werden, nämlich Amsterdam und Zeebrügge. Damit verbunden ist in Holland eine Verlagerung von 3 Millionen TEU in Richtung Antwerpen und Rotterdam. Und nebenbei bemerkt, die Zahl im Antrag ist

**(Dr. Joachim Seeler)**

nicht korrekt, Rotterdam ist im vergangenen Jahr nicht gewachsen, sondern leicht geschrumpft, und in Antwerpen ist das Wachstum ausschließlich mit der Verlagerung von Amsterdam und vor allen Dingen von Zeebrügge nach Antwerpen hin zu begründen. Das sind in Wahrheit die Gründe, die dort zum Wachstum führen.

Wenn Ihr Modell jetzt ist, in Deutschland Häfen zu schließen, um alle Verkehre nach Hamburg zu holen und damit Wachstum zu generieren, dann müssen Sie es sagen. Das kann ich mir aber schwer vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Dann fordern Sie in Ihrem Antrag den Erhalt des Universalhafens. Das ist interessant, denn in dem gesamten Antrag wird Massengutumschlag nicht einmal erwähnt. Massengutumschlag steht für knapp 40 Prozent des Umschlags im Hamburger Hafen. Das steht nicht in ihrem Zehn-Punkte-Programm. In Ihrem gesamten Antrag findet sich nicht einmal dieser Begriff des Massengutumschlags. Wir wissen, dass wir 2015 ein erneut erfolgreiches Jahr im Massengutumschlag

(*Ralf Niedmers CDU: Dank Profort!*)

mit ersten sehr positiven Wachstumsprognosen für das Gesamtjahr haben, etwa im Bereich Getreide, im Bereich Kohleumschlag, sodass wir insgesamt nach dem Rekordjahr – wir hatten 2014 ein Rekordjahr; noch nie hatten wir einen Seegüterumschlag von 145 Millionen Tonnen im Hamburger Hafen – heute aufgrund der aktuellen Prognosen für 2015 mit etwa 140 Millionen Tonnen rechnen; das ist das Niveau von 2013. Das bezeichnen Sie nun als Krise. Ich möchte einmal wissen, welche Debatte wir führen werden, falls wir wirklich einmal in eine Krise hineinfahren sollten.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, das Thema Verschlickung: Sie haben zum Bereich Verschlickung gesprochen, lieber Herr Niedmers. Auch da müssen wir feststellen, dass die Begründung – das kann man sehr ausführlich nachlesen – richtig ist, denn wir hatten tatsächlich drei extrem warme Sommer. Erinnern Sie sich doch nur einmal an die Bilder im Sommer vergangenen Jahres, als die Binnenschifffahrt an der Oberelbe trocken lag und dadurch die Fähigkeit, durch einen hohen Wasserdurchfluss der Elbe selbst Sedimente zu entsorgen, massiv eingeschränkt war. Im Jahr 2015 sind in der Elbe 11 Millionen Kubikmeter ausgebaggert worden. Das hat es noch nie gegeben.

(*Ralf Niedmers CDU: Falsch gebaggert!*)

Das Rekordjahr bisher war das Jahr 2004 mit 8 Millionen Kubikmetern. Ich glaube, das bedeutet alles andere, als dem Senat oder der HPA Untätigkeit vorzuwerfen. Derzeit werden pro Woche bis zu 500 000 Kubikmeter Schlick mit drei Baggern, ab

März auch noch mit einem vierten Bagger gebaggert. Derzeit arbeitet die BWVI intensiv zusammen mit anderen Länderbehörden an einem Gesamtkonzept Sedimentmanagement. Das ist notwendig, weil wir weit nach vorn sehen müssen. Wir haben zurzeit drei Optionen im Bereich Sediment: Verlagerung und Endlager, das Thema Landdeponie, da sind wir immer in den Hundertausender Kubikmetern. Das wird uns bei dem Problem nicht wirklich helfen.

Wir haben das Thema Neßsand mit seinen bekannten Einschränkungen, und wir haben das Thema Tonne E3. Wir als SPD setzen uns sehr stark dafür ein, dass wir das Antragsverfahren für eine Verbringung außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone einleiten. Dafür gibt es ein Seeeinbringungsgesetz, das grundsätzlich erlaubt, dies zu machen. Aber wir müssen auch berücksichtigen, dass dies ein zwei- bis dreijähriges Antragsverfahren erfordert, weil nämlich alle anderen Bundesländer diesem Beschluss unter Genehmigung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrografie zustimmen müssen.

Dann haben Sie das Thema Investition angesprochen. Das ist besonders spannend. Ich freue mich, dass wir inzwischen einen Konsens darin haben, öffentliche Haushaltsmittel für den Hafen einzusetzen. Das war früher bei der CDU nie so ganz klar, um es einmal vorsichtig zu sagen, als noch das Thema "Hafen finanziert Hafen" bei Ihnen vorherrschte. Aber darin sind wir uns inzwischen, glaube ich, wirklich einig.

Sie beziehen sich mittelbar auf diese Drucksache 21/1395, und es empfiehlt sich bei Drucksachen, auch immer einmal den Anhang zu lesen. Denn es ist in Wahrheit keine Kürzung von 23 Millionen Euro, die hier in den Raum gestellt wird, sondern eine Liquiditätsverlagerung für die Flüchtlingsunterbringung. Diese 23 Millionen Euro sind in dem Ansatz mit einer Verpflichtungsermächtigung gekennzeichnet. Das heißt, wenn die Mittel für die Projekte jetzt doch benötigt werden würden, würden sie auch fließen. Ich glaube, das ist alles andere als eine sogenannte, wie Sie es genannt haben, strukturelle Kürzung der Investition, es ist wirklich nur eine Liquiditätsverlagerung, und die Verpflichtungsermächtigung stellt sicher, dass kein Projekt darunter leidet.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Man muss an dieser Stelle wirklich einmal sagen, dass im Hamburger Hafen kein sinnvolles und wichtiges Investitionsvorhaben daran scheitert, dass kein Geld zur Verfügung stehe. In Wahrheit sind unsere Restriktionen völlig andere, vor allen Dingen das Planungsrecht und die langen Genehmigungsdauern und eben nicht die fehlenden Mittel. Die Fahrrinnenanpassung hat sich doch nicht verzögert, weil keine Investitionsmittel seitens der

**(Dr. Joachim Seeler)**

Stadt Hamburg zur Verfügung gestellt worden sind. Es sind andere Gründe, die uns allen bekannt sind.

Dann kommen Sie wieder auf das Thema Fahrinne, das wir schon sehr oft diskutiert haben, zu sprechen. Wenn man sich die Komplexität und die Langwierigkeit dieses Verfahrens vor Augen führt, dann ist es eigentlich wirklich an der Zeit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der BWVI, bei der HPA, bei der Bundeswasserstraßenverwaltung, bei den Unternehmen, die uns gutachterlich begleiten, endlich einmal dafür zu danken, dass sie einen wirklich guten Job machen.

*(Michael Kruse FDP: Die Umweltbehörde haben Sie dabei aber vergessen! – Gegenruf von Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Danke, dass Sie uns daran erinnern!)*

– Und die Umweltbehörde, lieber Herr Kruse, extra für Sie, erwähne ich natürlich auch.

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen einen wirklich hervorragenden Job. Sie haben zwischen dem 13. November und 23. Dezember 2015 ein erneutes Beteiligungsverfahren organisiert. Die Ergebnisse werden gerade eingearbeitet, und ab spätestens dem 2. Quartal liegt der Vorgang komplett nachgearbeitet beim Bundesverwaltungsgericht. Ich bin sehr sicher, dass wir am Ende auch die Zustimmung bekommen werden.

*(Beifall bei der SPD)*

Auffällig an Ihrem Antrag ist, dass Sie Hafentpolitik ausschließlich über Containerverkehr definieren.

*(Zuruf: Das stimmt nicht!)*

Containerverkehr ist wirklich wichtig für den Hafen, das ist überhaupt keine Frage, aber wir müssen doch heute Hafentpolitik als maritime Standortpolitik mit vielen Einflussgrößen auffassen und verstehen. Dazu gehören natürlich der Hafenumschlag, maritime Finanzierung, das Thema Beratungsstrukturen – wir haben zum Beispiel eine sehr gute Schiffsmaklerinfrastruktur in Hamburg –, der Bereich Forschung und Entwicklung, die lokale Industrie und der lokale Absatz. Es ist interessant zu sehen, dass vor sechs Monaten die Stadt Oslo für ihren Hafen eine Umfrage gemacht hat, welcher weltweit der wettbewerbsfähigste maritime Standort sei. Dazu wurden 1 600 Teilnehmer aus der Schifffahrt in 32 Ländern befragt, mit dem Ergebnis, dass Hamburg auf Platz 2 liegt.

*(Ralf Niedmers CDU: Aber die Schiffe kommen nicht rein!)*

Dies wird nur übertroffen von Singapur. Es sind nämlich genau diese fünf Punkte, die hier zusammenwirken, gewertet worden. Das ist eine Auszeichnung des maritimen Standortes Hamburg, und es ist wirklich alles andere als eine Krise, die Sie hier herbeizureden versuchen.

*(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)*

In diesem Kontext müssen wir auch verstehen, warum wir uns etwa für die HSH Nordbank so stark eingesetzt haben. Die HSH Nordbank hat nämlich als Institut gerade im Bereich der maritimen Finanzierung einen sehr wichtigen wirtschaftspolitischen Auftrag. Und wir können es uns eben nicht leisten, wie teilweise von der LINKEN gefordert wurde, eine Abwicklung von heute auf morgen durchzuführen. Denn hinter jeder Finanzierung stehen Investitionen, Arbeitsplätze, ein Stück Geschäftsfeld bei vielen Kunden in Hamburg. Das alles wollen wir erhalten. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die HSH Nordbank in neuer Eigentümerstruktur auch langfristig arbeiten kann. Deswegen haben wir Ihnen beispielsweise vor einigen Monaten den Antrag vorgelegt, ein deutsches maritimes Forschungszentrum zu gründen, weil auch das für den maritimen Standort von größter Bedeutung ist, um die Innovation weiter auf den Weg zu bringen.

Zusammenfassend zu Ihrem Antrag sei gesagt: Dieser Antrag ist nun wirklich kein Erkenntnisgewinn für uns in diesem Haus, vielmehr muss man feststellen, dass wir die wesentlichen Themen, zum Beispiel Verschlickung, am 5. Januar 2016 im Wirtschaftsausschuss mit der Geschäftsführung der HPA und mit der Wirtschaftsbehörde ausführlich diskutiert haben, dass wir am 14. Januar 2016, vergangene Woche, mit dem Vorstand der HHLA das Thema Hafentstrategie, Containerumschlag, Fortentwicklung des Unternehmens ausführlich diskutiert haben. Auch deswegen ist eine Überweisung zurzeit nicht angebracht; das würde uns nicht wirklich weiterbringen.

Zum Zusatzantrag der LINKEN nur ganz kurz: Sie, lieber Herr Hackbusch, haben hier noch einmal das Thema Logistik GmbH HHLA hineingeschrieben, also die Schließung des Betriebs im Überseezentrum. Sie müssen verstehen – das hat uns doch Herr Peters in der Ausschusssitzung, an der Sie zumindest überwiegend teilgenommen haben, sehr ausführlich dargelegt –, dass auch das Geschäftsmodell der HHLA sich in einem dynamischen Umfeld entwickelt. Da gibt es Geschäftsfelder, die sich ausbauen lassen, wie etwa der Hinterlandverkehr oder die Bahnverbindung; die HHLA verfügt inzwischen über 13 Bahnterminals in Osteuropa. Aber es gibt leider auch andere Geschäftsfelder, die eben nicht diesen Wachstumserwartungen entsprechen, und von ihnen muss man sich im Zweifel lösen. Dazu gehört, das ist in der vergangenen Woche sehr ausführlich begründet worden, eben auch die Logistik GmbH.

Sie haben in dem Zusammenhang noch einmal auf das Thema Buss im mittleren Freihafen hingewiesen. Das hat bei Ihnen immer so den Tenor, als verdränge die Stadt dort irgendeinen Betrieb. Sie kennen den Vorgang: 2009, damals noch unter

**(Dr. Joachim Seeler)**

CDU-Senator Gedaschko und dem CDU-Senat, wurde ein einvernehmlicher Vertrag mit dem Unternehmen abgeschlossen, dass es die Fläche aufgibt. 2012 wurde der Vertrag vom SPD-Senat noch einmal um vier Jahre verlängert, und nun läuft er Ende 2016 aus. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass wir einen neuen Standort im Hafen für Buss finden, aber das hat nichts damit zu tun, dass irgendein Betrieb verdrängt oder rausgeschmissen wird; genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Deswegen schließe ich mich an der Stelle der Argumentation des Kollegen Niedmers an: Jetzt über einen neuen Hafententwicklungsplan zu debattieren ist nicht der richtige Weg. Er entstammt dem Jahr 2012, ist also noch vergleichsweise aktuell. Übrigens werden gerade viele Einzelmaßnahmen im Hafententwicklungsplan sehr erfolgreich umgesetzt. Das kann man dort alles nachlesen. Deswegen, glaube ich, ist auch der Zusatzantrag nicht wirklich hilfreich.

Also, im Fazit plädieren wir dafür, den Antrag der CDU nicht anzunehmen und auch nicht zu überweisen. – Ich danke Ihnen zu später Stunde für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Christiane Schneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Seeler. – Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben nun das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem wir hier zweimal die Tour de Raison des Hafens gemacht haben, könnte ich mich jetzt mit einem dritten Mal anschließen. Wir haben allerdings, Herr Niedmers, die Themen Elbvertiefung und Hafenschlick, wie der Kollege Seeler gerade gesagt hat, schon im Ausschuss diskutiert, und genau deswegen überweisen wir diesen Antrag jetzt auch nicht noch einmal, um ihn noch einmal mit Ihnen diskutieren zu müssen. Denn das war, glaube ich, für das, was Sie davon verstanden haben, nicht äußerst ergiebig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich es einmal so sagen darf: Gerade beim Thema Hafenschlick führt das, was Sie als anständigen Antrag bezeichnen, zumindest dazu, dass das, was Sie eigentlich erreichen wollen, nämlich die Elbvertiefung, vor Gericht gar nicht mehr durchsetzbar ist. Es hängt nämlich nicht mit dem zusammen, wie Sie das Sedimentmanagement betreiben wollen. Aber auch das erkläre ich Ihnen gleich gern.

Beim Thema Sedimentmanagement steht immer das Gerücht im Raum, dass die Verhandlungen mit Schleswig-Holstein sofort abgeschlossen werden müssten, weil es überhaupt keine Kapazitäten mehr gebe. Das ist einfach falsch. Wir haben noch die Möglichkeit, 1,5 Millionen Kubikmeter Schlick in die Nordsee zu verklappen, und deswegen können wir das vernünftig in Ruhe machen und bis Frühjahr/Sommer nächsten Jahres fertig sein. Herr Niedmers, vielleicht beruhigt es Sie zu hören, da die GRÜNEN auf der einen wie auf der anderen Seite der Landesgrenze sitzen: Wir finden auf beiden Seiten eine Landesgrenze richtig, und deswegen wird es am Ende auch erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Sie fordern jetzt ganzjährige Baggerarbeiten mit einer Verklappung des Schlicks bei Neßsand. Sie fordern, dass man ihn aus dem Köhlbrand herausholt, ihn dann ein paar Kilometer bis kurz vor die Landesgrenze fährt, ihn dort wieder herunterkippt und der Schlick wieder zurückkomme; das sollten wir ganzjährig tun.

Das, Herr Niedmers, würde erstens dazu führen, dass wir wirklich den totalen Kreislauf haben, dass wir nicht nur Geld ohne Ende ausgeben, sondern auch gar keinen Effekt haben. Zweitens würde es dazu führen, dass Sie starke Schwebestoffe im Elbwasser haben würden, und zwar genau da, wo das Wasser ohnehin schon Probleme mit dem Sauerstoffgehalt hat, sodass die Wasserqualität der Elbe sich nachhaltig enorm verschlechtern würde und Sie wahrscheinlich große Probleme hätten, dem Bundesverwaltungsgericht beizubringen, dass sich die Wasserqualität der Elbe nicht verschlechtert, wenn Sie die Fahrrinnenanpassung durchsetzen wollen. Deswegen ist es nicht nur teuer, sondern auch in der Sache nicht sinnvoll.

(*Jörg Hamann CDU:* Das stimmt doch gar nicht! Wovon reden Sie denn?)

– Herr Hamann, Sie können sich gleich noch einmal zu dem Thema melden. Ich glaube, die CDU hat noch ein bisschen Redezeit.

Dann haben wir eine Diskussion um Mindertiefen.

(Zuruf von *Ralf Niedmers CDU*)

Um das Wort von Herrn Niedmers zu verwenden, es würden jetzt immer Märchen erzählt: Dazu empfehle ich Ihnen, einfach einmal einen Blick in die Anfrage des Abgeordneten Kruse, Drucksache 21/2795, zu werfen. Da kann man für jedes Jahr sehen, wie hoch der Oberwasserflächenabfluss gewesen ist. Dann können Sie erkennen, dass der Oberflächenwasserabfluss in den Jahren 2013 auf 2014 sich halbiert hat und in den letzten 15 Jahren noch niemals so niedrig war wie in den letzten zwei Jahren. Das führt dazu, dass der Tidal Pumping Effect die Schwebestoffe in Richtung Hafen drückt,

**(Dr. Anjes Tjarks)**

und deswegen muss man so viel baggern. Das ist ein natürliches Phänomen, gegen das man anbaggern kann, aber es gibt da momentan begrenzte Möglichkeiten. Damit müssen Sie umgehen, wenn Sie immer fordern, die Stadt solle alle einfach immer pro aktiv entschädigen. Herr Niedmers, das ist absurd, und Sie verstehen überhaupt nicht, wie das mit den Schwebestoffen funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Ralf Niedmers CDU*)

Ich finde immer besonders interessant, dass Sie jetzt sehr viel Landlagerung von Schwebestoffen betreiben wollen, dass Sie die Deponiekapazitäten, die Landkapazitäten,

(Zuruf von *Ralf Niedmers CDU*: Belastete Stoffe!)

die im Übrigen noch für 15 Jahre reichen, weiter konkretisieren wollen, dazu noch Moorburg und am besten wahrscheinlich auch Kirchsteinbeck bebauen. Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Landbehandlung dreißigmal teurer als die Verkipfung in Neßsand und fünfmal teurer als das Verschütten in die Nordsee ist. Herr Niedmers, ich freue mich auf Ihren Haushaltsantrag, wenn Sie auf der einen Seite niemals Gebühren erhöhen wollen und auf der anderen Seite immer kostspielige Projekte in den Raum werfen, für die Sie überhaupt kein Geld bereitstellen. Das ist in der Sache nicht durchdacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Entscheidend ist, dass wir jetzt das, was wir begonnen haben und das der letzte SPD-Senat aus meiner Sicht relativ erfolgreich gemacht hat, nämlich das Forum Sedimentmanagement und dessen Ergebnisse, vernünftig in praktische Politik übertragen. Alle Stakeholder inklusive der Umweltverbände waren sich darin einig, dass es am sinnvollsten sei, die Sedimente aus dem inneren Elbeästuar auszutragen. Das ist unter ökonomischen Gesichtspunkten das Beste, das ist unter ökologischen Gesichtspunkten das Beste. In diesem Zusammenhang werden wir mit Schleswig-Holstein erfolgreich verhandeln, dass wir das auch tun können, weil es völlig absurd ist, dass der Bund das für die Bundeswasserstraße darf, wir aber als Hamburg nicht, und das werden wir im Jahr 2016 ändern. Der Oberflächenwasserabfluss wird sich eventuell nicht wieder so schnell ändern. Das heißt, wir könnten in diesem Bereich auch nachhaltige Probleme haben. Aber das, was wir tun können, das werden wir tun, und zwar wesentlich durchdachter als das, was Sie hier vorschlagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Das Wort erhält Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde jetzt die Diskussion nicht mit Themen wie weitere Schwebestoffe und Sedimente anreichern. Ich habe nicht den Eindruck, dass das eine vernünftige Debatte ist, die man im Plenarsaal führen sollte; dazu hatten wir auch etliche andere Diskussionen. Sie zu führen ist allerdings absolut notwendig.

Es geht mir aber um den Punkt, dass Herr Seeler und in gewisser Weise auch Herr Tjarks behaupteten, es gebe keine Krise des Hamburger Hafens. Darüber, finde ich, muss man diese Debatte wirklich noch einmal führen.

Ich möchte Sie an zwei aktuelle Dinge erinnern. Eines haben Sie selbst schon genannt, nämlich das Thema HSH Nordbank und die Kosten, die allein dies für die Stadt bedeutet hat. Im Wesentlichen verdanken sie sich, darüber sind wir uns einig, einer Krise der Seeschifffahrt. Ihre Idee ist, die HSH Nordbank langfristig zu retten, damit der Hamburger Hafen in der Zukunft nicht so stark belastet wird. Diesbezüglich bin ich etwas anderer Auffassung – das muss hier aber nicht debattiert werden –, denn dieses Vorhaben kostet Milliarden von Euro. Die gegenwärtigen Investitionen in Hapag-Lloyd und dass wir dort die Mehrheit gekauft haben – was ich durchaus unterstützt habe –, hat Hunderte Millionen Euro gekostet, wie man momentan sieht, und nur allein wegen des Hafens. Zählt man diese Milliarden Euro zusammen und sagt dann, es gebe keine Krise des Hafens, so bedeutet das, der Wirklichkeit nicht ins Auge blicken zu wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Anhörung haben Sie Herrn Peters nach verschiedenen Reedereien nachgefragt. Wir haben festgestellt, dass Hunderte von kleinen Reedereien in Hamburg und an der Elbe in der nächsten Zeit pleitegehen werden. Auch das ist ein riesiges Problem und eine Auswirkung, die Hamburg zu tragen hat und mit der wir uns auseinandersetzen haben.

Das sind aber in diesem Zusammenhang nicht die Kernbereiche der Hamburger Politik. Das wesentliche Instrument ist der Hafenenwicklungsplan. Er war immer bestimmt von dem Mantra TEU, nicht toi, toi, toi, sondern von den Containereinheiten, und in seiner pessimistischen Variante hat er festgestellt, dass wir im Jahr 2015 12,4 Millionen TEU im Hamburger Hafen haben werden. Was haben wir jetzt? Unter 9 Millionen TEU. Das bedeutet doch, dass die gesamten wesentlichen Planungen zu verändern sind. Derjenige, der das nicht tut, geht die Aufgaben nicht an, die im Hamburger Ha-

**(Norbert Hackbusch)**

fen und für die Hamburger Wirtschaft anzugehen sind. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie das beschönigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was kommt dazu als Argument von Ihnen? Ja, der Massengutumschlag. Herr Seeler, Sie wissen, dass sich im Wesentlichen der Massengutumschlag dem Kohlekraftwerk Moorburg verdankt hat. Das war der entscheidende Faktor, der die Zahlen nach oben getrieben hat. Jetzt streuen Sie uns Sand in die Augen und sagen Leuten, die vielleicht keine Ahnung haben, das seien doch tolle Zahlen. Was ist das für eine Naivität. Mit so etwas darf man keine Hafenpolitik machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Auch zu den anderen von uns angesprochenen Punkten möchte ich Ihnen etwas sagen, beispielsweise zum Punkt Überseezentrum. Abgesehen von den Meldungen, die in den kommenden Tagen wahrscheinlich verstärkt in der Öffentlichkeit verbreitet werden, seien Sie doch darüber glücklich, dass wir uns mit unserer Olympia-Gegnerschaft durchgesetzt haben. Überlegen Sie doch einmal, was die HHLA dafür bekommen hätte, wenn wir das Überseezentrum für Olympia verkauft hätten. Jetzt wollen Sie selbst es schließen. Wir haben dem Hamburger Senat viel Geld damit gespart, dass Olympia abgelehnt worden ist. Das aber nur nebenbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Unabhängig davon sind das Überseezentrum und die Logistik GmbH natürlich auf eine bestimmte Art und Weise Stückgutverkehr im Hamburger Hafen. Der Universalhafen – übrigens eine ähnliche Palette, die bei Buss Hansa gegenwärtig gemacht wird –, ist nicht nur deswegen interessant, weil dort gemessen am Umsatz überproportional viele Menschen beschäftigt sind, sondern weil er besondere Warenströme nach Hamburg bringt und eine Vielfalt dieses Hafens aufzeigt. Deswegen sagt Herr Horch auch immer gern, es sei so wichtig, einen Universalhafen zu haben. Umso dramatischer ist es, dass in diesem Bereich zwei Unternehmen in der nächsten Zeit nicht mehr leben sollen. Wenn das keine Krise ist, was ist es dann? Gegenwärtig werden dort mehrere Hunderte Arbeitsplätze vernichtet. Damit muss Herr Horch sich auseinandersetzen.

Ich komme zur Sache mit Buss Hansa. Sie selbst wissen, dass ich der stärkste Kritiker dieser Verträge bin, die damals zwischen dem CDU- und GRÜNEN-Senat und Herrn Killinger gemacht wurden. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Aber jetzt zu sagen, man hätte keine Vorstellung davon, was auf dem einstigen Gelände von Buss Hansa geschehen solle, dass es, wie nebenan Kuhwerder, wo nichts ist, mitten im Hafen, wertvoll brachliegen

werde, weil man einmal einen Vertrag abgeschlossen hat, kann man den Leuten und den Kollegen bei Buss Hansa nicht zumuten, finde ich. Auch darauf müssen Sie eine Antwort finden, anstatt zu sagen, diese Verträge seien abgeschlossen worden und deswegen machten Sie das so weiter. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch dies muss die Politik berücksichtigen. Dementsprechend stelle ich fest: Ihre Art von Hafepolitik ist Schönrede. Sie verschließen die Augen vor den existierenden Problemen, in Ihren Händen hat diese Hafepolitik sich nicht gut entwickelt. Sie lassen den Hafen an diesen Stellen verkommen. Das gehört sich nicht, das muss geändert werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Das Wort erhält Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

**Michael Kruse** FDP: Vielen Dank, Herr Präsident. Nach Herrn Hackbuschs Redebeitrag hat man ein wenig den Eindruck, man sei hier im Bierzelt. Ich versuche die Diskussion ein bisschen sachlicher zu führen. Ich hätte mir sehr gewünscht, die beiden grundsätzlichen Aspekte – nämlich zum einen den Antrag der CDU und den Zusatzantrag der LINKEN auf der einen Seite, die eine sehr fachliche und differenzierte Debatte erfordern, und zum anderen die Tour de Raison, die wir nun schon dreimal gehört haben – zu differenzieren. Deswegen haben wir den zweiten Punkt zur Aktuellen Stunde angemeldet. Wir wären damit morgen drangekommen, wenn Ihre Fraktion, liebe CDU, nicht sieben bis zehn Redner in die heutige Aktuelle Stunde geschickt hätte. Insofern hätten wir das alles auseinanderziehen können, und ich glaube, das wäre richtig gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag der CDU ist aus unserer Sicht grundsätzlich richtig, und ich finde es ein bisschen kleinteilig, wie er von den Regierungsfractionen zerredet wird. Aber schon der Titel ist irreführend, denn eigentlich bedarf es nicht eines einmaligen Aktionsplans, sondern eines Konzepts für den Hamburger Hafen und eines Konzepts für den maritimen Standort. Der CDU-Antrag spricht viele wesentliche Probleme an, aber den Kern des Problems hat er noch gar nicht erfasst, und deswegen freue ich mich auch, dass Herr Senator Horch sich eben schon gemeldet hat.

Wenn wir über das Thema Sedimentmanagement reden, ist ein sehr wesentlicher Kern des Problems, dass 2011/2012, als mehr Oberflächenwasser geflossen ist – Herr Tjarks, Sie sind auf meine Anfrage eingegangen –, die HPA und die damalige

**(Michael Kruse)**

Umweltbehörde eine Vereinbarung geschlossen und gesagt haben, in den Sommermonaten dürfe im Hafen nicht mehr ausgebaggert werden. Herr Seeler, da Sie wissen, vor welche Probleme das den Hamburger Hafen stellt, wäre ein bisschen mehr Nähe zur Realität, glaube ich, schon angebracht.

Die zwischen der HPA und der Umweltbehörde getroffene Vereinbarung wurde in Unkenntnis des Aufsichtsrats der HPA und damit in Unkenntnis unseres Wirtschaftssenators getroffen. Mit anderen Worten: Beide Behörden haben dies miteinander vereinbart, und die Probleme, vor denen wir jetzt stehen, sind im Wesentlichen Probleme mangelnder politischer Steuerung. Herr Tjarks, wenn Sie meine Anfrage zitieren, dann zitieren Sie doch bitte auch die Teile, die gar nicht erst beantwortet worden sind.

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Dann kann ich es ja nicht zitieren!)*

Das war überhaupt der größte Knaller.

Wissen Sie, welche Anfragen ich am allerliebsten lese? Die Anfragen, die ich am allerliebsten lese, kommen aus den Regierungsfractionen; von dort kommen nämlich eigentlich gar keine. Wie viele haben Sie in dieser Legislaturperiode eingereicht? Eine. Wir haben sie vorher durchgestochen bekommen. Jetzt, kurz vor Weihnachten, sozusagen günstig ins mediale Tief, kommt eine vom Kollegen Petersen. Und siehe da, er fragt ab, ob der Aufsichtsrat damit befasst worden sei. Und siehe da: Nein, er ist nicht damit befasst worden. Dann habe ich in der eben von Ihnen zitierten Anfrage nachgefragt, warum er denn damit nicht befasst worden sei. Finden Sie die Antwort darauf? Ich habe sie nicht gefunden. Deswegen frage ich jetzt noch einmal nach. Wenn meine Frage wieder nicht beantwortet wird – vielleicht gehen Sie heute noch einmal darauf ein, Herr Senator Horch –, gibt es die nächste Beschwerde von mir. Denn auch das gehört zur Realität, dass Sie die Anfragen in diesem Bereich gar nicht beantworten. Warum ist also der Ältestenrat nicht befragt worden?

*(Zurufe von Dr. Anjes Tjarks GRÜNE und der CDU)*

Bisher kann ich mir das nicht erklären. Das ist mangelnde politische Steuerung, das ist mangelnde politische Aufsicht, und genau das stellt im Moment den Hamburger Hafen vor eines der größten Probleme der vergangenen Jahre.

*(Beifall bei der FDP – Zuruf von Farid Müller GRÜNE)*

Sie haben ursprünglich in diesem Konzept, das ohne Kenntnis irgendwelcher politischen Ebenen beschlossen wurde, auch erklärt, 2012/2013 komme ein Sedimentmanagementplan. Na gut, das ist jetzt nicht geschehen. Dann haben Sie uns im Septem-

ber 2015 per Pressemitteilung Ihres Senats erklärt, Ende des Jahres 2015 sei dieser Sedimentmanagementplan sicherlich da. Gut, auch das ist nicht geschehen. Dann hat uns vorletzte Woche Herr Bössinger im Ausschuss erklärt, bis Ostern sei es wirklich so weit. Ob es jetzt ein Weihnachtsgeschenk geworden wäre oder ein Osterei, ist mir fast egal. Fakt ist, Sie lösen die Probleme nicht, Sie legen keinen Sedimentmanagementplan vor, und darunter leidet der Hamburger Hafen. Und in diese Diskussion hinein spricht der grüne Umweltminister von Schleswig-Holstein in die Fernsehkameras im Dezember, es gehe ihm auch ein wenig darum, dass sich der Hamburger Hafen mit seinen Interessen nicht immer durchsetze. Das, finde ich ehrlich gesagt ein starkes Stück. Wie Herr Niedmers erwähnt hat, ist der Hamburger Hafen der größte Arbeitgeber für das Land Schleswig-Holstein. Wenn sich Herr Habeck im September 2015, als uns der Schlick schon bis zum Hals stand, als solche Äußerungen einlässt, dann muss ich wirklich sagen, dass er meiner Meinung nach die Debatte im Wesentlichen nicht verstanden hat.

*(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

Das ist leider kein einmaliger Fall im Bereich Schlick, denn was Ihr grüner Umweltsenator kurz vor Weihnachten abgezogen hat, passt genau in dieses Schema, es passt ganz genau in dieses Schema.

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Märchenstunde, Märchenstunde!)*

– Nein, es ist keine Märchenstunde, Herr Tjarks. Ich habe es extra abgefragt, und ich habe auch im Ausschuss Herrn Horch dazu befragt.

Herr Horch tut mir an der Stelle fast schon leid. Er sitzt da und ich muss ihm Fragen stellen, warum er nicht schnell genug mit dieser Fahrinnenanpassung vorankommt. Eigentlich sehe ich ihm an, dass er selbst darunter leidet und davon genervt ist, dass ihm Sand, fast möchte ich sagen, Schlick ins Getriebe gestreut wird, denn er ist doch gar nicht derjenige, der dies zu verantworten hat. Erst ein Gespräch beim Staatsrat des Bürgermeisters, Herrn Dr. Krupp, führt dann dazu, dass es – Achtung, und das kann ich aus dem Ausschuss zitieren – vorher fachlich unterschiedliche Auffassungen gab und nach einem Gespräch der beiden Senatoren beim Staatsrat des Bürgermeisters, also einem politischen Gespräch, hinterher fachlich die gleiche Auffassung bestand.

*(Ralf Niedmers CDU: Eine spannende Gesprächsstunde war das!)*

Glauben Sie das eigentlich? Ich glaube es nicht, Herr Seeler.

*(Juliane Timmermann SPD: Das ist keine Glaubensfrage!)*

**(Michael Kruse)**

Die Probleme, die wir hier haben, sind hausgemacht. Diesen Satz habe ich mir nicht ausgedacht, obwohl ich ihn für richtig halte. Diesen Satz hat Herr Peters vergangene Woche in der von Ihnen genannten Ausschussanhörung gesagt. Es gehört dann auch zur Realität zu sagen, wir hätten hier Probleme, die nur aus Hamburg kommen. Und zur Fahrrinnenanpassung hat er gesagt, es entgingen uns jährlich zweistellige Wachstumsraten, was im Wesentlichen auf die Verzögerungen zurückzuführen sei. Natürlich kann ein Hafententwicklungsplan etwas helfen. Natürlich braucht dieser Hafen einen Hafententwicklungsplan, an dem er sich dann auch orientiert und nicht einen, der beschlossen wird, dann in der Schublade verschwindet und nicht mehr der Realität entspricht. Aber die Probleme, die wir im Moment haben, lösen wir tatsächlich nicht mit diesem Hafententwicklungsplan.

Herr Seeler, wenn Sie Umfragen zitieren, die den Hamburger Hafen loben, dann ist das redlich und schön für den Standort. Allerdings müssen wir dazu auch sagen, dass dabei über die Vergangenheit geredet wird. Heute aber reden wir über die Zukunft des Hamburger Hafens. Dafür fehlt Ihnen eine Strategie. Herr Tjarks, es reicht nicht, darüber im Ausschuss zu reden, bis die Probleme gelöst sind, anstatt eine pflichtmäßige Befassung machen,

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Stellen Sie einmal andere Fragen!)*

und dann zu sagen, nun habe man im Ausschuss darüber geredet und deswegen würden Sie gar nicht verstehen, warum wir das hier debattieren. So geht es nicht. Ihnen fehlt ein Konzept für den maritimen Standort, und solange das so bleibt und Sie mit den Punkten Fahrrinnenanpassung und Schlick nicht vorankommen, werden wir diese Punkte weiter anmelden und Ihnen auf den Nerv gehen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP und der CDU)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Kruse. Mir liegt jetzt nur noch eine Wortmeldung von Senator Horch vor. Oder gibt es noch eine weitere Wortmeldung? – Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion, dann haben Sie das Wort.

*(Dr. Monika Schaal SPD: Erst mal die Grenze dicht!)*

**Dr. Jörn Kruse AfD:**\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Niedmers hat für die CDU einen Antrag vorgelegt und ihn begründet. Wir finden ihn überzeugend, und ich werde jetzt an dieser Stelle keinen Beitrag zum Sedimentmanagement, sondern zum Zeitmanagement abgeben, indem ich einfach nur Folgendes sage: Ich glaube, die Regierungsfaktionen wären gut beraten, bei diesem wichtigen Thema einer Über-

weisung an den Ausschuss zuzustimmen, damit man das dort im Detail diskutieren kann. Meine Fraktion wird dem CDU-Antrag zustimmen, damit wir eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss erreichen. Darum würde ich Sie bitten, dem auch zuzustimmen, denn Sie haben gestern in dem speziellen Ausschuss gesagt, Sie bemühten sich, mehr Anträge zu überweisen, weil es dem parlamentarischen Treiben guttun würde. Hier wäre eine Gelegenheit, das zu tun. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Professor Kruse. – Jetzt hat das Wort Herr Senator Horch.

**Senator Frank Horch:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss nicht besonders herausstellen, dass der Hamburger Hafen wirtschaftlich eine besondere Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Hamburg ist, und ich darf Ihnen sagen, dass die Perspektiven für den Hamburger Hafen auch künftig hervorragend sind.

*(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)*

Für die jetzige Situation gibt es mehrere Gründe. Diese möchte ich Ihnen nach allem, was schon gesagt wurde, noch einmal kurz erläutern.

Aufgrund der internationalen Lage der Weltmärkte ist der Umschlag in der sogenannten Nordrange in Nordeuropa insgesamt zurückgegangen. Zudem ist der Wettbewerb zwischen den Häfen schärfer geworden. Wie Herr Seeler erläutert hat, haben wir starke Veränderungen in Rotterdam, in Antwerpen und auch in London Ports. Klar ist auch, das will ich nicht unterschlagen, dass die Fahrrinnenanpassung der unteren Außenelbe eine der ausschlaggebenden Voraussetzungen ist, den Hamburger Hafen entsprechend wettbewerbsfähig zu halten.

Das Planfeststellungsverfahren zur Fahrrinnenanpassung wird, wie auch in den Fragen aufgeführt, selbstverständlich geordnet und vollständig geführt. Das verlangen schon allein die dafür gesetzlichen Grundlagen, die wir über eine sehr lange Zeit erfüllt haben und auch weiter in der Endphase erfüllen werden. Ich bin weiterhin zuversichtlich, dass wir am Ende mit unserem umfassenden und auch ergänzenden Planfeststellungsverfahren unser Ziel für den Hamburger Hafen erreichen werden.

Auch bei der Wassertiefenhaltung im Hafen gibt es Rahmenbedingungen, egal, wann diese entstanden sind. Wir müssen uns auf bestimmte natürliche und rechtliche Rahmenbedingungen in unseren Handlungsspielräumen begrenzen. Das letzte Jahr war, wie auch heute festgestellt, ein Ausnahmejahr. Während der sehr geringen Oberwasserabflüsse auf der Elbe ist die Sedimentation im Hafen

**(Senator Frank Horch)**

besonders stark ausgefallen. Wir tun selbstverständlich alles, um diese Situation abzufangen und zu lösen. Wir haben im Jahr 2015 11 Millionen Kubikmeter Sediment aus Hafen und Fahrrinne gebaggert. Das sind – das haben wir heute auch schon gehört – 500 000 Kubikmeter pro Woche. Das ist eine unvorstellbare Menge; das hat es so in Hamburg noch nicht gegeben. Das heißt, es wurde alles zum Einsatz gebracht, was wir zur Lösung der Probleme aufbringen konnten.

Ende März 2016 werden wir die entsprechenden Solltiefen in allen wirtschaftlich relevanten Gebieten von Hafen und Fahrrinne, das heißt, der Hauptfahrrinne der Elbe, aber auch der sogenannten Delegationsstrecke im Hamburger Gebiet, hergestellt haben. Parallel dazu befinden wir uns in aktuellen Verhandlungen mit dem Bund und auch den Nachbarländern, im besonderen Maße mit Schleswig-Holstein, um dieses Sedimentmanagement auf eine lange verlässliche Grundlage zu stellen.

Jeden Tag eine neue Abfrage an uns über den Verhandlungsstand bringt uns im Hamburger Hafen nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich greife noch einige Punkte aus Ihrem Zehnpunkteprogramm auf. Auch die Deponierung von Baggergut an Land löst das Problem nicht im Ansatz. Dieses Verfahren ist nämlich nur für geringe Mengen sogenannter schwer belasteter Sedimente geeignet. Große Sedimentmengen an Land zu bringen ist völlig illusorisch. Dafür reichen weder die Kapazitäten noch weitere Deponien aus, die mit Namen wie Moorburg genannt werden, und zudem ist das Ganze extrem teuer.

Angesichts dieser schwierigen Lage hat die HPA die eigentlich beabsichtigte Hafengelderhöhung für 2016 ausgesetzt. Wenn Konkurrenten das getan haben, hat Hamburg hier ein wichtiges Signal gesetzt, damit wir auch die Sorgen, die wir nicht verheimlichen wollen, verstehen, und ich glaube, bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit war das eine absolut richtige Entscheidung.

In jedem Bereich kann man natürlich immer mehr Geld, insbesondere für den Hafen fordern. Ob am Ende diese Forderungen zielführend sind, bezweifle ich ganz erheblich. Was die Finanzierung des Hafens angeht, werden die wichtigsten Projekte für den Hafen und die Schifffahrt auch in Zukunft angestrebt. Natürlich – das ist auch für dieses Haus und für alle unsere Handlungen wichtig – muss man immer gut haushalten. Das war schon immer so. Das heißt, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv und sinnvoll einsetzen. Das tun wir, das haben wir in den vergangenen Jahren getan, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte nicht behaupten, dass die Zeiten für den Hafen einfach sind. Das hat einige wesentliche Gründe, die ich noch einmal kurz ansprechen möchte, nämlich die weltwirtschaftliche Lage, der bekannte Hintergrund unserer Haupthandelspartner in China, in Asien und auch in Russland. Sie beeinflussen im Wesentlichen die geringeren Mengen, die wir im Hafen umschlagen. Das ist die Wettbewerbssituation mit unseren Häfen in Nord-europa bezüglich Antwerpen und Rotterdam, wie Herr Seeler es erläutert hat. Hafenbereiche in Zeebrügge wurden geschlossen, enorme Expansionen in Rotterdam und in Thames Port wurden vorgenommen. Das hat starken Einfluss auf die Ladungsverteilung und die Wettbewerbssituation. Nebenbei gab es auch aufgrund der Allianzen der Reedereien Verlagerungen der Direktanläufe der Ostsee, was natürlich auch einen Einfluss auf Hamburg hat. Das muss aber im Gesamtkontext der weltwirtschaftlichen Lage sowie der Entwicklung der osteuropäischen Länder gesehen werden.

Die jetzt geschürte Alarmstimmung, die wir heute mehrfach aufgenommen haben, ist aus meiner Sicht für den Hamburger Hafen nicht hilfreich. Man könnte sogar sagen, dass es dem Hamburger Hafen, ohne Dinge zu vertuschen oder zu verheimlichen, schadet.

Mit Blick auf die großen von uns unternommenen Anstrengungen ist mir manche Äußerung sehr unverständlich. Vergessen Sie bitte nicht, welches negatives und falsches Bild wir den internationalen Partnern des Hamburger Hafens vermitteln und dadurch auch unserem Standort erheblich schaden.

(*Thilo Kleibauer CDU: Aber Herr Peters war im Ausschuss anderer Meinung!*)

Daher appelliere ich an alle, den Hafen nicht gezielt schlechtzureden; das ist auch im Interesse Hamburgs. Hamburg ist und bleibt Deutschlands wichtigster Hafen und sichert Beschäftigung für viele Zehntausende Menschen in der Metropolregion Hamburg und auch darüber hinaus. Der Hamburger Hafen ist stark. Wir haben einen hohen lokalen Anteil wie kein zweiter Hafen. Wir haben hervorragende infrastrukturelle Anbindungen, besonders der Bahn, aber auch straßenseitig, sowie in den Verbindungen nach Skandinavien und Osteuropa. Also von der Seite her den Hamburger Hafen nicht zukunftsfähig aufgestellt zu wissen ist falsch.

Zum Abschluss möchte ich immer wieder jeden dazu einladen, unseren Hafentwicklungsplan in seiner Gesamtfassung von Anfang bis Ende zu lesen. Es geht um den Universalhafen; das war schon immer so, auch, als noch viel mehr über Container gesprochen wurde. Unsere Ausgangssituation ist in allen Belangen auf Wertschöpfung, auf industrielle Ansiedlung und auf Beschäftigung ausgerichtet und somit auf dem richtigen Wege.

**(Senator Frank Horch)**

Lassen Sie uns daher mit dem Blick auf diesen Hintergrund gemeinsam alles dafür tun, um den Hamburger Hafen für die Zukunft zu stärken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Senator Horch. – Mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Niedmers von der CDU-Fraktion vor. – Bitte schön.

**Ralf Niedmers** CDU:\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt jetzt das Commitment des Wirtschaftssenators. Bis zum 31. März 2016 haben Sie alle vertraglich garantierten Solltiefen im Hamburger Hafen erreicht, gewährleistet und gesichert. Daran werden wir Sie messen. Und niemand, aber auch wirklich niemand will hier irgendetwas schlechtreden. Aber wenn Politik mit Führungsversagen in dieser Stadt stattfindet,

(Zurufe von der SPD-Fraktion: Oh, oh!)

sodass es überhaupt zu solchen Entwicklungen kommt, dass 2 Meter Solltiefe im Köhlbrand fehlen, dann wird man wohl noch darüber reden dürfen.

(*Ole Thorben Buschhüter* SPD: Das wird man wohl noch einmal sagen dürfen!)

Das ist auf jeden Fall erforderlich. Und wenn Sie es mit den Solltiefen nicht schaffen, werden wir noch eine ganz andere Debatte hier führen. Aber wir nehmen für heute mit, dass der Senator die Solltiefen überall im Hamburger Hafen zum 31. März 2016 garantiert. Das ist doch einmal eine Ansage.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Niedmers. – Jetzt gibt es wohl wirklich keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte sich zunächst der Überweisung der Drucksache 21/2754 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache und beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 21/2754.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 21/2922.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 78, Drucksache 21/2770, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Junge innovative Unternehmen nachhaltig fördern – Gründung eines "Hamburger Innovations-Wachstumsfonds".

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:**

**Junge innovative Unternehmen nachhaltig fördern – Gründung eines "Hamburger Innovations-Wachstumsfonds"**  
– Drs 21/2770 –]

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte zu diesem Punkt zu streichen. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung und zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/2770.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen worden.

Die Fraktionen der SPD und GRÜNEN möchten diese Drucksache nachträglich an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise, wir sehen uns morgen um 15 Uhr wieder.

**Ende: 20.30 Uhr**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

